



# Landtag von Baden-Württemberg

19. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 1. Februar 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 16:24 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1021	b) <b>Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum</b>	
Begrüßung einer Delegation der Südtiroler Volkspartei .	1047	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/658 . . . . .	1043
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002/2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03)</b>		Abg. Traub CDU . . . . .	1043
a) <b>Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr</b>		Abg. Teßmer SPD . . . . .	1045, 1060
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/660 . . . . .	1021	Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	1047
Abg. Scheuermann CDU . . . . .	1021	Abg. Walter GRÜNE . . . . .	1050
Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD . . . . .	1024	Abg. Kiefl CDU . . . . .	1053
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	1026, 1033	Minister Stächele . . . . .	1055
Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . .	1027	Beschluss . . . . .	1060
Abg. Dr. Steim CDU . . . . .	1030	c) <b>Einzelplan 06: Finanzministerium</b>	
Abg. Göschel SPD . . . . .	1031	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/656	
Abg. Boris Palmer GRÜNE (persönliche Erklärung). . . . .	1035	d) <b>Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung</b>	
Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	1035	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/662	
Minister Müller . . . . .	1036	e) <b>Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – Drucksache 13/550</b>	
Beschluss . . . . .	1041	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/663	

f) **Mittelfristiger Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2001 bis 2005** – Drucksache 13/624

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/665 ..... 1062

Abg. Reichardt CDU ..... 1062, 1081  
 Abg. Schmid SPD ..... 1066, 1079  
 Abg. Kleinmann FDP/DVP ..... 1069  
 Abg. Heike Dederer GRÜNE ..... 1073  
 Minister Stratthaus ..... 1075

Beschluss ..... 1081

2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes** – Drucksache 13/518

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/666 ..... 1084

Abg. Seltenreich SPD ..... 1084  
 Abg. Kübler CDU ..... 1085  
 Abg. Junginger SPD ..... 1086  
 Abg. Theurer FDP/DVP ..... 1088  
 Abg. Heike Dederer GRÜNE ..... 1089  
 Minister Stratthaus ..... 1090

Beschluss ..... 1092

Nächste Sitzung ..... 1092

## Protokoll

über die 19. Sitzung vom 1. Februar 2002

Beginn: 9:32 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 19. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Dr. Stolz sowie den Herren Abg. Käppeler und Hillebrand erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Dr. Glück und Wacker.

Dienstlich verhindert sind Herr Sozialminister Dr. Repnik – vormittags –, Frau Ministerin Dr. Schavan – ab 12 Uhr –, Herr Justizminister Dr. Goll, Herr Minister Köberle und Herr Minister Dr. Palmer.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (StHG 2002/03)**

Ich rufe zunächst **Buchstabe a** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/660**

**Berichterstatter für Umwelt: Abg. Dr. Salomon**

**Berichterstatterin für Verkehr: Abg. Heike Dederer**

Beide Berichterstatter sind noch nicht anwesend, sodass sie wohl das Wort nicht wünschen.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort in der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann** CDU: Guten Morgen, Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Guten Morgen!)

Mein Kollege Dr. Steim wird für die CDU zum Straßenbau reden, während ich zum Umweltschutz und zum Verkehr spreche.

Ich beginne meine Ausführungen mit Bemerkungen zum Bereich Umwelt und stelle hierzu als Erstes fest: Der öffentliche Personennahverkehr ist in Baden-Württemberg zu einem wichtigen Beitrag zur Reinhaltung unserer Luft und damit auch zu einem wesentlichen Bestandteil unserer Umweltpolitik geworden.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ich komme nachher noch einmal auf den ÖPNV zurück und sage an dieser Stelle nur: Eine Fahrt mit einem Fahrzeug des öffentlichen Personennahverkehrs ist in den allermeisten Fällen eine verhinderte Fahrt mit dem Auto und damit in der Summe ein wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung.

Ganz besonders freuen wir uns darüber, dass unsere Politik für den ÖPNV von Monat zu Monat durch den Kauf von Fahrkarten stärker angenommen wird. Die Zahl der verkauften Fahrkarten ist auch ein untrüglicher Beweis für den Erfolg oder den Misserfolg dieser Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung möchte ich nur noch darauf hinweisen, dass die baden-württembergische Umweltpolitik zur Reduzierung der Schadstoffe im Treibstoff ganz allmählich Früchte trägt. Wir werden sicherlich noch in diesem Jahr in Deutschland in großem Umfang schwefelarmes, wenn nicht gar schwefelfreies Benzin bekommen. Das ist ein weiterer wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Steuer hat aber der Bund geändert!)

In diesem Zusammenhang, Herr Palmer, kann ich mir ein Wort zur Ökosteuer nicht verkneifen. Unsere Luftreinhaltungspolitik wäre noch viel wirkungsvoller, wenn Sie als Maßstab der Ökosteuer nicht einfach willkürlich sagen würden: Wir besteuern Energie. Willkür können Sie nicht bestreiten, wenn Sie außer der Kohle alle Energieformen besteuern. Dafür gibt es überhaupt keinen sachlichen Grund. Willkür heißt für Juristen auf gut Deutsch: Es ist eine Entscheidung, für die es auch nicht die Spur einer sachlichen Rechtfertigung gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber im Grundsatz ist die Idee gut, ja?)

– Ich komme jetzt dazu, Herr Palmer.

(Scheuermann)

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass wir uns zur Ökosteuer bekennen, allerdings mit einem völlig anderen Maßstab. Wir wollen bei der Verwendung von Energie nämlich Emissionen besteuern. Je mehr Schadstoffe jemand emittiert, umso mehr Ökosteuer soll er bezahlen. Aber das geht nicht in Ihren Kopf hinein,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Doch, das ist sehr gut!)

weil man dann für die Energie aus Atomkraft keine Ökosteuer bezahlen müsste. Auch das ist wieder Willkür, meine ich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da macht man einen Risikozuschlag! Kein Problem! – Zurufe von der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Die Ökosteuer ist gar keine Ökosteuer!)

– Ich versage es mir jetzt, weiter über die Ökosteuer zu reden, denn so, wie Sie sie ausgestaltet haben, verdient sie nicht mehr Worte. Sie ist Murks und sonst gar nichts.

(Abg. Braun SPD: Aber Sie wollen sie? Habe ich das richtig gehört? – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jetzt kneift er aber!)

– Nein, ich kneife nicht, Herr Hausmann.

Ich sage Ihnen noch einmal, was ich gesagt habe: Wir bekennen uns zur Ökosteuer,

(Abg. Braun SPD: Nur das wollten wir hören!)

allerdings mit einem nicht willkürlichen Maßstab. Wir wollen als Maßstab die Schadstoffemissionen bei der Energieverwendung zugrunde legen. Je mehr Schadstoffe jemand emittiert, umso mehr soll er bezahlen, und je weniger er emittiert, umso weniger soll er bezahlen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein System, das jeder verstehen kann, offensichtlich nur Sie nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist doch sehr gut!)

Ich komme jetzt zum nächsten Thema, damit Sie sich wieder beruhigen können.

(Abg. Wintruff SPD: Herr Scheuermann, was ist eigentlich Ihr Problem?)

– Dass Sie bei der Ökosteuer einen willkürlichen Maßstab gewählt haben und damit fast keinen, ja gar keinen Beitrag zur Luftreinhaltung leisten,

(Abg. Braun SPD: Oh!)

sondern einfach abkassieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Aber die Verbrauchsreduzierung ist der größte Beitrag!)

– Schauen Sie einmal, wie der Verbrauch reduziert worden ist. Das ist nicht sehr erheblich.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: 12 % weniger, Herr Scheuermann!)

Meine Damen und Herren, zum nächsten Thema: Wir in Baden-Württemberg brauchen in der Umweltpolitik keinen Vergleich zu scheuen, was den technischen Umweltschutz betrifft. Abwasserreinigung,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Atomaufsicht!)

Frischwasserdargebot, Qualitätssteigerung unserer Oberflächengewässer – hier brauchen wir, in welchem Maßstab auch immer, keinen Vergleich zu scheuen.

Unser Dank gilt den Gemeinden. Denn der wesentliche Beitrag in diesem Zusammenhang kommt über den kommunalen Umweltfonds. Und unser Dank gilt jedem Einzelnen unserer Bürgerinnen und Bürger, weil sie durch ihre Gebühren und ihre Beiträge einen wesentlichen Beitrag zu einer erfolgreichen Umweltpolitik leisten.

Allerdings, meine Damen und Herren, wenn wir auf diesem Gebiet schon über Jahre hinweg außerordentlich erfolgreich sind – und das ist jetzt ein kleiner Appell an die kommunalen Landesverbände –, dann muss es doch auch erlaubt sein, in minimalem Umfang Mittel des KUF zugunsten von Umweltthemen und Umweltbereichen umzufunktionieren,

(Abg. Rückert CDU: So ist es!)

in denen wir noch nicht so erfolgreich sind wie in den Bereichen, in denen wir derzeit und schon über Jahre hinweg mit Mitteln aus dem KUF Maßnahmen durchführen.

Ich möchte zwei Beispiele nennen: den Lärmschutz und den Klimaschutz. Hier könnten wir durch eine geringfügige Umgruppierung von Mitteln wirklich sehr segensreich wirken. Einen kleinen Ansatz haben wir gefunden, indem ein Leertitel in den Haushalt aufgenommen worden ist. Wir werden in unseren Bemühungen, diesen Leertitel mit Geld auszufüllen, im Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden nicht ruhen, bis wir wirklich einen Erfolg nachweisen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Klimaschutz. Hierfür sind die Mittel im Haushalt des Umwelt- und Verkehrsministeriums nachhaltig erhöht worden, nämlich auf jeweils 5 Millionen € pro Jahr. Das ist eine Vervierfachung des bisherigen Betrags.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist klar, wenn er vorher bei nur 1 Million € lag! Das ist doch so gut wie nichts!)

– Ich habe gerade gesagt, verehrter Kollege: Es ist eine Vervierfachung des Betrags. – Mit diesem Geld möchten wir unsere Bemühungen um Modellvorhaben bei der kommunalen CO<sub>2</sub>-Minderung und um weitere Modellversuche und Modellangebote zum Klimaschutz verstärken.

Es bleibt unser Ziel, das Maß der Reduzierung zu erreichen, das im Umweltplan unseres Landes festgelegt ist,

(Scheuermann)

nämlich bis 2005 eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 70 Millionen Tonnen pro Jahr.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Umweltschutz einen letzten Gedanken auf das Thema Flächenverbrauch verwenden. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, hier kommt nicht ein Thema erst hoch, sondern hier ist schon länger ein Thema auf der Tagesordnung, bei dem wir, glaube ich, die bisherige Entwicklung nicht einfach weiter vor sich hertreiben lassen können.

(Abg. Kaufmann SPD: Das ist richtig!)

Etwa 11 Hektar Umwidmung von freier Fläche in Siedlungsfläche im weitesten Sinne pro Tag, das kann auf Dauer so nicht bleiben. Ich sage an dieser Stelle aber auch als Gemeinderat dazu: Die Instrumente, um hier größere Erfolge und eine größere Reduzierung der täglichen Umwidmung zu erreichen, haben nicht wir hier im Land, sondern haben in erster Linie die Gemeinden.

Allerdings muss man sich im Laufe der Zeit einmal überlegen, dass man, wenn alle Appelle an die Gemeinden nicht fruchten, es nicht mehr bei Appellen an die Gemeinden bewenden lassen kann. Hier ist aber sicherlich nicht der Ort, zu überlegen, welche Instrumente einer Verschärfung einem dann zur Verfügung stehen würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zur Verkehrspolitik kommen. Ich sage mit einem gewissen Stolz, dass wir heute an einem Punkt angelangt sind, den man gerade uns von der CDU vor fünf oder zehn Jahren überhaupt nicht zutraut hätte. Die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr im Landeshaushalt von Baden-Württemberg übertreffen bei weitem die Mittel, die wir für den Straßenbau ausgeben. Bei weitem!

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Sie dürfen alle Mittel für den Straßenbau in Baden-Württemberg addieren – von den Bundesfernstraßen über die Landesstraßen bis zu den GVFG-finanzierten Straßen –, Sie werden dabei nicht auf etwa 1,3 Milliarden € kommen, die wir für den ÖPNV ausgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Aber das sind doch im Wesentlichen Bundesmittel! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Lieber Herr Birzele, etwa die Hälfte dieser 1,3 Milliarden € sind Bundesmittel.

Mit Ihrem Stichwort „Bundesmittel“ haben Sie mich auf das Thema gebracht,

(Abg. Birzele SPD: Das war gut von mir!)

wie es mit diesen Mitteln des Bundes weitergehen wird. Jetzt will ich einmal ein anerkennendes Wort an die SPD richten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Muss das sein?)

Ich bin Frühaufsteher und habe heute Morgen das Frühstücksfernsehen angeschaut.

(Abg. Capezzuto SPD: So viel Zeit haben Sie?)

Dabei ging es um die Frage, was heute mit dem Gesetz über die Lkw-Maut passiert. Ein SPD-Ministerpräsident nach dem anderen hat gesagt, gegen dieses Gesetz im Speziellen habe er nichts, aber er sei dafür, dass es in den Vermittlungsausschuss kommt. Dann wurden sie natürlich gefragt, warum. Da haben die SPD-Ministerpräsidenten gesagt: „Wir wollen eine Verbindung zur Novellierung des Regionalisierungsgesetzes herstellen. Was uns der Bundesfinanzminister Eichel hiermit zumutet, ist für uns unannehmbar.“ Ich kann nur sagen: Wo sie Recht haben, haben sie Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Nachdem offensichtlich die Phalanx, die bei der Verkehrsministerkonferenz im Oktober in Dresden hergestellt worden ist, bestehen bleibt, dürfen wir jetzt eigentlich guten Mutes sein, dass der letzte Vorschlag, der von Herrn Eichel gekommen ist – die Regionalisierungsmittel zu reduzieren –, nicht verwirklicht wird.

(Zuruf von der SPD: Festschreiben!)

Ich glaube, wir alle können uns darüber freuen und müssen eben warten, bis es tatsächlich so weit ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sind Sie sicher, dass das ein Verdienst der SPD ist?)

– Das ist nicht nur ein Verdienst der SPD, Herr Palmer. Wenn Sie mich jetzt veranlassen, Verdienste zu verteilen: Es ist auch ein Verdienst der Grünen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke schön! – Zurufe der Abg. Bebbler und Schmiedel SPD)

Sie waren auf Bundesebene die Ersten, die gesagt haben: Das lassen wir uns nicht bieten.

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

– Jetzt habe ich das Weihrauchfass doch wirklich lange genug in Ihre Richtung geschwenkt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt reicht es auch!)

Nehmen Sie es mir doch jetzt nicht übel, wenn ich es auch einmal ein bisschen in Richtung der Grünen schwenke.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, damit scheint sich auch ein Problem zu lösen, das für uns wirklich eines ist, nämlich: Wie geht es mit dem Interregio weiter? Wenn die Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz von Dresden umgesetzt werden, bedeutet das, dass wir die Zuständigkeit für den Nachfolgeverkehr des bisherigen Interregioverkehrs und damit auch entsprechende Geldmittel bekommen. Dann werden wir diese Zuständigkeit übernehmen. Wir werden so schnell wie möglich ausschreiben und werden hoffentlich für die Zeit, die naturgemäß zwischen Ausschreibung und tatsächlicher Umsetzung vergeht, Zwischenlösungen finden.

Meine Damen und Herren, hier beginnt unsere einmütige Haltung quer durch alle Fraktionen in diesem Landtag Erfolg zu zeigen, die wir mit zwei Abstimmungen in diesem Haus herbeigeführt haben.

(Scheuermann)

Diese gemeinsame Haltung ist bei einem weiteren Verkehrsproblem in Baden-Württemberg, wie ich glaube, vonnöten. Die Bahn hat alte Überlegungen wieder hervorgeholt, die geplante neue Schnellbahnstrecke von Frankfurt nach Stuttgart an Mannheim vorbeizuführen.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für alle Baden-Württemberger kann das eigentlich nur ein Treppenwitz sein. Ich bin mir völlig sicher, dass wir uns in diesem Haus von einer Seite zur anderen ohne Ausnahme einig sind:

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Völlig korrekt! Wir sind uns einig!)

Das kann und darf nicht passieren!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wenn der heutige Morgen nur den einen Sinn hätte, nach draußen zu verdeutlichen, dass wir alle uns das nicht bieten lassen wollen, dann hätte der heutige Morgen schon seinen Sinn erfüllt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss noch ein Wort zum Flugverkehr. Es wird immer, von welcher Seite auch immer, ein umfassendes Flugverkehrskonzept verlangt. Wahrscheinlich wird das Ministerium dieses Flugverkehrskonzept irgendwann auch erstellen. Aber ich habe ein bisschen den Verdacht, dass mit der Forderung nach einem Flugverkehrskonzept nur die einzige spannende Frage in Baden-Württemberg umschrieben werden soll, ohne sie zu stellen. Ich erlaube mir, sie jetzt zu stellen: Brauchen wir eine zweite Start- und Landebahn auf dem Flughafen in Stuttgart, und – für den Fall, dass wir sie brauchen – könnten wir sie denn tatsächlich umsetzen?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gar nicht!)

Ich will mich nicht mit der Frage befassen, ob wir sie brauchen oder nicht, sondern ich will nur sagen: Egal, ob wir sie brauchen oder nicht, sie wird –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein, wir brauchen sie nicht!)

– Herr Kretschmann, ich komme Ihnen doch entgegen, wenn Sie mich meinen Satz vollenden lassen. – Wir werden sie mit größter Wahrscheinlichkeit nicht durchsetzen können. Ich finde, es ist keine gute Politik, wenn man mit dem Kopf durch die Wand will und sich außer blutigen Striemen nichts holt. Also ein bisschen mehr Ehrlichkeit und die Frage stellen, wie sie ist, und nicht einfach durch eine wachsweiße Forderung „Macht jetzt mal ein Flugverkehrskonzept“ umschreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss bedanke ich mich bei den anderen Fraktionen für die in vielen Fällen doch erfolgreiche Zusammenarbeit, vor allem auf dem verkehrspolitischen Sektor. Ich bedanke mich für meine Fraktion bei dem zuständigen Minister Müller und seinem Haus. Aus unserem Blickfeld ist die Zusammenarbeit vorzüglich. Ich kann nur sagen: Ich hoffe darauf, dass

sich das auch während der Geltungsdauer des nächsten Doppelhaushalts fortsetzen lässt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Schmidt-Kühner.

**Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einigen grundsätzlichen Ausführungen zu den Zielen der Umweltpolitik anfangen. Denn wenn wir heute über den Haushalt beschließen, legen wir damit auch einige Grundsätze für die nächsten zwei Jahre fest. Dabei geht es ja um die Frage, wo es langgehen soll.

Ich will da einmal an den Ansprüchen, die diese Landesregierung für ihre Politik formuliert hat, ansetzen. In den einleitenden Ausführungen des Berichts des Ministeriums für Umwelt und Verkehr zu seinem Haushalt heißt es:

Die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft wurde zum Leitbild der Umweltpolitik der letzten Jahre und zu einem zentralen Ziel der Landesregierung, das auch die neue Legislaturperiode prägen wird.

Da kann ich nur sagen: wunderbar. Aber das bedeutet auch schon eine erste Einschränkung. Denn nachhaltige Politik auf Umweltpolitik zu reduzieren bedeutet, dass man Nachhaltigkeit nicht verstanden hat. Nachhaltigkeit bedeutet nämlich, dass in allen Politikfeldern – ich betone: in allen – das Prinzip von Ökonomie, Ökologie und sozialer Frage zusammengefasst und formuliert wird. Und nachhaltige Politik dieser Landesregierung wird sich von daher nicht nur an der Umweltpolitik, sondern immer genauso auch an allen anderen Fragen messen lassen müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir müssen uns fragen, ob das in der Wirtschaftspolitik und in anderen Bereichen tatsächlich schon passiert ist.

So haben wir zum Beispiel das Thema „Ressourcenschonung und Energieeffizienz“. Dies ist ein Thema, das uns überall begleiten wird, ein Thema, das beim Wirtschaftsminister genauso angesiedelt ist wie im Umweltbereich oder bei der Landwirtschaft.

Dabei sind wir auch ganz schnell bei der Ökosteuer. Dazu möchte ich noch ein kurzes Wort zu Herrn Scheuermann sagen. Herr Scheuermann, die Ökosteuer hatte das Ziel, den Faktor Arbeit zu entlasten und den Faktor Energieverbrauch zu belasten. Dieses Ziel erreicht die Ökosteuer. Dass man sie noch verändern und verbessern kann, ist sicherlich richtig. Als Umweltpolitiker in der SPD wünschen wir uns da auch noch weitere Schritte. So ist es also nicht. Aber aus unserer Sicht ist das ein Schritt in die richtige Richtung, und dieser muss weitergeführt werden, weil wir tatsächlich nur so zu einer Umsteuerung kommen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Regina Schmidt-Kühner)

So wie ich die Landespolitik der letzten Jahre verstehe – als neue Abgeordnete muss ich mich ein Stück weit auf die früheren Diskussionen berufen, die ich nicht mitgestaltet habe –, ist der Umweltplan das Zentralwerk der Umweltpolitik für die nächsten Jahre. Seit Ende 2000 liegt er vor. Er ist aus unserer Sicht eine Bestandsaufnahme der Situation, und er benennt – das kann jeder nachlesen – eine Unmenge von Aufgaben, die jetzt begonnen werden müssten. Dabei wird aber noch nicht richtig klar gemacht, an welchen Stellen tatsächlich zielgerichtet gearbeitet wird.

Wir wünschen uns im Umweltplan die Konkretisierung der nächsten Schritte, die Aufzählung der nächsten Schritte und nicht nur eine allgemeine Aufstockung der Mittel, obwohl wir diese ausdrücklich begrüßen. Wir wollen das aber konkretisiert haben, weil es beim Umweltplan kein Gießkannenprinzip geben darf. Wir haben begrenzte Mittel für die Ökologie, und wir müssen darauf achten, dass wir sie so effizient und so gut wie möglich für die entscheidenden Aufgaben einsetzen.

Damit sind wir bei der Diskussion darüber, welche Aufgaben dies tatsächlich sein könnten. Wir sind der Meinung – Herr Scheuermann hat es auch schon angesprochen –, dass der Flächenverbrauch und die Zerschneidung von Lebensräumen ein Thema sind. Wir sind uns einig, Herr Scheuermann, dass das kein neues Thema, sondern eine uralte Frage ist, die wir in früheren Beratungen immer wieder angesprochen haben. Mein Kollege Caroli hat es bei den letzten Haushaltsberatungen getan, und das ist früher sicherlich auch schon passiert.

Um es Ihnen noch einmal vor Augen zu halten: Der Flächenverbrauch pro Tag liegt bei 11 Hektar; neuere Zahlen besagen, dass es sogar 12 Hektar seien. Ich habe diese Zahlen noch nicht überprüft – das sage ich ganz ehrlich –, aber diese Zahlen habe ich kürzlich gelesen. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass es noch Steigerungsraten gibt, ist das ein allerhöchstes Alarmzeichen. Dann müssen wir beim Flächenverbrauch sozusagen die Reißleine ziehen und schleunigst zu Aktivitäten kommen, die den Flächenverbrauch eindämmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wissen alle, was Flächenverbrauch bedeutet. Wir wissen, dass die Funktion des Bodens im Naturhaushalt als Wasserspeicher, als Wasserfilter, als Lebensraum für Flora und Fauna gestört wird. Wir wissen, dass ackerbaulich genutzte Böden verloren gehen, dass das Kleinklima verändert wird, wenn der Boden versiegelt wird, dass Lebensräume zerschnitten werden.

Wegen der Zerschneidung von Lebensräumen hat uns die Akademie für Technikfolgenabschätzung im letzten Jahr in ihrem Bericht eine sehr interessante Information ins Stammbuch geschrieben. Wir müssen diese Themen aufgreifen. Ich wünsche mir, dass das Ministerium Schwerpunkte setzt und konkrete Maßnahmen vorschlägt, damit wir an diese Fragen herangehen können und sie gemeinsam umsetzen können. Sie können sicher sein, dass wir dies gemeinsam tun werden, weil es uns ein Anliegen ist, dass die natürliche Umwelt ordentlich geschützt und geschont wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr 2002 ist es zehn Jahre her, dass die Konferenz in Rio de Janeiro stattgefunden hat. Im Sommer werden sich die Regierungen in Johannesburg treffen und Bilanz ziehen. Die Agenda 21, die die Aufgaben des 21. Jahrhunderts bewältigen soll, die bekanntermaßen das Ergebnis von Rio sind, ist der Bereich, in dem wir auch im Land Baden-Württemberg weiterarbeiten und darüber diskutieren müssen, wie wir die Ideen von Rio konkret für unser Land herunterbrechen können.

Wir haben gute Erfolge. Das steht völlig außer Frage. Wir haben ein hervorragendes Agendabüro bei der LfU, und wir haben inzwischen in über 300 Gemeinden aktive Agendagruppen, die das Prinzip „Global denken, lokal handeln“ umsetzen. Betrachten wir das abgelaufene „Internationale Jahr des Ehrenamtes“, wissen wir auch, dass die lokalen Agendagruppen vor Ort ein wesentlicher und guter Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement und ein Ansatzpunkt sind, wie man viele Menschen dafür gewinnen kann, sich für ihre Umgebung, ihre Gemeinde und ihre Region einzusetzen. Wir wollen, dass die Menschen gegenüber ihren Mitmenschen und gegenüber der Umwelt nicht gleichgültig werden.

(Beifall bei der SPD)

Weil wir diesen Prozess für so wichtig halten, haben wir als SPD-Fraktion die Aufstockung der Mittel gefordert und einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Ich möchte zu einem weiteren Bereich, zum Thema Hochwasserschutz, kommen. Der Hochwasserschutz begleitet uns nun auch schon etliche Jahre. Er bleibt ein Dauerbrenner. Wir haben kürzlich im Ausschuss für Umwelt und Verkehr eine Anhörung zum Integrierten Rheinprogramm durchgeführt. Dabei haben wir erfahren, dass es weiterhin von Anliegern eine erhebliche Zahl von Widersprüchen gibt. Ich möchte aber an dieser Stelle dem Umweltministerium und auch dem Herrn Minister ausdrücklich danken, dass im Zusammenhang mit der von Anliegern geforderten Wehrlösung als Alternative zu dem 90-Meter-Streifen bei Breisach diese ganze Sache im Ministerium so zügig abgewickelt worden ist, dass der Fortgang beim Integrierten Rheinprogramm jetzt auch tatsächlich eingeleitet werden kann. Das ist sicherlich eine gute Sache. Denn die Situation ist ja schließlich die: Baden-Württemberg steht als Nachzügler da. Mit den Mittelaufstockungen im aktuellen Haushaltsplan verbinden wir natürlich die Hoffnung, dass die laufenden Arbeiten wie beim Polder Söllingen beschleunigt werden und dass die geplanten weiteren Maßnahmen zügig und energisch angegangen werden können. Da ist genau dieser 90-Meter-Streifen zwischen Weil und Breisach zu nennen.

Wir müssen auch feststellen – ich denke, darüber sind wir uns in diesem Haus einig –, dass wir da ein gemeinsames Anliegen haben. Wir waren uns ja bei der Beratung des von der SPD initiierten Antrags im Oktober einig, dass wir beim Integrierten Rheinprogramm weiterarbeiten müssen und schneller arbeiten müssen. Ich gehe davon aus, dass wir die nächsten Schritte im Ausschuss für Umwelt und Verkehr zügig bearbeiten werden.

(Regina Schmidt-Kühner)

Aber eines muss beim Integrierten Rheinprogramm klar sein: Im nachfolgenden Doppelhaushalt 2004/05 wird es noch einmal eine deutliche Aufstockung der Mittel geben müssen. Denn wenn die vereinbarten Rückhaltevolumina bis zum Jahr 2021 tatsächlich geschaffen werden sollen, müssen wir jetzt einen zeitlichen Drive hineinbekommen und die Umsetzung vorantreiben. Es sollte hier nicht zu weiteren Verzögerungen kommen, denn das ist wirklich eine notwendige Maßnahme. Wir hoffen alle, dass wir in der Zwischenzeit, bis der hinreichende Hochwasserschutz durch das Integrierte Rheinprogramm wirklich erreicht ist, nicht ein solches Hochwasser bekommen, das Milliarden-schäden verursacht, was natürlich eine absolute Katastrophe wäre. Deswegen dürfen wir jetzt auf jeden Fall nicht innehalten, sondern müssen weitermachen und durchhalten.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch eine Anmerkung zur Internationalen Länderkommission Kerntechnik machen. Ich will nicht alles wiederholen, was in diesem Haus hierzu schon gesagt worden ist. Wir haben über diese Kommission hier in den verschiedensten Debatten diskutiert. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine reine Geldverschwendung, wenn in diesem Doppelhaushalt 1 Million € für Arbeiten dieser Kommission ausgegeben werden, die nur den Zweck haben, die Atomenergienutzung in ein gutes Licht zu setzen. Wenn man das schon will, kann man genauso eine Werbeagentur beauftragen, die dann zwar politisch und finanziell nicht weniger unsinnig und fragwürdig wäre, aber das wäre wenigstens ein ehrliches Vorgehen und nicht nur eine Augenwischerei einer fachlichen Kommission.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen haben wir auch einen Antrag eingebracht, durch den wir die Mittel für die ILK zurückfahren wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr für Baden-Württemberg als erstes Bundesland einen Umweltplan vorgelegt. Wenn dieser einerseits von der Wirtschaft als zu scharf kritisiert wird und andererseits der Opposition zu wenig ist, liegt er vermutlich genau richtig in der Mitte. Ich habe allerdings eine Bitte zu dem angekündigten wissenschaftlichen Beirat. Es ist sicherlich richtig, dass dieser tätig wird, und er kann gute Ergebnisse bringen, die wir für die nachhaltige Entwicklung brauchen. Aber es wäre wichtig, dass dieser Beirat nicht für sich alleine tagt und arbeitet, sondern dass es eine intensive Vernetzung mit dem Parlament gibt. Damit meine ich nicht, dass Parlamentarier Mitglieder des Beirats sein sollen, sondern dass sich die Mitglieder des Beirats und die Verkehrspolitiker aus dem Lande regelmäßig zum Austausch der Ergebnisse zusammensetzen.

Der Haushaltsplan zieht erste Konsequenzen aus dem Umweltplan, indem er zum Beispiel Mittelumschichtungen zur Förderung der nachhaltigen Energie enthält und den Ansatz dafür verdoppelt. Die hierdurch mögliche Förderung des Agenda-21-Prozesses und des Umweltdialogs sowie das Förderprogramm „Nachhaltigkeit der Wirtschaft“ sind wichtige Vorhaben. Die FDP/DVP unterstützt die Ziele des Umweltplans und die daraus folgenden Haushaltsansätze.

Die positiven Ansätze des Plans zur Reduzierung des Flächenverbrauchs müssen ebenfalls weiterentwickelt werden. Hier geht es uns insbesondere um die Wiedernutzbar-machung von Industrie- und Gewerbebrachen. Allerdings muss da zunächst geplant werden, bevor man Geld braucht. Gewisse Mittel hierfür sind auch im Etat enthalten. Der Antrag, zusätzliche Mittel einzustellen, erscheint uns deshalb überflüssig.

Neue Konzeptionen werden auch im Bereich der Altlastensanierung nötig sein. Auch hier wird es in der Folge Mittelbedarf geben, den wir aufgrund der Haushaltslage in diesem Jahr leider noch nicht berücksichtigen können.

Wir Liberalen begrüßen die Vervierfachung der Landesmittel für den Klimaschutz. Das kommunale und das allgemeine CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm sowie das Beratungs- und Bildungsprogramm „Energieeffizienz“ können so intensiviert werden.

Im Bereich der Umweltforschung ergänzen zusätzliche Mittel aus der Zukunftsoffensive die Vorhaben der Landesregierung.

Ein wichtiger Bereich ist die Abfallwirtschaft. Wegen Auslegungsproblemen bei der Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Abfallwirtschaftsgesetzes gibt es immer noch viel Rechts- und Planungsunsicherheit. Dies stellt Kommunen, Bürger und Wirtschaft vor große Probleme. Wir müssen da für Klarheit sorgen. Hier hat das Ministerium eine Arbeitsgruppe eingesetzt; auch da, denke ich, sollte ein Zusammenwirken mit dem Landtag wichtig sein.

Neben Umweltschutz und Entsorgungssicherheit ist bei der Abfallwirtschaft die Gestaltung tragbarer Gebühren sicherzustellen. Wir von der FDP/DVP meinen, dass man im Bereich der Abfallwirtschaft mit Deregulierung und Privatisierung ein ganzes Stück weiterkommt.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich will das nicht zu weit ausführen. Aber eines ist uns wichtig: Wir sollten nicht den Weg, sondern das Ziel vorgeben und damit einen kreativen Wettbewerb um die günstigste Lösung anstoßen.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Weg ist das Ziel! –  
Abg. Schmid SPD: Das Ziel ist der Weg!)

Eine weitere Problemlage haben wir in diesem Landtag im letzten Jahr erörtert, nämlich die Verpackungsverordnung. Sie leidet immer noch an der Untätigkeit und – das muss ich ganz klar sagen – auch an der Unfähigkeit des Bundesumweltministers.

(Abg. Schmiedel SPD: Töpfer heißt der Mensch!)

– Nein, eben nicht!

(Heiderose Berroth)

(Abg. Schmiedel SPD: Doch, Töpfer! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer hat denn das im Bundesrat abgelehnt? – Abg. Schmiedel SPD: Und Merkel!)

Wir sind uns ja alle darüber im Klaren, dass die Entwicklung im Bereich der Verpackungsverordnung inzwischen weitergegangen ist und es da neue Erkenntnisse gibt. Das haben wir im letzten Jahr ausführlich erörtert; das kann man auch nachlesen. Aber der Bundesumweltminister ist einfach stur und hält wider besseres Wissen an der alten, nicht mehr stimmenden Lösung fest,

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE sowie Schmiedel und Schmid SPD)

nur weil er sich mit seinem Vorschlag nicht durchsetzen konnte. Er legt da ein kindisches Verhalten an den Tag.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Die Bundesregierung verwechselt die ruhige Hand mit Untätigkeit.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sie verweigert die Stabilisierung ökologisch vorteilhafter Mehrwegsysteme für Getränkeflaschen und -dosen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Weitere Zurufe)

– Wenn Sie sich beruhigt haben, mache ich weiter.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Nur blinde Polemik! Sie liest alles ab, selbst die blinde Polemik! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Es wäre gut, wenn Sie sich damit einmal sachkundig befassen würden.

(Abg. Schmid SPD: Oje, das sagt die Richtige! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Beim Lärmschutz besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Das Land wird die Kommunen weiter unterstützen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wie denn?)

Aber ich denke, auch hier ist es wichtig, in der Forschung und in der Handhabung ein Stück weiterzukommen. Häufig werden beim Lärmschutz Einzelbetrachtungen angestellt; aber es fehlt die Gesamtbetrachtung. Ähnlich wie beim Wetter gibt es auch beim Lärm

(Abg. Schmid SPD: Das fällt Ihnen aber früh ein!)

einen gemessenen und einen fühlbaren Wert. In dieser Richtung müssen wir uns noch ein ganzes Stück weiterentwickeln.

Ich möchte die Regierung sehr bewusst auffordern, dem Thema „Brumnton“ weiter nachzugehen, auch wenn sich durch Messungen bisher nichts ergeben hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Was für ein Ton?)

Wenn es tatsächlich doch recht viele Menschen im Land gibt, die diesen Ton hören, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass eine weit größere Zahl von Menschen ihn zwar nicht hören, aber spüren. Deshalb müssen wir dahinter kommen, worauf das zurückgeht.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Hörgeräte abschalten!)

Das nächste Thema ist der kommunale Hochwasserschutz. Auch hierfür ist ein erhöhter Mittelansatz vorgesehen. Dieser wird auch fortgeführt. Die vorgesehenen Haushaltsmittel werden ausreichen, damit die Gemeinden die erforderlichen Maßnahmen zeitgerecht umsetzen können.

Beim staatlichen Hochwasserschutz werden wir uns hier im Haus als Nächstes mit dem Integrierten Rheinprogramm befassen. Da steht noch einiges an Problemen an. Aber das will ich hier nicht vertiefen, weil es schon im Februar wieder auf der Tagesordnung des Ausschusses steht. Nur eines: Hochwasserschutz ist immer auch Gewässerschutz. Hochwasserschutz ist auch Naturschutz.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, natürlich gehört das zusammen! Sonst gibt es ja kein Hochwasser!)

Renaturierung ist gleichzeitig Förderung der Naherholung und des Tourismus. Auch hier wird es wichtig sein, eine Gesamtsicht und ein ganzheitliches Projekt zu entwickeln. Die Belange der Fischerei müssen ebenso berücksichtigt werden wie wirtschaftliche Anforderungen.

Hier kommt mein erster Übergang zum Bereich Verkehr: Die Bundeswasserstraße Neckar muss dringend ausgebaut werden, damit dort auch Container befördert werden können, die später auf Seeschiffe umgeladen werden. Gerade bei diesem Ausbau, bei dem leider der Bund auch gewaltig hinterherhinkt, müssen wir darauf achten, dass wir jetzt nicht wieder einseitig nur die Wasserstraßenbauer und erst hinterher den Naturschutz und den Hochwasserschutz darrangehen lassen, sondern dass sich die entsprechenden Leute zusammensetzen, damit wir wirklich ein gemeinsames Programm entwickeln, das auch Synergieeffekte nutzt, die es in diesem Bereich durchaus gibt.

Ich freue mich übrigens, in meiner Fraktion die Bereiche Umwelt und Verkehr gemeinsam zu bearbeiten, weil man da auf genau solche Schnittstellen kommt und auch das Positive herausarbeiten kann.

Die weiteren Ausführungen zum Verkehr in der zweiten Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Blenke CDU: Der hat ja heute so ein glänzendes Hemd an! Hula-hula!)

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist Spitze.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Schmiedel SPD: Rote Laterne!)

(Boris Palmer)

Kein anderes Land plant so viele Straßen auf Kosten des Bundes wie Baden-Württemberg. Für die im Bau befindlichen Straßen werden weitere 900 Millionen € benötigt.

(Abg. Hauk CDU: Wir planen für die Bürger und nicht für irgendjemanden!)

Planfestgestellt sind Straßen mit einem Kostenvolumen von 1,3 Milliarden €. Dazu kommen noch die Refinanzierungskosten für das Programm „Straßenbau auf Pump“: rund 800 Millionen €.

(Abg. Mappus CDU: Es wird noch mehr!)

In der Summe ist das ein Planungsvorrat und Finanzierungsbedarf von 3 Milliarden €, Herr Mappus.

(Abg. Rückert CDU: Dringend nötig!)

Eine solche Spitzenstellung hat das Land noch nicht einmal beim Wettbewerb „Jugend musiziert“. Es hat 12 % der Bevölkerung von Deutschland, 35 % der Auszeichnungen, 10 % der Fläche und 50 % der Straßenbauplanungen. Eine solche Spitzenstellung gibt es in keinem anderen Bereich. Der Ministerpräsident sollte sich, wenn er da wäre, die Zahlen merken. Sie passen in jede seiner Reden.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Hauk CDU: Weil der Bund nichts macht! – Abg. Blenke CDU: Nachholbedarf!)

Jetzt gibt es zwei logische Deduktionsalternativen aus dem Faktum, dass die Hälfte aller bundesweiten Straßenbauplanungen in Baden-Württemberg liegen.

(Abg. Hauk CDU: Das hat doch seinen Grund!)

Die eine ist: Es gibt zu wenig Geld. Das ist Ihre Argumentation. Dem halte ich entgegen: Im Waigel'schen Etatansatz waren knapp 200 Millionen € pro Jahr für den Bundesstraßenbau in Baden-Württemberg vorgesehen.

(Abg. Hauk CDU: Und was hat die MifriFi im Bund?)

Im Jahr 2002 erhalten Sie 230 Millionen €, wenn die Maut kommt, 300 Millionen €. Das ist ein Rekord. So viel hatten Sie vorher noch nie. Es kann also nicht an mangelndem Geld liegen.

(Abg. Mappus CDU: Wie bitte?)

Demnach ist nur die andere Alternative richtig, Herr Mappus. Rechnen Sie das alles nach: Es gibt zu viele Pläne, ganz einfach.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Es gibt zu viele Pläne. Wenn es 15 Jahre gedauert hätte, das, was Sie an Planungen vorrätig haben, mit Waigels Ansätzen zu finanzieren, dann ist der Zeitpunkt gekommen, um mit der Planung aufzuhören. Deshalb beantragen wir, dass die wasserköpfige Straßenbauverwaltung in Baden-Württemberg weniger plant.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Nennen Sie mal eine überflüssige Straßenplanung!)

Weil man aus den Ämtern niemanden hinauswerfen kann, wollen wir wenigstens, dass man nicht auch noch Büros damit beauftragt, weitere unnütze Planungen zu machen, die hinterher verfallen und nicht realisiert werden können.

(Beifall bei den Grünen)

Von der völlig überzogenen Planung kommen wir zum Landesstraßenbau und zu den Investitionen. Herr Oettinger – er ist wieder einmal nicht da, wie überhaupt nur 20 % der CDU-Fraktion das Thema „Umwelt und Verkehr“ interessieren –

(Abg. Blenke CDU: Wir sind immer noch mehr als die Grünen! – Zurufe der Abg. Kübler und Röhm CDU)

hat in der Haushaltsrede einen Angriff gefahren: Die Grünen kehrten zurück zum Autohass der Achtzigerjahre, im Haushalt fände mit den Anträgen der Grünen ein Angriff auf den Straßenbau statt.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Herr Oettinger, ich muss Sie enttäuschen. Der Fundi steht gar nicht hier, die Fundi sitzt da drüben. Das ist Frau Heike Dederer. Es sind gar keine verkehrspolitischen Anträge, sondern rein finanzpolitische Anträge gestellt worden.

Ich erkläre Ihnen das. Zu einem ordentlich finanzierten Haushalt hätten wir Anträge gestellt, umzuschichten hin zum Erhalt der Landesstraßen, denn viele sind in einem katastrophalen Zustand. Das wissen die Abgeordneten von der SPD, die dafür Geld einfordern, sehr gut, und Sie von der CDU wissen es eigentlich auch, Sie trauen es sich nur nicht zu sagen. Wir hätten also nur umgeschichtet zum Erhalt, weg vom Neubau, und geringfügig gekürzt.

Sie haben aber überhaupt kein Geld für den Straßenbau im Land. Stattdessen machen Sie Sonderprogramme, ein altes Sonderprogramm über 50 Millionen € pro Jahr kreditfinanziert und ein neues dazu, noch einmal 50 Millionen €,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wir machen wenigstens was!)

davon 35 Millionen € kreditfinanziert und 15 Millionen € durch „Bankraub“.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe und Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Blenke: Bankraub? Unverschämtheit!)

Das ist eine verdeckte Neuverschuldung von 500 Millionen € in einer Legislaturperiode. Herr Finanzminister, ich assoziiere mit einer „schwarzen Null“ eher Ihre Durchsetzungskraft als das Jahr 2006.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bravo!)

Eine Bankrotterklärung ist das, Straßenbau auf Pump, sonst nichts.

Aber das ist nicht nur ein Angriff auf die Ehrlichkeit der Haushaltsführung, sondern auch ein Angriff auf den öffentlichen Verkehr. Beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsge-

(Boris Palmer)

setz haben Sie von der ursprünglichen Aufteilung – 50 % für den öffentlichen Verkehr, 50 % für den Straßenbau – schon auf 42 % für den ÖPNV abgebaut. Wir beantragen wenigstens 30 Millionen € wieder zusätzlich für den öffentlichen Verkehr.

Jetzt kommen Sie mir nicht, Herr Minister Müller, mit dem Argument, Sie hätten keine Anträge. Allein das Volumen der Anträge zum Beispiel für die Busförderung ist doppelt so hoch wie die zur Verfügung stehenden Mittel. Da könnten Sie einiges unternehmen.

(Abg. Röhm CDU: Da habt ihr zu viele Anträge gestellt!)

Dank an die SPD an dieser Stelle, die dem Kapitel Straßenbau, dem schlechtesten in diesem ganzen Haushalt, natürlich zustimmen wird, und Dank an Herrn Drexler, der sich auch noch hier hinstellt und fordert, die Bahninvestitionsmittel zur Straße umzuschichten.

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie eigentlich gegen Straßen?)

Das zeigt: Ökologische Verkehrspolitik hat nur eine Farbe – die ist grün.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Göschel SPD: Wo sollen die Busse eigentlich fahren, die Sie fördern wollen? Flugbusse?)

Jetzt kommen wir zum öffentlichen Verkehr. Herr Scheuermann, da bringen Sie diese Taschenspielertricks, das Land gebe ja 1,2 Milliarden € für die Finanzierung des Nahverkehrs aus. Davon sind 730 Millionen € Regionalisierungsmittel; das wissen Sie. Wenn man dann noch herausnimmt, was aus der kommunalen Finanzmasse kommt, über den Vorwegabzug und gesetzliche Ausgleichsleistungen, auf die Sie gar nicht so viel Einfluss haben, dann bleiben lächerliche 100 Millionen € übrig, die Sie selber hineinstecken.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: 100 Millionen sind lächerlich?)

203 Millionen € aus den Regionalisierungsmitteln haben Sie gar nicht ausgegeben, und in diesem Haushalt substituieren Sie 20 Millionen € in jedem Jahr.

(Abg. Scheuermann CDU: 250 Millionen!)

Aus Regionalisierungsmitteln nehmen Sie jedes Jahr 20 Millionen € und stecken sie in den Landeshaushalt, um eine geringere Neuverschuldung zu haben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Stimmt nicht! Wir unterstützen zum Beispiel den Busverkehr! – Abg. Schmiedel SPD zur CDU: Da sitzt der „Bankräuber“!)

Das ist skandalös: nicht ausgeben, das Geld umwidmen und Herrn Eichel damit aufstacheln, den Ländern die Regionalisierungsmittel zu kürzen. Wir dürfen dann am Ende die Kohlen wieder aus dem Feuer holen. Vielen Dank!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Muss man jetzt Mitleid mit der Bundesregierung haben?)

– Wir brauchen Ihre Bundesratsunterstützung nicht, wir schaffen es allein mit unserem Koalitionspartner.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr interessant!)

Die fehlenden Ausgaben sieht man auch am Angebot. Beim Integralen Taktfahrplan geht es einfach nicht voran. Die letzte Fahrmöglichkeit von Konstanz nach Stuttgart – Herr Döring sagt, vom Bodensee wolle er nichts wissen, obwohl er da heiratet – ist um 19:40 Uhr.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ein Argument!)

Die letzte Fahrmöglichkeit von Spaichingen nach Stuttgart ist um 19:54 Uhr – vielleicht, weil Erwin Teufel so früh ins Bett geht. Aber das ist doch kein Integraler Taktfahrplan.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig! – Minister Stratthaus: Wer heiratet, bleibt über Nacht!)

– Ich will mich nicht über das Nachtleben von Herrn Döring auslassen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt reichs aber langsam!)

– Das kam von dort drüben.

Die Verweigerung der Regionalisierungsmittel – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt reichs!)

– Fragen Sie Herrn Minister Stratthaus. Der Zwischenruf kam von ihm, nicht von mir.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Aber Sie haben noch was draufgesetzt! Das war anständig, was der Minister gesagt hat! Aber was Sie gesagt haben, war nicht anständig!)

– Jetzt kommen wir zu etwas Unanständigem. Dass der Region Stuttgart die Mittel für den Ausbau des S-Bahn-Verkehrs verweigert werden, ist überhaupt nicht nachzuvollziehen. Umgekehrt werden bei Stuttgart 21 Investitionsmittel im Unverstand verblasen, 400 Millionen €, übrigens das größte Haushaltsrisiko in diesem Einzelplan überhaupt. Denn Sie werden niemals mit den Ausgaben zurechtkommen, die Sie bisher angesetzt haben.

Herr Oettinger hat uns ja erklärt, bei der Messe seien das alles nur gegriffene Zahlen gewesen, es kämen da halt mal 100 oder 200 Millionen dazu. Ich sage Ihnen, bei Stuttgart 21 werden Sie irgendwann an diesem Pult stehen und sagen: Die 5 Milliarden DM, das waren auch nur gegriffene Zahlen, jetzt sind es halt 7 oder 8 Milliarden. Auf diese Debatte bin ich gespannt.

Nun kommen wir zu dem, was gar nicht drinsteht oder recht wenig erwähnt wird. Ich habe nachgezählt: In den Erläuterungen finden sich 3,5 Zeilen zu Radwegen. Posten habe ich gar nicht gefunden. Ein Landesradwegeprogramm: völlige Fehlanzeige. Herr Minister, ich verspreche Ihnen: Wenn Sie es endlich einmal schaffen, im Land wenigstens die Hauptverbindungen mit Radwegen auszubauen

(Boris Palmer)

en, komme ich zu jeder Parlamentssitzung morgens von Tübingen mit dem Fahrrad hierher.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Steim CDU)

Noch ein Satz zum Thema Flugverkehr: Endlich laufen die Zuschüsse für den Landesflughafen in Stuttgart aus. 700 Millionen DM hat man dafür insgesamt verpulvert. Uns ist nicht erklärlich, warum man florierende Wirtschaftsunternehmen bezuschussen muss. Immer redet die FDP/DVP von Subventionsmentalität. Hier haben Sie wirklich ein Feld, bei dem Sie hätten ansetzen können. Warum müssen Flughäfen bezuschusst werden? Sie können selbst zahlen.

(Beifall bei den Grünen)

Noch einmal: Sacken Sie den Vorwurf des Anschlags auf den Straßenbau wieder ein. Ich könnte dagegenhalten: Sie verüben einen Anschlag auf Klarheit und Wahrheit der Haushaltsführung, auf den öffentlichen Nahverkehr und auf die Umwelt.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Lassen wir also die Anschläge einfach beiseite, und reden wir von einem wirklichen strukturellen Problem, Herr Minister Müller.

Ich frage mich manchmal, ob sich der Verkehrsminister und der Umweltminister überhaupt schon einmal begegnet sind, ob sie sich kennen.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Die Janusgesichtigkeit Ihrer Politik ist wirklich frappierend. Der Verkehrsminister ist rückwärts gewandt – Sie wissen, Janus schaut nach vorn und nach hinten –, er schaut nach hinten. Er braucht mehr Straßen, er prahlt damit, was er für den Straßenbau endlich finanziert. Der Umweltminister dagegen schaut nach vorn und stellt fest: „Wir haben Probleme mit dem Flächenverbrauch, wir sollten dringend reduzieren.“ Aber dass Sie beim Straßenbau, beim Verkehr Umweltaspekte einbeziehen, das ist gar nicht zu erkennen. Diese beschränken sich für Sie offenbar auf die begleitende Grünpflege.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Steim CDU:  
Wir pflegen keine Grünen! – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Eine ökologische Verkehrspolitik findet bei Ihnen nicht statt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Stimmt nicht! – Abg. Hauk CDU: Offensichtlich gibt es im Wahlkreis Tübingen keine Probleme!)

Sie werden vom Kollegen Kretschmann noch erfahren, wie ökologische Politik aussieht. In der zweiten Runde dazu mehr.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU:  
Das ist peinlich gewesen! – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Steim.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Jetzt kommt Klarheit! – Abg. Blenke CDU: Und Wahrheit!)

**Abg. Dr. Steim** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Palmer, hier spricht in Ihren Augen ein Bankräuber.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich wollte Ihnen ein bisschen aus unserem Parteiprogramm vorlesen. Eines steht darin nicht: dass wir die Grünen pflegen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Vielmehr steht darin, dass wir den Ausbau und den Erhalt unseres Straßennetzes für wichtig halten. Wir sind stolz, dass wir dies geschafft haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Übrigen: Nach zwei Wochen Finanzausschussberatungen und am dritten Tag der Haushaltsdebatte im Plenum sollte ich Ihre Kondition, Herr Kretschmann, glaube ich, nicht testen. Ich habe vier Minuten Redezeit.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich melde mich nur!)

– Ja, ist gut so.

Ich will mich beeilen und mich auf Bemerkungen zu den Vorlagen bezüglich der Finanzierung beschränken, die Sie gegeben haben. Hierbei handelt es sich nicht um Taschenspielertricks, sondern um kreative Haushaltsführung, die wir betreiben.

(Lachen bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir bekommen keine blauen Briefe aus Brüssel wie Herr Eichel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Dennoch steigern wir die Mittel für den Landesstraßenbau von 100 Millionen auf 150 Millionen €.

Wir wissen noch nicht, was heute beim Thema Maut herauskommt. Eines wissen wir aber: Es wird nicht so kommen, wie es Bodewig geplant hat. Aber relativ viele der Minister, die bei Ihnen noch übrig geblieben sind, haben heute ein Problem bei Ihnen. Bodewig ist nur einer davon. Eichel bekommt einen blauen Brief, Künast – –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gute Frau!)

– Ja, ja, aber nicht gut als Ministerin.

(Dr. Steim)

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Den Scharping würde ich nicht vergessen! – Abg. Alfred Haas CDU: Ulla Schmidt!)

– Scharping, ja. Ich habe sie ja noch gar nicht alle aufgezählt. Künast, Scharping,

(Zurufe von der CDU, u. a.: Schily!)

Schily mit dem V-Mann,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ulla Schmidt!)

dann die Gesundheitsreform.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Alfred Haas: Aufhören! – Gegenrufe von der SPD)

– Aufhören. Wir hoffen, dass wenigstens eines rüberkommt, wenn der Bundesverkehrswegeplan kommt: dass wir dann mehr mitreden können – falls er von der gegenwärtig amtierenden Bundesregierung überhaupt noch angenommen wird. Die nächste Regierung wird das wahrscheinlich wieder ganz anders machen. Dort werden wir mehr Gehör finden.

(Zuruf von der SPD: Nur keine Illusionen! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das liegt in der Hand des Wählers!)

– Das liegt Gott sei Dank in der Hand des Wählers. Der sieht das im Moment ganz richtig.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte dem Ministerium danken und ein Beispiel nennen, wie man mit relativ wenig Geld viel erreichen kann. Die Verbindung von Gärtringen nach Stuttgart ist auf drei Spuren ausgebaut worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

Das ist äußerst angenehm für die Benutzer. Leider ist die Strecke in Südrichtung noch nicht ausgebaut. Ich hoffe, dass dies bald geschieht. Ich hoffe auch, dass die Straßenbauverwaltung noch mehr solcher Stellen findet, an denen man mit relativ einfachen Mitteln sehr viel Wirkung erzielen kann.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

**Abg. Göschel** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst eine grundsätzliche Bemerkung machen: Natürlich ist eine gute Verkehrspolitik ein wesentlicher Beitrag zu einer nachhaltigen Politik insgesamt.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Richtig!)

Insofern möchte ich an die drei Grundprinzipien einer nachhaltigen Verkehrspolitik erinnern: erstens Vermeidung, zweitens Verlagerung und drittens Optimierung.

Zum Stichwort Vermeidung will ich nur sagen: Wir wollen nicht, dass die Menschen gegängelt und durch Verbote von ihrem Anspruch auf individuelle Mobilität abgebracht werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Die individuelle Mobilität vieler Menschen ist ein wertvolles Gut. Dazu haben wir unseren Beitrag in der Geschichte geleistet. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Kommen Sie zu uns! Wir nehmen Sie auf!)

Allerdings kann individuelle Mobilität durch Optimierung und Verlagerung befriedigt werden, indem die Menschen auch im öffentlichen Verkehr ihre individuelle Mobilität finden und indem, wie es der von uns gemeinsam verabschiedete Generalverkehrsplan fordert, der öffentliche Nahverkehr zu einer vollwertigen Alternative zum Individualverkehr ausgebaut wird.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Genau so ist es!)

Ich will zunächst etwas zum Straßenbau sagen. Die Beiträge der Kollegen Scheuermann und Dr. Steim haben sich heute sehr wohltuend von dem abgehoben, was landauf, landab an Falschaussagen und Fehlinterpretationen insbesondere vonseiten der CDU, aber auch der FDP/DVP verkündet wird. Davon will ich einiges zurechtrücken.

Wir begrüßen, dass die Mittel für den Landesstraßenbau endlich so erhöht worden sind, dass der Generalverkehrsplan einigermaßen umgesetzt werden kann. Insbesondere mit dem Eintritt der FDP/DVP in die Landesregierung ist der Landesstraßenbau nämlich gegen null in den Keller gefahren worden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Katastrophe! – Abg. Scheuermann CDU: Das war bei Ihnen auch mal anders!)

– Richtig. Wir sind lernfähig, und das nicht erst seit heute. Das wissen Sie.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir der CDU voraus!)

Mit den jetzt angesetzten Straßenbaumitteln – wir stimmen ihnen nachher auch zu – erreichen wir noch nicht einmal die selbst gesteckte Messlatte dessen, was der Generalverkehrsplan für die Erhaltung sowie für Neu- und Ausbauten vorgesehen hat. Insofern ist das nur ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Es ist auch höchste Zeit, denn Baden-Württemberg hat, wie wir heute gelesen haben, inzwischen die rote Laterne in der Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Bundesländer.

(Zurufe von der SPD: Oi! – Abg. Birzele SPD: Liegt das an Döring oder an Teufel? – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Göschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Steim?

(Abg. Bebber SPD: Wo ist Döring?)

**Abg. Göschel** SPD: Herr Dr. Steim, gerne am Schluss. Ich muss mich etwas beeilen, weil meine Vorrednerin mir viel Redezeit genommen hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sauerei!)

Die kreative Haushaltsführung, die Sie vorhin angesprochen haben, ist eine tolle Sache. Aber wenn wir wie in Sachen Wohnungsbau ebenfalls kreative Vorschläge machen, bezeichnen Sie dies als unsolide. Da widersprechen Sie sich selbst.

(Abg. Dr. Steim CDU: Moment! – Abg. Schmiedel SPD: Ja, ja!)

Auch darauf möchte ich hingewiesen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zusammenfassend Folgendes sagen: Die neue, rot-grüne Bundesregierung in Berlin tut mehr, als die alte, schwarz-gelbe Regierung in Bonn in der mittelfristigen Finanzplanung für den Bundesfernstraßenbau vorgesehen hatte. Allein im Jahr 2002 wurde mehr als doppelt so viel Geld für neue Investitionen im Bundesfernstraßenbau eingesetzt, als in der mittelfristigen Finanzplanung von Kohl, Waigel und Wissmann vorgesehen war. Darauf möchte ich besonders hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Der Bund tut immer noch wesentlich mehr als das Land. Wenn Sie den Zahlen nicht glauben, die vom Ministerium in seiner Stellungnahme zu unserem jüngst gestellten Antrag mitgeteilt worden sind, dann können Sie eine ganz einfache Plausibilitätskontrolle machen: Schlagen Sie doch einmal einem Bürgermeister, wenn er erklärt, seine Bundesstraßenortsdurchfahrt müsste dringend durch eine Ortsumfahrung ersetzt werden, um die Menschen, die davon betroffen sind, zu entlasten, vor, er möge doch beantragen, dass die Bundesstraße zur Landesstraße abgestuft wird. An seiner empörten Reaktion werden Sie feststellen, dass auch der schwärzeste aller Bürgermeister mehr Zutrauen in die Straßenbaupolitik von Rot-Grün in Berlin als in die in Stuttgart hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Den müssen Sie uns zeigen! – Abg. Schneider CDU: Keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Kübler CDU – Weitere Zurufe)

– Lesen Sie die Zahlen!

Drittens möchte ich die Hoffnung aussprechen, dass die jetzt im Landesstraßenbausetat vorgesehenen Mittel auch abgerufen werden können. Denn in den letzten Jahren lag das Ist immer mehr oder weniger deutlich unter dem Haushaltssoll für den Neu- und Ausbau von Straßen. Es gibt ein Indiz, warum dies auch in Zukunft befürchtet werden muss: Kollege Palmer hat vom Planungsüberhang beim Straßenbau gesprochen. Er hat allerdings nicht differenziert. In der Tat gibt es planfestgestellte Bundesfernstraßen

mit einem Volumen von 2,5 Milliarden DM; ich spreche jetzt immer noch von D-Mark und überlasse es Ihnen gern, das umzurechnen.

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl, Herr Lehrer! – Abg. Herrmann CDU: Können Sie das nicht?)

– Kann ich. – Bei planfestgestellten Landesstraßen liegt das Volumen aber nur bei kläglichen 56,3 Millionen DM. Es können also noch nicht einmal die vorgesehenen Maßnahmen sofort begonnen werden, weil die planerische Umsetzung überhaupt noch nicht so weit ist, dass man mit dem Bau beginnen könnte.

Da könnte es also wieder heißen: Groß angekündigt, aber nichts gemacht. Insofern ist es ganz bitter nötig, die Planungsmittel, die im Haushalt vorgesehen sind, zu erhalten und nicht, wie von den Grünen gefordert wurde, zu streichen. Diese Mittel brauchen wir, damit die Vorhaben unverzüglich umgesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Scheuermann CDU)

Ich hoffe, dass die Umstrukturierung der Straßenbauverwaltung, die nicht in allen Teilen stimmig ist – ich will dies jetzt nicht vertiefen; sonst habe ich überhaupt keine Zeit mehr für etwas anderes –, nicht zu einer Demotivierung der ohnehin ausgedünnten Straßenbauverwaltung führt.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Die Vierteilung des Landesamts für Straßenbau erinnert mich an die Vierteilung in der Vergangenheit. Das ist nicht unbedingt eine Optimierung.

Zum Schienengüterverkehr haben wir einen Antrag vorgelegt, weil wir der Meinung sind, dass man nicht immer nur eine Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene fordern darf, sondern auch selbst mehr dafür tun muss. Gerade die kleinen Umschlagplätze, auf denen im intermodalen Verkehr auf die Schiene verlagert werden soll, müssen auch aus Landesmitteln unterstützt werden. Deswegen haben wir diesen Antrag noch einmal vorgelegt.

Zum ICE-Knoten Mannheim kann ich nur sagen: Wir sind froh, dass sich das ganze Haus darüber einig ist, dass auch in Zukunft kein Zug an Mannheim vorbeifahren darf. Wir sind dankbar dafür, dass da alle mitmachen.

Zur Regionalisierung – das ist ja heute auch angesprochen worden – nur ganz kurz: Die aktuelle Diskussion hat ja die Befürchtung wach werden lassen, dass da gekürzt wird und dass wir unsere Vorhaben in Zukunft nicht umsetzen können. Inzwischen scheint sich da doch etwas Entspannung abzuzeichnen.

Ich will für uns nur noch einmal drei Eckpunkte festhalten:

Erstens: Es darf keine Absenkung der Regionalisierungsmittel geben.

Zweitens: Wir brauchen eine weitere Dynamisierung der Mittel.

Und drittens: Wir brauchen einen Ausgleich, um die Interregionalsatzverkehre bestellen zu können.

(Göschel)

Wir fordern in diesem Zusammenhang die Landesregierung auf, in Zukunft keine Umschichtungen von Regionalisierungsmitteln als Ersatz von originären Landesmitteln vorzunehmen. Es ist da schon einiges auf dem guten Weg. Aber wir erwarten, dass das Land dem Bund auch in Zukunft keine Argumentationshilfe liefert, die es ermöglichen würde, dass Eichel versucht, seinen Haushalt durch Kürzungen bei diesen Mitteln zu konsolidieren.

(Abg. Seimetz CDU: Aha! Er traut ihm auch nicht!)

Es soll auch keine Bunkerung von Regionalisierungsmitteln geben, sondern die Mittel sollten unverzüglich eingesetzt werden, damit im ÖPNV des Landes Wohltaten erfolgen können. Ich weiß natürlich, dass es Planungsverzögerungen gibt, die auch zu Verzögerungen beim Mittelabruf führen können. Aber es muss alles dafür getan werden, dass es läuft.

Eine Qualitätsoffensive beim ÖPNV im Land ist dringend notwendig. Ich verweise auf die Stellungnahme des Rechnungshofs. Wir brauchen Controlling und Kontrolle, damit es besser wird.

Zum Schluss will ich sagen, dass ich die Gemeinsamkeit aller Landtagsfraktionen in diesem Hause zum Thema Regionalisierung begrüße. In diesem Zusammenhang begrüße ich auch die Gemeinsamkeit aller Bundesländer, denn nur wenn sich die Bundesländer alle einig sind, erreichen wir, was wir wollen. Da bin ich sehr zuversichtlich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU:  
Gegen Bodewig, jawohl!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Der Entwurf des Verkehrshaushalts des Landes für 2002/03 liegt auf der Grundlinie der verkehrspolitischen Ziele der FDP/DVP-Landtagsfraktion. Die Planansätze sind richtig dotiert und kontinuierlich entwickelt.

Zum ÖPNV: Trotz der Haushaltskonsolidierung wird der ÖPNV auch in diesem und im nächsten Jahr – ohne Kürzungen – finanziell erheblich dotiert, und er ist auch in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2005 auf hohem Niveau angesiedelt.

Begrüßenswert sind die großen Fortschritte bei der Errichtung von Verkehrsverbänden; als jüngster sei NALDO erwähnt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zehn Jahre zu spät!)

Sie rufen natürlich auch einen gewissen Finanzierungsbedarf seitens des Landes hervor. Wir müssen bei dieser Thematik allerdings noch sehr daran arbeiten, dass wir auch eine tarifliche Vernetzung zwischen den bestehenden Verbänden zustande bringen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wann kommt das Landesgesetz?)

Für wichtig erachtet unsere Fraktion, dass im ÖPNV eine verstärkte Effizienzkontrolle und Qualitätssicherung statt-

findet, insbesondere auch dort, wo die Deutsche Bahn noch tätig ist. Wir können damit den sehr hohen Mittelbedarf auf das Notwendige konzentrieren.

Stichwort Regionalisierungsmittel: Das ist der erste Akt im Trauerspiel beim Bund-Länder-Verhältnis.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Die Verkehrsminister der Länder haben sich geeinigt, und der Bund rechnet nieder. Das ist nicht das erste Mal, und deshalb muss man in diesem Fall die Frage nach der Subsidiarität wieder einmal neu stellen. Ich denke, das ist generell ein Thema, dessen wir uns in diesem und im nächsten Jahr annehmen sollten, um gründliche Neuregelungen zu finden, die vernünftig sind.

Die Regionalisierungsmittel sind an die Umsatzsteuer gekoppelt. Da trifft es mich schon besonders, wenn ich in der Zeitung lese, dass Herr Eichel der Post ganz locker einen riesigen Batzen Umsatzsteuer erlässt; denn das schmälert natürlich auch diesen Ansatz. Es trifft mich noch mehr, wenn ich dann lese, dass die Post ihrerseits ihren Kunden die Umsatzsteuer durchaus in Rechnung gestellt hat. Meine Damen und Herren, jeder Kleinstunternehmer weiß: Wenn er Umsatzsteuer kassiert, muss er auch welche abführen. Ich hoffe, dass dies auch bei der Post so ist

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP: Genau!)

und dass das künftig nicht erst der Rechnungshof, sondern schon das Finanzamt merkt.

Ein weiterer Punkt, um den wir gerade gewaltig mit dem Bund kämpfen, ist der Interregioverkehr. Man muss noch einmal ganz klar sagen: Wir können diese Verbindungen nur übernehmen, wenn wir entsprechend mehr Geld bekommen. Ein finanzieller Ausgleich ist nötig. Dass es das Land dann besser kann, haben wir schon beim ÖPNV gesehen. Generell werden Investitionen in Bahnstrecken kontinuierlich vom Land bezuschusst, und die Investitionszuschüsse zum Bau von Güterumschlaganlagen wurden aufgestockt. Das ist sehr positiv.

Unsere Kritik an der DB zielt darauf, dass sie sich drastisch zurückzieht. Im Güterverkehr ist das besonders fatal; dazu haben wir allerdings einen Antrag eingebracht und werden das an anderer Stelle ausführlich diskutieren.

Die Bahnhöfe werden vernachlässigt, Schalter werden ohne adäquaten Ersatz geschlossen und vieles mehr. Generell sollte sich bei Auflösungsmaßnahmen eine bessere Kooperation zwischen Bahn und Ländern entwickeln, damit man richtige Lösungen finden kann und nicht das Hauruckmanagement der Bundesregierung in die Länder hinein trägt.

(Abg. Göschel SPD: Die FDP/DVP will die Rückkehr zur Planwirtschaft bei der Bahn!)

Andererseits ist der Rückzug der Bahn auch als Chance zu begreifen. Damit können wir endlich mehr private Anbieter auf die Schiene bringen. Damit diese allerdings überhaupt eine vernünftige Möglichkeit bekommen, müssen wir endlich die Trennung von Netz und Betrieb zustande bekom-

(Heiderose Berroth)

men. Hier lässt sich die Bundesregierung von der Deutschen Bahn und von Herrn Mehdorn vorführen. Das ist ein Kasperletheater.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Äußerst kritisch ist auch noch anzumerken, dass die Kooperation zwischen Bund und Ländern bei der Prioritätenfestlegung im neuen Bundesverkehrswegeplan überhaupt nicht funktioniert, auch nicht in Bezug auf Straßenbau und Abstimmung von Prioritäten. Trotz einiger Sonderprogramme gibt es beim Straßenbau im Land eine riesige Finanzierungslücke. Zur Beseitigung dieser Misere ist einerseits künftig privates Kapital sicherlich unerlässlich. Wirtschaftsminister Döring hat dies seit langem angemahnt. Hier müssen endlich brauchbare Lösungen entwickelt werden. Auch der Bundesverkehrsminister quittiert diese Forderung inzwischen nicht mehr ablehnend, nachdem er sich ein bisschen eingearbeitet hat; aber es steht ja zu befürchten, dass er nicht mehr allzu lang im Dienst ist und dass man das dann wieder einem neuen klar machen muss. Wir hoffen, dass der von der richtigen Seite ist und dann schneller kapiert. Wir meinen, wir müssen diese Privatisierungslösung schneller angehen.

(Abg. Fischer SPD: Sie sagen bei jeder Rede so etwas!)

Aber etwas anderes. Herr Palmer, Sie haben hier zum x-ten Mal vorgebracht, wir hätten viel zu viele Planungen. Kapiert Sie eigentlich nicht, dass man hier im Land nicht aus Jux und Tollerei plant, sondern dass man nur die Vorhaben plant, bei denen auch der Bund den Bedarf anerkannt hat?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum glauben Sie denn, dass 15 andere Länder das nicht genauso planen wie Baden-Württemberg?)

Wenn, Herr Palmer, 50 % der im Bund planfestgestellten Vorhaben in Baden-Württemberg liegen, dann zeigt das nicht, dass wir zu viel planen, sondern dass bei uns die Not am größten ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Tun Sie endlich etwas dagegen. Was Sie hier für eine Einstellung haben, hat sich bei den Ausschussberatungen gezeigt. Als Sie gefragt wurden, ob Sie trotz Ihrer riesigen Kürzungsvorhaben wenigstens Erhaltungsmaßnahmen für gut hielten, haben Sie gesagt: Nein, wir sind generell gegen Straßen. Punkt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist doch überhaupt nicht wahr, sondern ich habe gesagt: Umschichtungen zur Erhaltung! – Gegenruf des Abg. Scheuermann CDU: Doch! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das war entlarvend!)

– So viel zur grünen Politik. Ich saß dabei, ich habe es gehört.

Mit den zusätzlichen Mitteln im Landesstraßenbau, die glücklicherweise aufgestockt wurden, werden wir im Landesstraßenbau ein schönes Stück vorwärts kommen. Es können nahezu 70 Baumaßnahmen in diesem und im nächsten Jahr begonnen werden. Damit wird dem Fakt Rechnung getragen, dass in Baden-Württemberg auch künftig die Straße der Verkehrsträger Nummer 1 bleiben wird, zumal kein kurzfristiges Verlagerungspotenzial im Personen- und Güterverkehr zur Schiene oder auch zum Schiff vorhanden ist.

Herr Scheuermann, Sie haben das Thema Luftverkehr angesprochen. Vielleicht haben Sie schon mitgekriegt, dass wir eine Große Anfrage eingereicht haben, bei der es nun einmal bewusst nicht darum geht, auf der einen Seite den Luftverkehr und auf der anderen Seite die Umwelt zu erörtern, sondern bei der wir das in einem Antrag zusammengepackt haben. Das muss man wirklich gemeinsam erörtern. Das muss man auch gemeinsam mit den betroffenen Bürgern an allen Standorten erörtern. Deswegen hoffen wir sehr, dass die Landesregierung – und unser Antrag soll die erste Linie dazu sein – ein Gesamtkonzept auflegt. Damit, dass man den Kopf in den Sand steckt, ist beim Luftverkehr nichts getan. Wir müssen jetzt, wo sich gerade die Nachfrage stabilisiert und nicht größer wird, die Chance nutzen, vernünftig und in Ruhe darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Ich möchte erwähnen, dass bei uns auch das Fahrrad ein wichtiger Verkehrsträger ist

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Mir ist ein Motorrad lieber!)

und dass wir uns deshalb freuen, dass es zum Beispiel jetzt möglich ist, Fahrräder ohne Beschränkung auch in Zügen mitzunehmen.

Das Thema Binnenschifffahrt wurde bereits erwähnt. Das wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema sein, weil da wirklich eine ganz enorme Kapazität für die Zukunft liegt. Aber es wird einige Zeit dauern, bis wir das ausgebaut haben.

Zum Antrag Schuldendiensthilfe: Ich bedauere ja die SPD.

(Abg. Schmiedel SPD: Was?)

Diese Unterstützung wird nämlich in diesem Jahr auslaufen, und es ist so das letzte Mal, dass Sie diesen kuriosen Haushaltsantrag stellen können. Sie werden künftig Mühe haben, wieder eine so einfache Gegenfinanzierung für Ihre ausgabewirksamen Anträge zu finden. Die ganzen Jahre haben Sie, egal, worum es ging, ob um Schulpolitik oder um sonst etwas, regelmäßig zur Gegenfinanzierung diese Schuldendiensthilfe genommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was ist da jetzt kurios?)

Das läuft jetzt aus. Ich möchte Ihnen eines sagen: Sie haben auch wieder die FDP/DVP als verantwortlich angesprochen. Dieser Vertrag ist viel, viel älter, und Verträge

(Heiderose Berroth)

sind zu erfüllen; man kann nicht einfach, auch nicht im Parlament, Verpflichtungen mit einem Strich beenden.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich allen danken, die sich im Land für Umwelt und Verkehr engagieren. Es sind wichtige Elemente unseres Zusammenlebens und des wirtschaftlichen Erfolgs. Deshalb gilt mein Dank allen, die sowohl beruflich als auch im Ehrenamt dafür aktiv sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort zu einer persönlichen Erklärung erteile ich Herrn Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Frau Abg. Berroth, Sie haben mich falsch aus der Ausschusssitzung zitiert.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist eine lässliche Sünde!)

Ich möchte das richtig stellen. Ich habe im Ausschuss nicht gesagt, dass die Grünen für den Erhalt von Landesstraßen kein Geld bereitstellen möchten. Ich habe im Ausschuss gesagt: Wir werden den Antrag stellen, die Sonderprogramme zu streichen, wenn sie finanziell nicht solide sind, weil dies im Haushalt finanziert gehört.

Ich habe auch heute ausgeführt, wenn es im Haushalt etatisiert würde, würden wir lediglich beim Neubau geringfügig kürzen und zur Straßenbauerhaltung hin umschichten. Das ist genau das Gegenteil. Wir wollen mehr Geld für den Erhalt und weniger für den Neubau. Die Streichung bezieht sich ausschließlich auf die unsoliden Sonderprogramme.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Straub:** Ich erteile Herrn Abg. Kretschmann das Wort.

**Abg. Kretschmann** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Müller, Sie und Ihr Haus haben vor zwei Jahren den Umweltplan des Landes Baden-Württemberg vorgelegt – ein beachtliches Werk. Wir haben es zwar kritisiert, weil die ursprünglichen Ansätze zurückgefahren worden sind. Aber selbst das, was jetzt drinsteht, sind sehr, sehr ehrgeizige Ziele in der Umweltpolitik, Ziele, die wir nur unterstützen können.

So werden genannt: die Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energieträger bis zum Jahr 2010, eine drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs und die Reduzierung der klimarelevanten Gase – um nur drei wichtige Bereiche zu nennen. Ferner heißt es in der Koalitionsvereinbarung:

Die Regierungskoalition sieht es als vorrangige Aufgabe an, die im Umweltplan Baden-Württemberg genannten Ziele und die hierfür erforderlichen Maßnahmen im partnerschaftlichen Dialog mit den Betroffenen zügig

– ich betone: zügig –

umzusetzen.

In dem Bericht zu Ihrem Haushaltsplan schreiben Sie:

Gemäß dem Kabinettsbeschluss sind alle Ressorts gehalten,

– alle Ressorts –

die Ziele und Maßnahmen des Umweltplans bei ihrer Tätigkeit zu berücksichtigen bzw. umzusetzen. Die Federführung . . . liegt beim Ministerium für Umwelt und Verkehr.

Also: Das sind ehrgeizige Ziele, die jeder, der etwas für die Umwelt übrig hat, unterstützen kann. Wie aber sieht die Bilanz aus? In den letzten zwei Jahren sind Sie in der Öffentlichkeit durch zwei Dinge aufgefallen. Das eine war die Panne bei Philippsburg, und das Zweite war Ihr vehementer Kampf gegen die Verpackungsverordnung, das so genannte Dosenpfand. Erschwerend kommt hinzu, dass Sie dies gegen erheblichen Widerstand in Ihrer eigenen Fraktion durchgezogen haben. Heute befinden sich die Anteile der Mehrwegverpackungen weiterhin im freien Fall. Ihr Gegenvorschlag konnte keine Zustimmung finden, weil er nicht durchführbar war. Das sind die einzigen beiden Punkte, bei denen Sie Aufmerksamkeit im Umweltbereich erregt haben.

Selbst wenn ich fair bin, wenn ich das Vorliegende anschau, kann ich nicht sagen, dass positive Signale zu erkennen sind. Im Bund haben Sie gegen alles gestimmt:

(Abg. Fleischer CDU: Gott sei Dank!)

gegen die Ökosteuer, gegen das Energieeinspeisegesetz, das Sie übrigens in Ihrem Bericht zum Haushaltsplan positiv würdigen, gegen die Verpackungsverordnung – das habe ich schon gesagt –, gegen den Ausstieg aus der Atomenergie, und jetzt stimmen Sie gegen die Modulation in der Landwirtschaftspolitik, obwohl es dabei darum geht, Mittel für eine umweltfreundliche Landwirtschaft umzuschichten.

Ich kann nirgendwo erkennen, dass Sie positive Signale setzen. Das einzige Positive hat der Kollege Scheuermann gesagt, nämlich dass die Mittel für den Klimaschutz aufgestockt worden sind, allerdings nachdem sie vorher extrem niedrig waren. Wenn man genau hinschaut, muss man allerdings feststellen, dass Ihr Kollege Döring in seinem Ressort die Mittel wieder bei den regenerativen Energien kürzt, sodass auch das ein Nullsummenspiel ist.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Um nur ein Beispiel zu nennen: Sie machen im Umweltplan sehr klare Vorgaben, zum Beispiel:

Das Land wird seine Bemühungen fortsetzen, flächendeckend eine hohe Grundwasserqualität sicherzustellen. Tiefe Grundwasservorkommen sind besonders zu schonen. Von einer Nutzung sollte möglichst abgesehen werden.

Den entsprechenden Titel im Haushalt kürzen Sie von 414 Millionen € auf 280 Millionen €. Ein Antrag der Landeswasserversorgung, im Langenauer Ried gerade solche Tiefenbohrungen durchzuführen, wird genehmigt. Das heißt,

(Kretschmann)

selbst in ganz konkreten wichtigen Fällen verstoßen Sie direkt gegen das, was Sie selber schreiben, fahren die Mittel für den Grundwasserschutz zurück und erlauben Tiefenbohrungen, obwohl Sie selber fordern, diese sollten vermieden werden.

Der Landschaftsverbrauch – Kollege Scheuermann hat es betont – ist ein wirklich dramatisches Problem. 11 Hektar – die Kollegin Schmidt-Kühner von der SPD-Fraktion hat gesagt, es seien wahrscheinlich sogar 12 – werden täglich in Baden-Württemberg überbaut. Das sind jeden Tag 22 Fußballfelder. Jeder weiß, dass es so nicht weitergehen kann. Denn dann hätten wir ja in 80 Jahren gar keine freie Fläche mehr in unserem Land. Was geschieht? Nichts, nichts Erkennbares. Ich weiß, die Eindämmung des Landschaftsverbrauchs ist ein schwieriges Thema; das ist keine Frage.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ja, natürlich!)

Aber selbst dort, wo wir wissen, was zu tun wäre, geschieht nichts. Zum Beispiel beim Recycling von schon überbauten Flächen, bei Altlasten, gab es die Sondermüllabgabe, die in den industriellen Altlastenfonds eingespeist wurde. Das Bundesverfassungsgericht hat sie aus formalen Gründen für nichtig erklärt. Sie haben keine Alternative geschaffen, sodass man jetzt zügig an diese Flächen der industriellen Altlasten herangehen könnte. Also auch dort, wo wir wissen, was zu tun wäre, sehe ich keine Aktivitäten. Aber auch von der CDU-Fraktion, die ja, wie ich aus vielen Gesprächen weiß, anerkennt, dass Landverbrauch ein dramatisches ökologisches Problem ist, kommen keine Initiativen.

Jetzt weiß jeder: Das betrifft natürlich zum großen Teil die kommunale Planungshoheit, und es ist rechtlich außerordentlich unübersichtlich und schwierig, dort Instrumente zu finden und zu schaffen. Deswegen haben wir jetzt in den Haushalt die beträchtliche Summe von 400 Millionen € eingestellt, damit endlich einmal über einen längeren Zeitraum Leute, die davon etwas verstehen, das Thema aufarbeiten und Vorschläge machen, wie wir zu effektiven Maßnahmen und Instrumenten für die Politik kommen, um diesen dramatischen Flächenverbrauch einzuschränken. Das wird von Ihnen nicht goutiert. Es ist so, wie ich gestern gesagt habe: Man kann Ihnen vorschlagen, was man will, es wird alles abgebugelt, selbst wenn man selber weiß, dass die Durchführung dringend notwendig wäre. Es ist einfach letztlich nicht verständlich, Kollege Scheuermann, dass selbst bei solch bescheidenen Ansätzen, wo es noch nicht einmal um inhaltliche Vorgaben geht, sondern darum, dass das Ministerium mit Mitteln ausgestattet wird, damit es tätig werden kann – wir, die wir uns viel damit beschäftigen, wissen, wie schwierig das ist –, nicht zu erkennen ist, dass aus Ihrer Fraktion Initiativen ergriffen würden oder Zustimmung käme.

Deshalb muss ich summarisch sagen: Das Umweltministerium ist selbst bei wohlwollender Betrachtung doch weitgehend zu einem Anhängsel des Verkehrsministeriums geworden. Es ist nicht erkennbar, dass in letzter Zeit vom Umweltministerium zukunftsweisende Initiativen für die Umweltpolitik ausgegangen sind. Selbst wenn die Umweltpolitik zurzeit vielleicht nicht die öffentliche Konjunktur

hat, die sie verdiente, weil den Leuten vielleicht das Hemd näher ist als der Rock, müssen einer verantwortlichen Politik die Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft immer am Herzen liegen, denn die Umwelt ist nicht alles, aber ohne die Umwelt ist alles nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsdebatten sollten sich im Wesentlichen um das Geld drehen; daran will ich mich halten. Wir sprechen über Geld in einer Zeit, in der wir den Versuch machen müssen, auf der einen Seite zu sparen und auf der anderen Seite zu gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, wir haben im vorliegenden Haushaltsentwurf beides versucht.

Wenn man sparen muss, könnte man ja sagen: Wir nehmen den Rasenmäher, kürzen überall ein bisschen und legen umgekehrt auch nichts drauf. Das wäre aber ein Zeichen von politischer Schwäche. Ich glaube, dieser Haushalt zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht von politischer Schwäche, sondern von klaren Konturen gekennzeichnet ist.

Ich möchte schildern, wo wir zulegen; aber ich will auch ganz offen sagen, wo wir kürzen. Über die Kürzungen spricht man in der Regel nicht; denn sie sind einem ein bisschen peinlich, und daher versteckt man sie. Ich lege die Kürzungen aber ganz bewusst offen, um zu zeigen, wo unsere Akzente im Guten wie im Kürzen liegen.

Wir legen zunächst einmal ganz klar im Straßenbau zu – das ist der größte Brocken –, in dem wir mit 50 Millionen € mehr pro Jahr einen Akzent setzen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mehr Schulden!)

50 Millionen € waren notwendig, gemessen an der Vergangenheit; das ist wohl wahr. Wir hatten einen Nachholbedarf. Aber das ist immerhin eine Steigerung der Mittel um ein Drittel. Das ist keine ganz kleine Geschichte.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist Bankraub!)

– Herr Schmiedel, wenn Sie es anders hätten machen wollen, hätten Sie ja einen Antrag stellen können. Wie wäre das gewesen?

(Abg. Schmiedel SPD: Ich wollte nur sagen, dass es nicht durch Umschichtung passiert ist!)

An dieser Stelle schon eine kleine Bemerkung zu Ihnen, Herr Palmer, weil Sie gesagt haben, dass wir über den Radwegebau, der sich sozusagen innerhalb des Straßenbaus niederschlagen muss, nur drei Zeilen geschrieben hätten. Ja, das ist richtig: drei Zeilen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dreieinhalb!)

(Minister Müller)

– Oder dreieinhalb, okay. – Wir geben aber innerhalb des Straßenbautitels relativ viel Geld aus, ohne dass das im Haushalt erkennbar wird. Ich will Ihnen das einmal an meinem Wahlkreis, am Bodenseekreis, aufzeigen. Da bauen wir vier Radwege und sonst gar nichts.

Jetzt mache ich Ihnen einen Vorschlag. Sie haben gesagt, wenn alle Radwege in Baden-Württemberg zu Ende gebaut seien,

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, nur Brücken!)

würden Sie in Zukunft mit dem Fahrrad von Tübingen zur Plenarsitzung fahren. Nachdem die Radwege schon relativ weit gediehen sind, fahren Sie in Zukunft bitte mit dem Fahrrad über den Schönbuch bis Leinfelden-Echterdingen, nehmen dort die S-Bahn und fahren hierher!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Gut für die Kondition!)

Ich biete Ihnen dann an, sich in unserem Ministerium zu duschen und umzuziehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das habe ich schon gemacht! – Abg. Seimetz CDU: Jeden Tag! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Da gibt es sogar im Haus der Abgeordneten etwas! – Abg. Blenke CDU: Dann kommt er aus der Puste!)

Ein zweiter Akzent ist im kommunalen Straßenbau gesetzt worden, indem wir eine Umschichtung in der Größenordnung von 25 Millionen € – ich sage auch gleich, zu wessen Lasten das geht – zulasten des ÖPNV – das ist eine völlig klare Geschichte innerhalb des GVFG – und zugunsten des kommunalen Straßenbaus vornehmen, sodass wir für den Straßenbau insgesamt 75 Millionen € mehr zur Verfügung haben als bisher.

Warum machen wir das? Es ist schon heikel, wenn man den ÖPNV belastet und die Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellt. Wir machen das ganz einfach aus einem Grund. Wenn ich mir die Warteschlange bei den Anträgen zum Straßenbau anschau und sie mit den Warteschlangen beim ÖPNV vergleiche, muss ich feststellen: Das ist ein Verhältnis, das danach ruft, dass es zu einer Korrektur kommt. Deswegen haben wir das gemacht.

Ein drittes klares Plus haben wir beim Klimaschutz gesetzt, und zwar nicht nur mit dem Haushaltsansatz von immerhin 5 Millionen € pro Jahr. Ich kann sagen: Unser Ressort leistet seinen Beitrag. Es wäre schön gewesen, wenn dem auch etwas im Wirtschaftsministerium entsprochen hätte; das will ich überhaupt nicht bestreiten. Unser Ressort leistet seinen Beitrag; aber es ist nicht nur der Etatansatz von 5 Millionen €, sondern wir eröffnen zum einen den kommunalen Umweltfonds für Klimaschutzmaßnahmen – dazu sage ich noch etwas –, und zum anderen gibt es an mehreren Stellen der Landesstiftung zusätzliche Mittel in der Größenordnung von einstelligen Millionenbeträgen für den Klimaschutz.

Wir geben – auch mithilfe der Landesstiftung – mehr Geld zur Umsetzung des Umweltplans, für den Schienengüterverkehr – das ist ja ein ökologischer Verkehr –, für den regionalen Luftverkehr und für die Umweltforschung aus.

Einen ganz besonderen Akzent – diese Zahl sollte man sich vielleicht auch einmal vor Augen führen, weil sie, glaube ich, noch nie genannt worden ist – setzen wir beim kommunalen Hochwasserschutz. Der Hochwasserschutz ist mir ein Herzensanliegen, weil ich ihn wirklich für eine wichtige Staatsaufgabe ansehe. Hier geht es um den Schutz der Bürger. Für den kommunalen Hochwasserschutz stehen in den nächsten beiden Jahren, wenn man alles zusammenfasst – die Barmittel, die Verpflichtungsermächtigungen und bestimmte Bundesmittel –, 85 Millionen € zur Verfügung. Wir können damit sagen: In den nächsten beiden Jahren können alle Maßnahmen des kommunalen Hochwasserschutzes zeitgerecht finanziert werden. Das ist eine schöne Aussage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sehen, ich gliedere meine Rede etwas anders. Ich springe nicht von der Umwelt zum Verkehr, sondern ich gehe zunächst einmal von der Frage aus: Wo geben wir mehr Geld aus?

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Ich will auf einen Punkt von Ihnen eingehen, Herr Kollege Kretschmann. Sie fragen: Wo sind eigentlich die Akzente im Umweltbereich? Ich werde an verschiedenen Stellen noch etwas dazu sagen. Ich will Ihnen aber einmal ein Beispiel geben, das noch gar nicht entdeckt worden ist. Dabei muss ich gestehen: Mir fehlt diese Leidenschaftlichkeit, die Ihnen in Ihrer Sprechweise zu Eigen ist, Herr Kollege Kretschmann. Ich bin da ein bisschen nüchterner. Ich wäre froh, ich hätte die Rhetorik von Ihnen drauf. Aber in der Sache, glaube ich, können wir durchaus mithalten.

(Abg. Fleischer CDU: Es ist auch so recht! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Nehmen Sie einmal das Landesjubiläum. Als größte Einzelmaßnahme im Rahmen des Landesjubiläums machen wir eine Ausstellung über Nachhaltigkeit in der Technologieentwicklung. Dafür werden wir summa summarum zusammen mit den Sponsorenbeiträgen 15 Millionen DM ausgeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klenk CDU)

Man hätte das Landesjubiläum ja über vieles feiern können. Was haben wir genommen? Das Stichwort Nachhaltigkeit. Ist das irgendjemandem einmal aufgefallen? Das ist doch eigentlich ganz nett.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Jetzt will ich umgekehrt sagen, wo wir kürzen. Dabei will ich übrigens auch einmal die Größenordnung der Aufgabenstellung nennen, die wir hatten. Wir hatten an direkten Kürzungen 45 Millionen € – alle Angaben gelten pro Jahr – und im Wege der globalen Minderausgaben 35 Millionen € zu streichen. Das ist keine Kleinigkeit. Wenn wir also, wie ich gerade geschildert habe, draufgelegt haben, dann haben wir das getan, obwohl wir umgekehrt die Aufgabe hatten, 45 Millionen € bzw. 35 Millionen € pro Jahr, zusammen also immerhin 80 Millionen € – rund 160 Millionen DM –, zu kürzen. Das ist wirklich keine Kleinigkeit.

(Minister Müller)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ist es gut, sich dann bei den Regionalisierungsmitteln zu bedienen?)

Wo haben wir das eigentlich gemacht? Wir haben direkte Kürzungen vorgenommen, beispielsweise zum ersten Mal – das haben wir bisher noch nie gemacht – im Bereich der Gewässerdirektionen. Bei dieser Gelegenheit sind die gewässerökologischen Maßnahmen über die Klinge gesprungen. Das muss ich bedauern. Das muss ich einräumen. Es ging sogar bis hin zu einer leichten Kürzung von Hochwasserschutzmitteln, was mir besonders wehtut. Auf dieses Thema komme ich gleich noch einmal zu sprechen.

Zum Zweiten haben wir quer durch den „Gemüsegarten“ ungefähr 5 % gekürzt. Das ging quer durchs Haus. Ich nenne das einmal als grobe Hausnummer.

Zum Dritten haben wir ein Stück weit auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs gekürzt. Auch dies gilt wieder gemessen an der großen und schon habhaften Finanzausstattung, die wir haben. Wir konnten diesen Bereich nicht von Kürzungen ausnehmen, nachdem wir diese gewaltige Kürzungsaufgabe vor uns hatten.

Zum Vierten haben wir auch beim Straßenbau gekürzt. Jetzt kann man sagen: Mit der einen Hand gebt ihr, mit der anderen Hand nehmt ihr. Wie kann das denn sein? Könnt ihr euch da denn überhaupt noch hinstellen? Dazu sage ich Ihnen: Die Kürzungen, die wir über die globale Minderausgabe beim Straßenbau vornehmen mussten, bewegen sich im bisherigen Umfang, im Umfang der Vorjahre. Insofern steht das Plus, das wir dazubekommen, ungekürzt zur Verfügung.

Das sage ich nur, um einmal zu schildern, wo wir im Gegenzug die Kürzungen vorgenommen haben.

Dann möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der auch in der öffentlichen Diskussion steht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ja, bitte.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister Müller, ist es richtig, dass man Kürzungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auch dadurch kompensieren wollte, dass man sich bei den Regionalisierungsmitteln bedient hat, dass Sie also Bundesmittel, die für Mehrleistungen im öffentlichen Verkehr gedacht waren, dazu nutzen, um Kürzungsvorgaben des Finanzministers zu erfüllen?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ich schildere das einmal ganz konkret. Das kann man ja alles im Haushalt nachlesen. Man braucht gar kein Geheimnis darum zu machen. Wir haben beispielsweise bei der Verbundförderung tatsächlich Einzelkürzungen vorgenommen und haben dann vermerkt, dass das – weil die Verbundförderung aufrechterhalten bleiben sollte – durch Regionalisierungsmittel ausgeglichen wird. Das ist ein Beispiel für das, was Sie gerade sagen. Das will ich überhaupt nicht bestreiten. Das kann man im Haushalt nachlesen.

Aber jetzt sage ich einmal etwas dazu. Erstens: Der Vorwurf, der uns gegenüber immer wieder einmal erhoben wird, wonach wir die Regionalisierungsmittel für fremde Zwecke verwendeten, stimmt nicht. Wir verwenden sie völlig ungekürzt immer nur für den Bereich des öffentlichen Verkehrs.

Zweitens: Wenn ich einmal das, was wir aus Landesmitteln im öffentlichen Verkehr tun, mit dem vergleiche, was andere Länder tun, dann stelle ich fest: Wir geben noch immer für die Schülerbeförderung 160 Millionen € pro Jahr und im Rahmen des FAG, des Finanzausgleichsgesetzes, für die Zuschüsse nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes 220 Millionen € aus. Das sind zusammen 380 Millionen €. Wenn man das in Mark umrechnet und sich einmal den Zweck vor Augen führt, dann kann man sagen: Wir geben jedes Jahr eine Dreiviertelmilliarde Mark zur Verbilligung des Ausbildungsverkehrs aus. Genau in diesen Bereich geht das hinein. Wir geben jedes Jahr eine Dreiviertelmilliarde Mark dafür aus, dass Schüler, Studenten und Lehrlinge billigere Fahrkarten kaufen können. Das ist eine Leistung aus diesem Landeshaushalt.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Jetzt will ich eine letzte Kürzung erwähnen, nämlich die Kürzung der Schuldendiensthilfe für den Flughafen Stuttgart. Es ist eigentlich schon ein bemerkenswerter Tatbestand, der sich da vollzieht, nämlich: Im Jahr 1993 haben wir mit dem Flughafen Stuttgart einen Vertrag abgeschlossen, in dem wir uns dazu verpflichtet haben, in einer Größenordnung von ungefähr 1,7 Milliarden DM Schuldendiensthilfe zu leisten für Zins und Tilgung infolge des Ausbaus des Flughafens Stuttgart.

Wir werden diese Schuldendiensthilfe im Jahr 2003 beenden, weil sich die Kosten anders entwickelt haben, weil sich die Zinsen anders entwickelt haben und weil sich die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens anders vollzogen hat. Ich glaube, dass 2003 dafür genau das richtige Jahr ist. Bis dahin war viel zu tun. Jetzt kann die Flughafen Stuttgart GmbH – das sage ich besonders erfreut als ihr Aufsichtsratsvorsitzender – sozusagen in die wirtschaftliche und finanzielle Selbstständigkeit entlassen werden.

Damit stelle ich Folgendes fest: Gemessen an dem, was wir dem Flughafen einmal versprochen haben, geben wir fast 1 Milliarde DM weniger aus.

Jetzt wende ich mich einmal an unsere lieben Medien, falls oben auf der Zuhörertribüne noch jemand von ihnen sitzt – ja, dort sitzen ein paar –, und sage: Erinnern Sie sich, welche Überschriften und Artikel Anfang dieses Jahres zur Verteuerung der Messe um, grob gesagt, eine halbe Milliarde Mark in der Zeitung standen. Das ist ja berechtigt: Wenn die ursprünglich veranschlagten Kosten um über eine halbe Milliarde Mark überschritten werden, darf man schon Bericht erstatten. Wie wäre es denn, wenn in ungefähr doppelt so großen Lettern und doppelt so langen Artikeln die Ersparnis bei den Ausgaben für den Flughafen in der Größenordnung von 1 Milliarde DM auch einmal öffentlich wahrgenommen würde?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Minister Müller)

Nun komme ich zu einigen kritischen Punkten, die alle etwas mit Geld zu tun haben. Ich fange mit einem selbstkritischen Punkt an. Das ist das Thema Hochwasserschutz. Bei den großen Gewässern – nicht bei den kleinen; ich finde, da stehen wir wirklich gut da –, sprich den Gewässern erster Ordnung, kann ich das, was Sie, Frau Schmidt-Kühner, gesagt haben, nur unterstreichen: Wir werden in diesem Bereich mehr Geld brauchen, möglicherweise schon im Jahr 2003 im Wege eines Nachtrags – das würde ich gar nicht ausschließen –, auf jeden Fall ab dann.

Ich kann die Zahl auch heute schon beschreiben. Das ist ja immer gefährlich. Wenn man sich selber eine Messlatte auferlegt, dann wird man eines Tages daran gemessen. Die Größenordnung, die wir in Zukunft für den Hochwasserschutz mehr brauchen, liegt bei 15 Millionen € pro Jahr. Es wird eine Aufgabe der Regierung und des Parlaments sein, einen Weg zur Finanzierung dieser 15 Millionen € in Zukunft zu finden.

Eine zweite kritische Bemerkung will ich im Blick auf den kommunalen Umweltfonds machen. Beim kommunalen Umweltfonds sind wir ja relativ stark davon abhängig, was die Kommunen akzeptieren, was sie mitmachen, was sie uns sozusagen erlauben. Es ist ja in gewisser Weise ihr Geld, und sie haben wegen des Staatsgerichtshofurteils auch eine relativ starke Stellung, was die Mitsprache über dieses Geld angeht.

Ich bedauere zunächst einmal, dass der kommunale Umweltfonds mit Zustimmung der kommunalen Landesverbände auch ein Stück weit gekürzt worden ist. Mir wäre es lieber gewesen, wenn sein Volumen uneingeschränkt so geblieben wäre.

Ich bedauere zum Zweiten, dass sich die kommunalen Landesverbände bei der Erweiterung des kommunalen Umweltfonds, die wir vorgenommen haben, sehr zögerlich zeigen. Es gibt aus dem Fonds bisher eine Förderung der Abwasserbeseitigung, der Wasserversorgung, der Altlastensanierung, ein bisschen noch für den Bereich der Abfallpolitik. Wir haben gesagt, wir sollten sonstige kommunale Umweltprojekte fördern können. Wir meinen damit vor allem den Klimaschutz, aber beispielsweise auch den Lärmschutz. Da sind die kommunalen Landesverbände aber sehr zurückhaltend.

Wir haben jetzt einen Nulltitel eingebaut, damit wir überhaupt die Chance bekommen, durch Umschichtungen dort etwas zu erreichen. Ich hoffe, dass wir gute Anträge von Kommunen bekommen und dass uns im Blick auf diese guten Anträge die kommunalen Landesverbände dann auch den Spielraum geben, den wir mit dieser Haushaltsaufstellung eröffnet haben.

Einen anderen Punkt möchte ich noch ansprechen, nämlich die privaten Altlasten. Dazu haben die Grünen einen Erhöhungsvorschlag gemacht. Ich halte das im Prinzip für richtig. Wir müssen nicht nur bei den kommunalen Altlasten etwas machen, sondern auch bei den privaten.

Wir wollten das mithilfe des kommunalen Umweltfonds erreichen, indem wir das Flächenrecycling als einen Förderzweck innerhalb der Altlastensanierung aufnehmen. Dann

könnten sich die Kommunen mit einer zwischengeschalteten Finanzierung auch den privaten Altlasten zuwenden. Der Städtetag war dafür, die beiden anderen kommunalen Landesverbände leider nicht, sodass uns auf diesem Gebiet die Hände gebunden sind.

Es ist ja immer heikel, wenn sich ein Politiker im Landtag öffentlich ein bisschen mit den kommunalen Landesverbänden anlegt. Ich will diese kritischen Bemerkungen aber durchaus einmal machen. Im Übrigen arbeiten wir mit diesen Verbänden und mit den Kommunen generell gut zusammen.

Als Nächstes eine kritische Bemerkung zur Bundesverkehrspolitik. Ich stelle es in aller Kürze dar, weil darüber schon oft gesprochen worden ist und über das Thema Regionalisierungsmittel nächste Woche ohnehin noch eine Plenardebatte stattfindet.

Ich sage jetzt nur so viel: Die Frage, was wir an Regionalisierungsmitteln brauchen, wird bundesweit mit aus diesem Bundesland formuliert und in Bundesratspolitik sowie in Verkehrsministerkonferenzpolitik umgesetzt. Das heißt, die konzeptionelle Seite der Fragen, was hier geschieht, was wir für den Interregio tun, was wir in puncto Dynamisierung tun, was wir in puncto Grundausrüstung tun, was wir in Bezug auf die Verteilung der Regionalisierungsmittel unter den Bundesländern tun, ist im Land Baden-Württemberg mit entwickelt worden.

Ich kann nur hoffen, dass sich in dieser Frage die Grünen gegenüber der SPD durchsetzen. Ich werde Ihnen gegenüber öffentlich immer Dankbarkeit bezeugen, wenn Sie es schaffen, dass eine rot-grüne Bundesregierung nicht weniger Geld für den öffentlichen Verkehr ausgibt, als es Wassermann und Waigel in früheren Jahren getan haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, das droht aber nicht!)

– Ja, doch, da sind wir – –

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein, nein.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Doch, doch!)

– Absolut nicht.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Schon allein wenn Sie die Dynamisierung wegnehmen, nehmen Sie – von Jahr zu Jahr steigend – einen ganz wesentlichen Teil des Geldes weg. Die Dynamisierung ist nun einmal durch die beiden erwähnten Minister einer früher von der CDU geführten Bundesregierung so angelegt gewesen.

Wir kritisieren bei der Bundesverkehrspolitik im Übrigen die klägliche Ausstattung und die klägliche Entwicklung beim Schienengüterverkehr, bei der Binnenschifffahrt und beim Bundesfernstraßenbau, bei den Bundesstraßen und den Autobahnen.

(Minister Müller)

Ich will diese Debatte nicht dazu benutzen, die ganzen Schlachten noch einmal zu schlagen. Aber, Herr Kollege Göschel, die Überlegung, das Gedankenspiel, zu sagen: „Fragen wir doch einmal die von der CDU gestellten Bürgermeister, ob sie lieber die Straßen umwidmen würden, ob es dann besser ginge“ – So kann man natürlich nicht Verkehrspolitik machen. In diesem Sinne könnte man ja zum Beispiel auch sagen: Fragen wir einmal die Bundesländer, ob sie vielleicht die Bundeswehr übernehmen wollen. Das geht nun wirklich nicht.

Aber es gibt Fälle, bei denen uns Bürgermeister reihenweise vorschlagen, den Bau von Bundesstraßen, der bisher unterblieben ist, aus GVFG-Mitteln zu bezahlen.

(Abg. Göschel SPD: Aber auch bei Landesstraßen!)

Das tun sie sehr wohl. Dann müssen wir aus Rechtsgründen sagen: Das geht nicht. Es bleibt dabei: Der Bund hat eine Aufgabe, und er versagt in diesem Bereich, obwohl er aus den UMTS-Erlösen, dem Aufkommen aus der Ökosteuer und der Lkw-Maut jede Menge Geld hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Auch zu diesem Gebiet – die Maut-Politik steht ja heute gerade im Bundesrat an – kann ich Ihnen sagen: Das, worüber zum Thema Lkw-Maut bundesweit diskutiert wird, ist wesentlich in meinem Haus, dem Ministerium für Umwelt und Verkehr, mit formuliert worden. Ich will das jetzt im Einzelnen nicht weiter darstellen. Es bleibt also dabei: Wir haben einen gewaltigen Nachholbedarf bei der Ausstattung mit Geld für den Bundesfernstraßenbau.

Zu der Frage, die Sie gestellt haben – eine fast philosophische Frage, Herr Kollege Palmer –, ob wir zu wenig Geld oder ob wir zu viele Pläne hätten, muss ich sagen: Wir haben nicht zu viele Pläne. Wir können froh sein über jeden Plan, den wir haben. Ich kenne keinen Fall, bei dem wir vor Ort aufgefordert worden wären, einen Plan zu streichen. Vielmehr haben wir zu wenig Geld. Das ist das Problem.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Von uns werden Sie dazu oft aufgefordert! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wir sind auch vor Ort!)

– Ja, das würde mich einmal interessieren. Machen Sie es einmal konkret.

(Abg. Herrmann CDU zu den Grünen: Eine 6%-Partei! Sie sprechen für eine deutliche Minderheit! – Weitere Zurufe)

Sie mögen daraus also ersehen: Die großen Probleme, die wir in der Verkehrspolitik haben, gehen darauf zurück, dass in Bezug auf den Schienengüterverkehr, die Binnenschifffahrt, den Bundesfernstraßenbau und die Regionalisierungsmittel im Bund nicht die Verkehrspolitik betrieben wird, die wir in diesem Bundesland Baden-Württemberg benötigen würden.

Zum Schluss will ich – ich lasse eine ganze Reihe von Punkten weg, die ich mir aufgeschrieben habe; ich bleibe

jetzt beim Haushalt – noch ganz einfach die Frage stellen: Was ist bei diesen Haushaltsberatungen eigentlich die Alternative der Opposition gewesen? Ich rede jetzt gar nicht über die verbalen Alternativen, über Konzeptionen, über Ideen. Wir debattieren hier ja im Rahmen einer Haushaltsberatung. Da müssen sich ja all diese Ideen in Haushaltsanträgen niederschlagen.

Jetzt stelle ich Folgendes fest: Das Umschichtungsvolumen im Sinne von Mehrausgaben – ich rede jetzt einmal nicht von den Kürzungsvorschlägen, sondern nur von Mehrausgaben –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr selektiv!)

bestand bei der SPD bei 1,5 Millionen € pro Jahr – 1,5 Millionen €! Da würde ich einmal sagen: Damit haben Sie keine Bäume ausgerissen. Man kann es auch positiv ausdrücken:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Sie sind mit uns zufrieden – einverstanden.

Die Grünen wollen ja in puncto Umweltpolitik einen besonderen Akzent setzen. Wie war hier das Umschichtungsvolumen? Ohne die GVFG-Umschichtung waren es 5,4 Millionen €.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Die einen stimmen unserem Haushalt zu 99,9 % zu, die anderen zu 99,6 %. Stimmen Sie diesem Haushalt zu. Das ist die ganz einfache Konsequenz.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Kretschmann?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Bitte schön.

**Präsident Straub:** Bitte schön.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Minister Müller, Ihre Partei war hier seit 49 Jahren nicht in der Opposition. Deswegen muss ich Ihnen eine Frage stellen: Glauben Sie, dass es für eine zehnköpfige Fraktion eine sinnvolle Oppositionspolitik wäre, Gegenhaushalte vorzulegen, wozu Sie ganze Apparate haben, wohl wissend, dass noch nicht einmal die winzigsten Anträge, die wir stellen, irgendeine Aussicht auf Erfolg haben?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Kollege Kretschmann, wenn Sie diese Frage stellen, stellen Sie die Frage, ob solche Haushaltsdebatten und das Haushaltsrecht des Parlaments überhaupt einen Sinn haben.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein, nein, nein! – Abg. Teßmer SPD: Das ist Auslegung Müller!)

Es ist Ihnen vielleicht ein bisschen peinlich, wenn ich sage, dass Sie 99,6 % unseres Haushalts zustimmen. Damit ha-

(Minister Müller)

ben Sie vielleicht nicht gerechnet. Aber ich freue mich ja darüber. Ich lade Sie ein, die Zustimmung, die Sie damit indirekt zum Ausdruck gebracht haben, auch in der Abstimmung gleich im Anschluss an diese Debatte zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Das ist eine Fehlinterpretation! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie auch noch eine Zwischenfrage des Abg. Palmer?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Jawohl. Ich hoffe, es wird besser.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir hoffen auf eine bessere Antwort!)

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister, ich frage Sie nach Ihrer Definition von Umschichtung. Für meine Begriffe ist eine Umschichtung sowohl nach oben als auch nach unten möglich. Sie haben gerade davon gesprochen, dass wir Umschichtungen von 5 Millionen € vorschlagen. Die Wahrheit ist: Wir haben Kürzungsanträge mit einem Volumen von über 100 Millionen € gestellt. Sie vertreten eine merkwürdige Definition von Umschichtung. Finden Sie nicht auch?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ich wäre jetzt direkt darauf gekommen. Wunderbar.

In e i n e m Bereich haben die Grünen allerdings kräftig hingelangt. Das ist wohl wahr. Das betrifft den Straßenbau – man sollte es nicht glauben –, und zwar gleich viermal. Erstens wollen Sie weniger Geld für den kommunalen Straßenbau, zweitens nicht das Sonderprogramm. Da geht es immerhin um 50 Millionen €. Drittens wollen Sie auch bei dem bisherigen Sonderprogramm zu Kürzungen kommen. Viertens wollten Sie die Planungs- und die Bauaufsichtsmittel von 19 auf 2 Millionen € kürzen, also in einem ganz erheblichen Umfang. Wenn ich aber keine Bauaufsicht mehr durchführen kann, muss ich die Baustelle einstellen. Wenn wir diesen Vorschlag umsetzen würden, wäre dies das Ende des Straßenbaus in Baden-Württemberg.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann machen es die Straßenbauämter und nicht Dritte! Darum geht es doch!)

– Ja, aber wir brauchen das Geld. Wir verschwenden es doch nicht. Alles, was wir hier ausgeben, könnten wir nicht machen, wenn wir das Geld nicht hätten. Das ist eine ganz einfache Geschichte.

Insofern bescheinige ich Ihnen gern: Auf diesem Gebiet haben Sie einen klaren Akzent gesetzt. Wenn ich mir überlege, in welcher Situation sich die Grünen programmatisch und von der öffentlichen Akzeptanz her befinden, habe ich den Eindruck: Der letzte Bereich, in dem Sie noch den Geist der frühen Achtzigerjahre versprühen,

(Abg. Rech CDU: Ist die Finanzpolitik!)

ist der Kampf gegen den Straßenbau.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rech CDU: Da gab es den Boris noch gar nicht! – Abg. Seimetz CDU: Da war der Palmer noch in Planung!)

In allen übrigen Bereichen haben Sie nun schon schwer längsseits gehen müssen. Aber beim Kampf gegen den Straßenbau haben Sie in der Tat einen Akzent gesetzt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und beim Kampf gegen die Verschuldung! Darum geht es! Sie bauen nur auf Pump!)

– Das ist ja alles recht und schön.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist nicht recht und auch nicht schön!)

– Dann hätten Sie einen anderen Vorschlag machen sollen. Das hätten Sie doch machen können.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgaben im Ministerium erstrecken sich im Prinzip auf drei Bereiche: Mobilität, Sicherheit und Ökologie. Das sind die drei Aufgabenstellungen, vor denen wir stehen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Man beachte die Reihenfolge!)

Ich glaube, dass wir uns dort, wo das Land mit eigenen Möglichkeiten, mit eigenem Geld und mit eigenen Konzeptionen etwas machen kann, im Zeitvergleich und mit jedem anderen Bundesland messen lassen können,

(Beifall des Abg. Rech CDU)

vielleicht nicht, was den Flächenverbrauch in Mecklenburg-Vorpommern und die Windkraft in Schleswig-Holstein anbelangt. Da sind diese Länder ein bisschen besser. Aber wenn ich alles zusammennehme, stelle ich fest, dass die Umwelt- und Verkehrspolitik des Landes Baden-Württemberg keinen Vergleich zu scheuen braucht und mit diesem Haushalt weitere Akzente setzen wird.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Rech CDU: Auch unser Verkehrsminister ist der Beste!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/660. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1001

Ministerium

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/687-1, sowie den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-2.

(Präsident Straub)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/687-1, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-2, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über das Kapitel 1001 – Ministerium – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1002

##### Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/687-3, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-4.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/687-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-4, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1002 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1003

##### Verkehr

und hierzu die vier Änderungsanträge Drucksachen 13/687-5 bis 13/687-8, wobei ich darauf hinweise, dass der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/687-5, und der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-6, identisch sind, sodass wir darüber gemeinsam abstimmen können. Wer diesen beiden Änderungsanträgen – dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und dem der Fraktion GRÜNE – zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die beiden Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/687-8, abstimmen. Wer diesem An-

trag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über das Kapitel 1003 – Verkehr – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1004

##### Straßenbau

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-9.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-9, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Halt!)

– Bitte schön, Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Auf der Drucksache 13/687-7 war auch noch ein Änderungsantrag, der das Kapitel 1004 betrifft!

(Abg. Fischer SPD: Über den haben wir schon abgestimmt!)

**Präsident Straub:** Der Änderungsantrag Drucksache 13/687-7 ist insgesamt abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1004 – Straßenbau – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1005

##### Wasser- und Abfallwirtschaft

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1006

##### Gewerbeaufsicht

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist diesem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1008

##### Landesamt für Straßenwesen

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-10.

(Präsident Straub)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/687-10, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über das Kapitel 1008 – Landesamt für Straßenwesen – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1010

##### Landesanstalt für Umweltschutz

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1011

##### Gewässerdirektionen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieses Kapitel ist einstimmig angenommen.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen und Punkt 1 a erledigt.

Ich rufe **Punkt 1 b** der Tagesordnung auf:

#### **Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/658**

#### **Berichterstatter: Abg. Kleinmann**

Das Präsidium hat eine Gesamtrededzeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich Herrn Abg. Traub das Wort.

**Abg. Traub** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft steht in engen Wechselbeziehungen zu den gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Agenda 2000, die EU-Osterweiterung und die WTO-Verhandlungen stellen den gesamten Agrar- und Ernährungssektor sowie die ländlichen Räume vor zusätzliche, riesige Herausforderungen und Anpassungszwänge. Deshalb wird sich ein weiterer Strukturwandel in unserer baden-württembergischen Landwirtschaft nicht aufhalten lassen. Landwirtschaft muss und wird in Baden-Württemberg Zukunft haben, einschließlich der flächendeckenden Landbewirtschaftung. Unsere Politik hat durch viele eigenständige

Initiativen dazu beigetragen, dass qualifizierte junge Bäuerinnen und Bauern verlässliche Perspektiven angeboten bekommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Somit wird unser ländlicher Raum attraktiv bleiben. Der heute vorgelegte Haushaltsplanentwurf des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum für die Jahre 2002 und 2003 ist Grundlage und tragende Säule unserer Politik für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum.

Einige Punkte möchte ich dazu kurz nennen. Im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung ist und bleibt Baden-Württemberg ein verlässlicher Partner für unsere Bauern,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

und im Gegensatz zur Bundesregierung haben wir die Bauern bei der BSE-Krise nicht hängen lassen.

(Abg. Teßmer SPD: Ist doch gar nicht wahr! – Abg. Walter GRÜNE: 1 Milliarde DM ist für euch nichts? Das ist ja interessant!)

Wir haben beim Management der Krise saubere Arbeit geleistet, und das Vertrauen der Verbraucher in das Rindfleisch ist wieder hergestellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Herr Kollege Teßmer, das kann man nicht wegreden. Fakten sind Fakten, und die stimmen.

Mit dem vorgelegten Haushaltsplan sind die Voraussetzungen für eine weitere Zukunftssicherung der heimischen Landwirtschaft und für die Weiterentwicklung der ländlichen Räume gegeben.

(Abg. Wieser CDU: Da ist ja eine Unruhe im Saal, Herr Präsident! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Ihre Leute reden ja alle! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Auch wenn es der Opposition wehtut: Ich muss sagen, lieber Kollege Teßmer, die allergrößten Verunsicherungen für unsere Landwirte kommen nicht aus Brüssel, von der WTO oder durch die EU-Osterweiterung, sondern sie kommen ganz einfach von der Berg-und-Tal-Fahrt der rot-grünen Agrarpolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen des Abg. Walter GRÜNE)

Sie sollten mir das einfach abnehmen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Walter GRÜNE: Fatsching rückt näher!)

In aller Klarheit: Ich lebe im Gegensatz zu Ihnen auf einem Bauernhof, und ich weiß, worum es geht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber Sie leben nicht von agrarischen Einnahmen!)

(Traub)

In aller Kürze einige Beispiele, warum dieser Haushalt nach unserer Meinung für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum und die Menschen, die dort leben, maßgeschneidert passt.

Agrarumweltprogramme sind das besondere Markenzeichen der baden-württembergischen Agrarpolitik, und diese bewährte Politik der Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP ist seit jeher am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie, die Umsetzung von Natur- und Umweltschutzziele mit den Beteiligten und nicht gegen sie

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/  
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

und Ausgleich für Leistungen sind Leitlinien unserer Politik. Mit dem Agrarumweltprogramm MEKA und mit der SchALVO haben wir in Baden-Württemberg europäische Maßstäbe gesetzt. Im Rahmen der Reformen zur Agenda 2000 haben wir die Förderung der ländlichen Räume neu geordnet und alle Maßnahmen zusammengefasst und dann auch von der EU genehmigt bekommen. Mit dem von der EU bis 2006 genehmigten MEKA II stehen 145 Millionen € im Jahr 2002 und 148 Millionen € im Jahr 2003 zur Verfügung. Das ist eine gewaltige Aufstockung, ein Gewaltakt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/  
DVP)

Auch hier hat Baden-Württemberg einen Spitzenplatz. Nur in Bayern wird betragsmäßig mehr Geld ausgegeben. Allerdings hat unser Nachbar erheblich mehr landwirtschaftliche Flächen. Hier wird umweltgerechte Landbewirtschaftung gefördert, und es werden Leistungen für intakte Kulturlandschaften belohnt.

Wir haben in Baden-Württemberg unsere Maßnahmen mit dem Entwicklungsplan in Brüssel im Gegensatz zu Frau Künast durchsetzen können und ein gut durchdachtes und praxisingerechtes Paket vorgelegt. Wir haben nicht schlampig und einseitig argumentiert. Somit können wir in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2006 für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume 1,6 Milliarden € einschließlich EU-Mitteln zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/  
DVP)

Wir sind auch dabei, den Strukturwandel sozialverträglich abzufedern. Im Jahr 1999 gab es im Land noch 63 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe unter zwei Hektar. Das ist ein hoher Anteil an Klein- und Mittelbetrieben. Mehr als die Hälfte der Höfe bewirtschaften weniger als zehn Hektar Nutzfläche. In Niedersachsen ist es ein Drittel. Die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt bei uns nur 23 Hektar. Sie wissen auch, dass die Zahl der Betriebe in den letzten 20 Jahren um fast die Hälfte reduziert wurde. Es gibt ein Bündel von Maßnahmen, um diesen unvermeidlichen Strukturwandel abzufedern. Ich nenne wenige Beispiele, wo aktives Geld in die Hand genommen wird: 27 Millionen € insgesamt für soziale Maßnahmen im Dorfbereich, für die Förderung der Beratungsdienste und für das landwirtschaftliche Regionalprogramm.

Meine Damen und Herren, einige wenige Sätze zum Verbraucherschutz, dem wir höchste Priorität einräumen. Ich weise darauf hin, dass die Lebensmittelüberwachung bereits zum 1. Januar 2000 neu organisiert wurde. Es sind Einrichtungen zur Untersuchung geschaffen worden, die den vielseitigen neuen Aufgaben gerecht werden. Dies hat sich auch in der BSE-Krise bestens bewährt. Wir setzen in Baden-Württemberg besondere Maßstäbe bei diesem vorbeugenden Verbraucherschutz. Ich habe das vorhin schon erwähnt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/  
DVP)

Dies hat sich auch im Obstbaubereich bewährt. Die schwarzen Schafe spüren, dass man ihnen auf die Finger schaut. Handeln statt Reden schafft Vertrauen, auch für die Verbraucher. Insgesamt hat das Land 107 Millionen DM oder 54,7 Millionen € für die BSE-Gefahrenabwehr bereitgestellt. Es wurden auch 144 neue Stellen dafür geschaffen. Die bisher von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen waren in jeder Hinsicht – das darf man mit Fug und Recht so feststellen – zielführend. Ich nenne die rasche Einführung flächendeckender BSE-Tests und die Verbraucheraufklärung. Auf allen Ebenen – Futtermittel, Lebensmittel, BSE-Diagnostik – haben diese Maßnahmen entscheidend dazu beigetragen, dass das Vertrauen in Rindfleisch und in die Lebensmittel wieder hergestellt werden konnte.

Baden-Württemberg wird auch 2002 die Bauern nicht im Stich lassen. Deshalb haben die Regierungsfractionen beschlossen, die von der BSE-Krise besonders betroffenen Rinderhalter mit einer Finanzhilfe von weiteren 3,9 Millionen € zu unterstützen, indem die Beiträge zur Tierseuchenkasse für 2002 auf null gestellt werden.

Meine Damen und Herren, wir werden im Doppelhaushalt den ländlichen Raum weiterhin stärken. Auf unsere Politik ist Verlass. Wir sind berechenbar. 75 % der Landesfläche sind ländlicher Raum. 42 % der Bevölkerung leben dort, 38 % sind versicherungspflichtig Beschäftigte. Damit ist der ländliche Raum in Baden-Württemberg – anders als in vielen Bereichen des EU-Gebiets – dicht besiedelt. Statt Abwanderung gibt es Zuwanderung in den ländlichen Raum.

(Abg. Wieser CDU: Abstimmung mit den Füßen!)

Dort wächst die Bevölkerung landesweit um 15 %, in anderen Bereichen nur um 7 %. Der ländliche Raum hat den geringsten Anteil an Erwerbslosen im Land

(Beifall bei der CDU)

und auch im Bundesgebiet. Das sollten Sie sich von der Opposition hinter die Ohren schreiben.

(Zuruf von der SPD: Wohin bitte?)

Unsere Raumschaften stehen gut da.

Meine Damen und Herren, nun wenige Sätze zum zentralen Förderinstrument „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“: 740 Millionen DM wurden in den letzten Jahren weitergegeben. Diese haben 5 Milliarden DM an Investitio-

(Traub)

nen ausgelöst und 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist eine Superbilanz.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/  
DVP – Abg. Wieser CDU: Das ist präventive Arbeitsmarktpolitik!)

Auch hier ist Handeln besser als Reden. Den überaus erfolgreichen Kurs mit dem ELR und der in aller Kürze ausgeführten aktuellen Politik für die Landwirtschaft und für den ländlichen Raum werden wir im Interesse der Menschen fortsetzen. Mit dem vorgelegten Haushaltsplan schaffen wir einmal mehr die Voraussetzungen durch richtige Prioritäten. Es ist die richtige Mitte, kein Ausschütten mit dem Füllhorn, sondern ein gezielter Einsatz der Steuermittel.

Es würde Ihnen gut anstehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, meine Damen und Herren, dem Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum – Ihre Zustimmung zu geben.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Hauk CDU: Sehr obrigkeitshörig!)

– Es wäre schön, wenn Sie auch Höflichkeitsgebote annehmen. Das wäre gar nicht schlecht für Sie, Herr Hauk.

Herr Minister, ich darf Ihnen zunächst ein kleines Kompliment machen. Endlich sehen wir wieder, wer im Landwirtschaftsministerium das Sagen hat. Damit ist das nette Erlebnis wieder zu Ende, das wir bei einem Jubiläum gehabt haben, als wir gefragt haben, ob die Ministerin reden werde. Da wurde uns gesagt, nein, der MD komme selbst. Insofern ist es ganz gut, dass ich jetzt wieder weiß, wer der Ansprechpartner ist.

Ich darf meine Ausführungen beginnen mit einem herzlichen Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium, in den Landesanstalten für Forst-, Wein- und Gartenbau und den Landwirtschaftsämtern – zumindest in den meisten.

Herr Minister, Sie haben sich in Ihrem Haus etabliert, nicht jedoch – nach dem, was wir in der Zeitung lesen konnten – im Kabinett, sonst hätte Ihr Ökoprogramm vom Oktober auch die Zustimmung des Herrn Ministerpräsidenten und von drei Ministerkollegen gefunden. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Glück auf!

Wir haben festgestellt – darüber sind wir uns einig, Herr Drautz, weil Zahlen nicht lügen können –, dass sich der Strukturwandel leider immer noch nicht einpendelt. Wir stellen fest, dass die Tendenz zu größeren Einheiten bundesweit besteht. Bei uns im Land ist von 1992 bis 2001 ein Minus von 17 680 Betrieben festzustellen, und wir sind

jetzt gerade noch bei 63 220. Das muss nicht ganz so schlimm sein, wie es klingt. Denn wir hören gleichzeitig auch, dass das reale Einkommen der Landwirte von 2000 auf 2001 zugenommen hat: in der EU um 2,7 %, in Deutschland um 15,7 % und in Baden-Württemberg um 19 %.

Da möchte ich klar und deutlich sagen: Das trifft allerdings den gesamten Rinderbereich nicht. Es wäre unfair, diesen hier mit einzubeziehen und die Nöte in diesem Bereich zu vergessen. Da gebe ich Ihnen auch durchaus Recht. Ich halte es für richtig, was Sie da machen: die Landwirte nicht dafür zu bestrafen, dass Testgebühren anfallen. Denn daran sind die Landwirte nicht schuld. Insofern gibt es da keine Probleme.

Wir haben gehört, dass unsere beiden Bauernpräsidenten das sehr nett kommentieren. Die sagen nämlich: Trotz der allgemein besseren Einkommenssituation ist die Stimmung in den Betrieben durch Pessimismus gekennzeichnet. Ich kenne so manchen Arbeitnehmer im ländlichen Raum, der bei 19 % Einkommenssteigerung auch gern ein bisschen Pessimismus hätte, aber vielleicht trotzdem damit zufrieden wäre. Aber wir sehen natürlich auch, dass der Pessimismus durch die fehlende Zukunftsperspektive verursacht wird. Eine Zukunftsperspektive enthält dieser Haushalt aber leider nicht.

Wir hatten in den letzten sechs Jahren – um das auch noch einmal deutlich zu machen – in der EU einen Zuwachs im Agrarbereich von 22,8 %, in Deutschland sogar von 28,8 %. Jetzt addieren Sie das. Dann können Sie wenigstens eines nicht leugnen, Herr Kollege Traub: Davon sind mindestens 60 % unter einer Regierung von SPD und Grünen entstanden und nur 40 % unter einer Regierung von CDU und FDP.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! Das muss festgehalten werden!)

Ich sage das deswegen so bewusst, weil es auch sechs Länder gibt, die in diesen Jahren ein Minus zu verzeichnen haben: Irland, Großbritannien, Holland, Luxemburg und Österreich, an die wir uns ab und zu gerne erinnern und anhängen, und Griechenland. Wir sollten es einfach fertig bringen, zu sagen: Dieser Erfolg ist der Erfolg der Politik und nicht von irgendjemandem allein. Dann hätten wir wenigstens einen kleinen gemeinsamen Nenner.

Wichtig ist, dass wir uns allmählich daran erinnern, dass wir umdenken müssen. Wir alle haben es im vorigen Jahr einmal für etwa vier oder fünf Monate fertig gebracht, dass der Verbraucher und der Erzeuger sich aufeinander zu bewegten. Wir sind leider wieder davon weggekommen. Die Koalition zwischen Verbraucher und Landwirt, zwischen Erzeuger und Käufer ist ganz wichtig. Wir sollten uns jetzt auch nicht streiten, ob 20 % der Landwirte ökologisch und 80 % konventionell wirtschaften – übrigens arbeiten die auch biologisch –, sondern wir sollten uns deutlich machen: Wer sich umstellen will, der weiß, was er tut, und den sollten wir auch fördern, ohne dass wir die anderen damit bloßstellen wollen. Das hat übrigens der Bauernverband sehr gut begriffen. Die Bauern selber haben es auch

(Teßmer)

verstanden. Nur das Ministerium weigert sich, das zur Kenntnis zu nehmen oder offen zuzugeben.

(Abg. Schmiedel SPD: Und einzelne Bauernfunktionäre!)

Ich darf Ihnen gleich noch ein paar Zitate dazu liefern. Der Präsident der DLG – für die Nichtagrarier: Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft – hat gesagt:

Wir brauchen als Botschaft an die Landwirtschaft und als wahre Neuausrichtung

– das ist nur ein anderes Wort für „Wende“, das Sie ja nicht in den Mund nehmen wollen, Herr Minister –

die konsequente Integration der Landwirtschaft in die Ernährungswirtschaft – wechselseitig.

Das war Herr von dem Bussche. Ich glaube, das formulierte Ziel der neuen Strategie heißt: Im Verbund mit der Ernährungswirtschaft brauchen die Landwirte auch ein neues Selbstverständnis und – das ist ganz wichtig – ein neues Selbstbewusstsein.

(Abg. Traub CDU: Das wird in Berlin hergestellt!)

– Das kommt in Berlin und in Stuttgart, oder es kommt in Berlin und in Stuttgart nicht, Herr Kollege. Ihr Kopfschütteln ist sicher nur ein Zeichen von Unsicherheit oder Ungläubigkeit.

Herr Professor Golter vom Landesbauernverband hat – ich habe die Zeitung dreimal gelesen, weil ich mich wahnsinnig gefreut habe – verstanden, worum es geht. Herr Golter hat vor kurzem gesagt – ich zitiere –:

Wir brauchen endlich nicht mehr und nicht weniger als ein gutes Stück Marktwirtschaft in der Agrarproduktion.

Bravo!

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sagt er schon immer!)

– Das hat er früher nicht gesagt, liebe Frau Kollegin Gurr-Hirsch.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie sind lernfähig! – Abg. Capezzuto SPD: Gut ausgesprochen, deutlich!)

Herr Golter sagt auch:

Geld muss den Strukturwandel zu größeren Höfen absichern.

Richtig! Es geht nicht mehr anders. Und er sagt: Wir brauchen „Marktwirtschaft pur“ außer in einigen Bereichen, und da gehen wir auch mit ihm mit. Vielleicht beantragt er demnächst die Aufnahme in die SPD. Wir nehmen ihn auf, wenn er bei dem bleibt, was er sagt.

(Abg. Capezzuto SPD: Wen, den Herrn Minister?)

– Nein, Herrn Golter. Den Herrn Minister nicht. Er hat nämlich gesagt: Außer in dem Bereich, in dem es Vertrags-

landwirtschaft und zusätzlich die Honorierung von Leistungen und einen Ausgleich für Vorgaben und Beschränkungen gibt, muss die Landwirtschaft marktwirtschaftlich produzieren; Angebot und Nachfrage müssen den Markt regeln.

Nur muss man eines lernen. Wenn im Autobereich Materialien teurer werden oder Löhne steigen, wird das Auto teurer, und dann bekommt der Erzeuger mehr. Wenn das Produkt in der Landwirtschaft teurer wird, bekommt nicht der Landwirt mehr. Da müssen wir auch etwas tun, lieber Herr Minister. Denn es kann wohl nicht sein, dass bei allen Umstellungen immer derjenige den Schaden hat, der sich umstellt und der das Risiko trägt.

Was vermissen wir bei Ihnen? Impulse! Welche Botschaft kommt aus dem Haushalt? Keine!

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Darüber können wir gerne einmal sprechen. Das machen wir aber im Ausschuss. Da können Sie nämlich in Ruhe zuhören.

Was der Haushalt nicht vermittelt, ist eine Botschaft für die Zukunft. Ich kann nur sagen: Schweigen im Walde oder Schweigen der Lämmer. Das ist egal; Sie sind ja für beides zuständig.

Was vermissen wir? Ich will es Ihnen aufzählen. Wir vermissen Infrastrukturimpulse für den agrarischen Bereich im ländlichen Raum. Vom grünen Zentrum Boxberg wird uns vor jeder Wahl etwas gesagt. So war es im vorigen Jahr auch. Im Haushalt steht davon aber überhaupt nichts.

(Abg. Schmiedel SPD: Leere Versprechungen!)

Nichts außer leeren Versprechungen. Der Landwirt als Energiewirt. Herr Sonnleitner sagt: Landwirte müssen Energiewirte werden. Das wäre sinnvoll. Warum soll die Landwirtschaft nicht Rohstoffe für die Industrie und das Gewerbe liefern? Was hören wir davon? Nichts. Wir stellen dazu einen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Der Landwirt als Marktwirtschaftler. Was hören wir von Ihnen? Nichts. Koalition zwischen Landwirtschaft, Erzeuger und Verbraucher. Was hören wir von Ihnen? Nichts. Das Einzige, was wir hören, ist: Ein Türschildchen wird geändert. Jetzt gibt es ein Zimmer, an dem steht: Verbrauchersicherheit. Prost! Wenn das reicht, muss ich mich fragen, ob Sie nicht verstanden haben, dass wir die Landwirte nicht nur an die Verbraucher heranführen müssen, sondern auch umgekehrt. Da aber reicht es nicht, nur einmal im Jahr die Aktion „Gläserne Produktion“ durchzuführen, obwohl das nichts Schlechtes ist – nicht dass Sie sagen, ich hätte das kritisiert.

Weiter: Sie machen ein paar Freiwilligkeitsleistungen. Mir hat das mit der sozialen Beratung niemand erklären können. Der Landesrechnungshof sagt: Die Schmerzgrenze liegt, wenn überhaupt, bei 5 DM, also 2,5 €, pro Betrieb. Sie aber hauen da 8 DM oder 4 € drauf, obwohl ganz klar und deutlich geworden ist, dass das Geld bei den Bauern gar nicht ankommt. Da hätten Sie sparen können. Geben

(Teßmer)

Sie das Geld nach Boxberg; dann hätten wir etwas gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Fairness halber muss man sagen: Manchmal tut der Minister auch etwas. Aber da hat er ein paarmal daneben gelangt. Erstes Beispiel: die Durchführungsverordnung zum Landesjagdgesetz. Da lesen wir in der Zeitung: zu viel Bürokratie und zu wenig Praxis, Umkehrung der rechtsstaatlichen Prinzipien, kontraproduktiv. Solche Verordnungsentwürfe legen Sie vor.

(Abg. Schmid SPD: Und das als Jurist!)

Übrigens kam die Kritik, die ich eben genannt habe, vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, von Herrn Hauk, den Sie jetzt zum Leiter eines Forstamts machen wollen. Er muss also wohl wissen, wovon er spricht. Ich würde sagen: eine schallende Ohrfeige.

Ein zweiter Punkt: Obstbau. Dass da gemogelt worden ist, wussten Sie. Aber mit Ihrem Schweigen haben Sie den Obstbauern geschadet, und zwar nicht nur den ehrlichen, sondern allen. Deswegen wäre es, muss ich sagen, besser gewesen, Sie hätten, statt die Wahrheit scheinbarweise offen zu legen, klar gesagt: Wir kontrollieren. Es ist übrigens bezeichnend: Auf einmal nimmt die Kontrolle zu. Also gab es vorher keine oder keine ausreichende Kontrolle. Damit sind Sie Totengräber für das HQZ; das muss ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein dritter Punkt. Die „Stuttgarter Zeitung“ ist ja nun nicht gerade ein SPD-Blatt. Sie hat bei der Änderung des Weingesetzes sogar das Wort „dilettantisch“ gebraucht. Ich habe gehört, Sie seien auf dem Berliner Parkett perfekt. Bleiben Sie auf dem Parkett, und gehen Sie in diesem Bereich nicht in die Landwirtschaft!

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Beim Weingesetz sagen alle: Das war nichts. Ich zitiere in diesem Fall, Frau Hirsch.

(Zurufe: Gurr-Hirsch! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

– Moment! Sie weiß, warum. Der Württembergische Weinbauverband hat nämlich durch ihren Mann gesagt: „Das war diplomatisch ungeschickt.“ Wir haben Herrn Drautz zitieren hören: „Einsamer Schnellschuss“.

(Abg. Traub CDU: Es gibt keine Kollektivhaftung!  
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Nein, das habe ich doch nur gesagt, damit Sie sehen, dass ich Ihrem Mann zuhöre. – Wir haben dann gehört, dass der Badische Weinbauverband sagt: „Nicht genug vorbereitet.“

(Abg. Dr. Birk CDU: Es würde Ihnen insgesamt gut anstehen, besser zuzuhören!)

Herr Minister, wenn Sie etwas ändern, dann entsprechend vorbereiten, bitte. Übrigens ist das Gesetz gar nicht so

sinnlos. Aber wenn man im Bundesrat 3 : 9 verliert, dann können das nicht nur die A-Länder gewesen sein.

(Abg. Walter GRÜNE: Das waren alle B-Länder!)

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft mehr deutliche Zielrichtungen in einem Haushalt wie diesem und ganz klar und deutlich mehr Glück oder vielleicht auch mehr Geschick.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Mehr Glück! – Weitere Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, darf ich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne besonders herzlich die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Ausländerpolitik“ der Südtiroler Volkspartei unter Leitung des Vizepräsidenten des Südtiroler Landtags, Herrn Hermann Thaler, begrüßen.

(Beifall im ganzen Haus)

Unsere Südtiroler Gäste informieren sich im Laufe des heutigen Tages in Gesprächen mit verschiedenen Vertretern der Landesregierung über die Praxis der Ausländerpolitik in unserem Land.

(Abg. Drexler SPD: Oje!)

Der Arbeitsgruppe gehören auch zwei Mitglieder der Südtiroler Landesregierung an:

(Abg. Drexler SPD: Auch?)

der 1. Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesrat für Personal, Gesundheits- und Sozialwesen, Dr. Otto Saurer,

(Beifall bei Abgeordneten des ganzen Hauses)

sowie die Landesrätin für deutsche und ladinische Schule und Berufsbildung, Dr. Sabina Kasslatte Mur.

(Beifall im ganzen Haus)

Kollege Thaler, ich darf Sie und die Mitglieder Ihrer Arbeitsgruppe hier im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen sowie Ihren Kolleginnen und Kollegen einen informativen Aufenthalt in unserer Landeshauptstadt wünschen.

(Beifall im ganzen Haus)

Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Drautz.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Sturmschäden und der BSE-Krise können wir für 2002 und 2003 wieder auf normale Haushaltsjahre hoffen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wenn nicht wieder ein Sturm kommt!)

Trotzdem hat der vorliegende Haushaltsplan auch langfristige Ertragsausfälle und Folgekosten zu berücksichtigen. Meine Damen und Herren, der Sturm Lothar hat einen enormen Vermögensschaden für das Land hinterlassen. Die existenzielle Bedrohung innerhalb der Landwirtschaft war gravierend.

(Drautz)

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist doch alt! – Abg. Walter GRÜNE: Ist das noch einmal die Rede vom letzten Jahr? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Reden Sie zum Klimaschutz!)

– Für Sie ist das alt. Sie haben nichts mit dem Holzverkauf zu tun. Sie müssen schauen, was noch auf den Poldern liegt.

(Zurufe von der SPD)

Dies muss man klar sehen. Noch immer ist der Wald eine wichtige Einkommensquelle vieler Landwirte.

(Zurufe von der SPD)

Die geleisteten Unterstützungen waren dringend erforderlich. Sie zeigen aber auch, wie wichtig es war, die Ausgleichszulage Wald zu erhalten.

Meine Damen und Herren, jetzt gilt es, dem entstandenen Aufforstungsdruck zu begegnen. Die Offenhaltung der Landschaft und damit die Erhaltung unserer Kulturlandschaft setzen aber eine funktionierende Landwirtschaft voraus.

(Abg. Schmiedel SPD: Und einen Forstgrundstock!)

– Davon haben Sie keine Ahnung, Herr Schmiedel.

(Abg. Drexler SPD: Doch, er hat eine Ahnung! Sie haben ihn geplündert!)

Wir haben mit dem MEKA und dem SchALVO-Programm hervorragende Instrumente, die aber noch praxismäßig gestaltet werden müssen. Dabei werden Ökologie und Ökonomie miteinander verbunden. Mit 120 Millionen € setzt das Land bundesweit Maßstäbe. Manche bundespolitische Initiative wäre überflüssig, würden vonseiten des Bundes ähnliche Programme in den Bereichen Ökologie und Forstwirtschaft aufgestellt.

Dies gilt in gleicher Weise für den Verbraucherschutz. Bereits lange, bevor die BSE-Krise kam, haben wir die Lebensmittelüberwachung neu organisiert und eine schlagkräftige Verwaltung geschaffen, die sich im Krisenfall hervorragend bewährt und bundesweit Maßstäbe setzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das ist ja Lobhudelei! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Rund 450 000 BSE-Untersuchungen haben gezeigt: Die Krise ist überwunden.

(Abg. Bebbler SPD: Unheimlich übertrieben!)

Der Verbraucher kann Vertrauen in unsere Nahrungsmittel haben. Das Verhältnis von positiven BSE-Tests zu geprüften gesund geschlachteten Rindern betrug im Jahr 2001 1 : 71 259.

Maßnahmen zum Verbraucherschutz haben zwangsläufig zu erhöhten Kosten geführt. Mit einem Zuschuss von 3,9 Millionen € zu den Tierseuchenkassen sowie 5 Millionen € für die Tierkörperbeseitigungsanlagen haben wir für weitere Kostenentlastungen in der Landwirtschaft gesorgt.

(Abg. Teßmer SPD: Aber bitte bei richtigen Testinstituten!)

Dennoch fehlen unseren Rinderhaltern noch immer ca. 150 € pro Rind, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Das muss man auch einmal feststellen. Wir müssen deshalb auch künftig für Kosteneinsparungen, insbesondere im Schlachtbereich, Sorge tragen.

(Abg. Teßmer SPD: Aber nicht zulasten der Landwirte!)

Meine Damen und Herren, die Erlössituation der allgemeinen Landwirtschaft hat sich verbessert. Geradezu verheerend ist jedoch die Investitionsbereitschaft innerhalb der Landwirtschaft. Die Landwirte sind verunsichert. Immer mehr Auflagen und eine ausufernde Bürokratie vonseiten des Bundes

(Abg. Teßmer SPD: Also bitte! – Abg. Walter GRÜNE: MEKA ist Landessache!)

stellen die Landwirte vor die Situation, nicht mehr zu wissen, ob es Sinn macht, einen über Generationen geführten Betrieb weiterzuführen.

Ich möchte an dieser Stelle das Beispiel der vom Bund angestrebten Modulation anführen. Für zusätzliche ökologische Maßnahmen werden der Landwirtschaft in Baden-Württemberg erst einmal 2 Millionen € einbehalten.

(Abg. Teßmer SPD: Vorsicht! Der Freibetrag ist doch so hoch!)

Das Land zahlt 4 Millionen €. Gleichzeitig entstehen Bürokratiekosten in Höhe von 1,5 Millionen €, Herr Teßmer. Wer so wirtschaftet, braucht sich über steigende Agrarausgaben überhaupt nicht zu wundern.

(Abg. Teßmer SPD: Ist doch gar nicht wahr! Die sind doch fast alle gar nicht betroffen!)

Das Konzept der Agrarwende ist unrealistisch. Es schürt Ängste beim Verbraucher.

(Abg. Teßmer SPD: Sie schüren Ängste!)

– Seien Sie von der SPD ganz ruhig.

(Abg. Drexler SPD: So, wie Sie aussehen, schüren Sie Ängste!)

– Herr Drexler, langsam. Ich sage Ihnen gleich, wer das gesagt hat.

Die Landwirtschaft verliert an Wertschöpfung. Vorteile liegen nur beim Handel, der die Ökozeichen zu Preiserhöhungen nutzt. Die nationalen Alleingänge sind katastrophal. Es wird nichts für den Tierschutz getan, aber Arbeitsplätze gehen verloren.

(Abg. Walter GRÜNE: Oh, Richie! Das ist aber peinlich, was du da sprichst!)

Dies sind die Aussagen des früheren Bundeslandwirtschaftsministers Funke, SPD, in der „Eßlinger Zeitung“ vom 24. Januar 2002.

(Drautz)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Hätten Sie es voriges Jahr genannt, dann hätten Sie ihn noch! Sie sind doch schuld! Erst haben Sie ihn kritisiert, und jetzt zitieren Sie ihn!)

Ich sage – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch seinen Rücktritt verlangt! – Abg. Walter GRÜNE: Das ist schon eine bedeutende Zeitung, die du da zitierst! – Glocke des Präsidenten)

ich bitte um mehr Ruhe.

(Abg. Teßmer SPD: Aber bitte auch mehr Wahrheit!)

– Herr Kollege Teßmer, das gilt auch für Sie. – Herr Kollege Drautz hat doch gerade angefangen zu sagen: „Ich sage“. Also lassen Sie ihm auch die Gelegenheit, es zu sagen.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Sie haben Herrn Funke doch zum Rücktritt aufgefordert!)

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Danke schön, Herr Präsident. – Ich sagte, dass der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Funke, SPD, das sagte, und ich sage Ihnen: Funke hat Recht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Die Agrarwende ist gescheitert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir wollen Funke! – Abg. Drexler SPD: Am Freitag noch den Rücktritt fordern und am Samstag sagen, er hat Recht gehabt! – Abg. Teßmer SPD: Ihre Leute haben seinen Rücktritt gefordert!)

– Herr Drexler, wo habe ich den Rücktritt gefordert?

Meine Damen und Herren, wenn die SPD in der Regierung in Berlin eine solch unverantwortliche Politik erkennt

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

und sie wider besseres Wissen weiterhin duldet, dann ist es höchste Zeit für einen Regierungswechsel.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Sie waren doch in der Regierung in Baden-Württemberg!)

– In Berlin, habe ich gesagt. Ich sage Ihnen eines: An Ihrem Schreien erkenne ich, dass Sie keine anderen Meinungen zulassen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Sie von der SPD werden immer in dem Moment laut, in dem Sie feststellen,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

dass Sie verloren haben. Dann schreien Sie und heulen auf. Das muss man klar sehen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Wir haben wenigstens Meinungen!)

Wir brauchen eine unternehmerische Landwirtschaft, die ihre Erlöse am Markt erzielt.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist richtig! – Abg. Capezuto SPD: Das war der erste richtige Satz!)

Dies setzt gleiche Wettbewerbschancen voraus, die bundesweit nicht mehr gegeben sind. Das Beispiel der fehlenden Pflanzenschutzmittel, deren Einsatz in den anderen EU-Staaten erlaubt ist, zeigt dies allzu deutlich.

(Zurufe von der SPD und den Grünen – Gegenruf des Abg. Traub CDU)

Meine Damen und Herren, bisher gab es in unserem Land einen politischen Konsens. Besondere Leistungen der Landwirtschaft im Sinne der Ökologie und des Landschaftsschutzes sind ausgeglichen. Der Vertragsnaturschutz hat sich bewährt. Das MEKA-Programm ist bundesweit anerkannt.

(Zurufe der Abg. Teßmer und Schmiedel SPD)

Mit der Neuordnung der Naturschutzgesetzgebung durch die Neuausrichtung der so genannten guten landwirtschaftlichen Praxis wird dieser Konsens verlassen und einseitig zum Nachteil der Landwirtschaft gehandelt. Diese einseitige Förderung der Biolandwirtschaft kann sich langfristig als Bumerang auswirken. Deshalb setzen wir Liberalen auf eine nachhaltige Landwirtschaft, die geprägt ist von der guten Ausbildung der Landwirte, einem flächendeckenden, umweltschonenden Anbau und einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft ist die tragende Säule im gesamten ländlichen Bereich. Aber auch zum Bereich des Naturschutzes ist darauf hinzuweisen: Die Naturpark-Konzeptionen, die PLENUM-Ansätze werden von uns unterstützt.

(Abg. Walter GRÜNE: „Ansätze“ ist der richtige Ausdruck! – Abg. Teßmer SPD: Das ist in den Ansätzen stecken geblieben!)

Wir sind allerdings der Auffassung, dass vonseiten des Ministeriums eine bessere Koordinierung und vor allem eine Weiterentwicklung der Naturparke erfolgen muss. Wir wollen die Naturparke nicht nur unter ökologischen Aspekten sehen, sondern gleichwertig

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

als Instrument regionaler Wertschöpfung zum Vorteil von Natur, Landwirtschaft, Tourismus und Gewerbe und damit für den gesamten ländlichen Raum. Dazu zählen wir auch den Ausbau regionaler Energiekonzepte. Hier nenne ich besonders eine Nahwärmekonzeption auf der Grundlage von Biomasse.

Noch immer hat die SPD ein Feindbild:

(Abg. Teßmer SPD: Was?)

(Drautz)

das Landesamt für Flurneuordnung. Sie verkennt, in welcher vielfältiger Weise diese Behörde im Sinne des Naturschutzes und einer ökologischen Landwirtschaft tätig ist.

(Abg. Teßmer SPD: Er hat unseren Antrag nicht verstanden! – Gegenruf des Abg. Traub CDU)

Ich habe Verständnis dafür, dass es der Opposition schwer fällt, für ihre Forderungen geeignete Deckungsvorschläge zu erbringen.

(Zurufe der Abg. Teßmer SPD und Walter GRÜNE)

Sie sollte aber nicht nur die Flurneuordnung bei jedem Haushalt gebetsmühlenhaft als Steinbruch für ihre Haushaltsvorschläge heranziehen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dies gilt auch für die von der SPD angeführten Ernährungszentren.

Die Zustimmung der Grünen zeigt: Sie haben begriffen, dass Verbraucherschutz und Verbraucheraufklärung Hand in Hand gehen müssen.

(Abg. Teßmer SPD: Das hätte ohne weiteres in den Landwirtschaftsämtern stattfinden können!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Gestatten Sie mir als praktizierendem Wengerter noch folgenden Hinweis: Der Weinbau in Baden-Württemberg hat wegen seiner Qualität im nationalen und internationalen Vergleich keine Konkurrenz zu scheuen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Der Ausbau der Kelter in Weinsberg setzt in puncto Ausbildung einen weiteren Schwerpunkt. Der finanzielle Einsatz des Landes zur Erhaltung des Steillagenweinbaus, Herr Kretschmann,

(Abg. Bebbler SPD: Die Redezeit geht nicht nach Gewicht!)

ist für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft ein maßgeblicher Beitrag.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich kann nur noch stichwortartig sagen, dass die Verwirklichung des Grünen Zentrums Boxberg beschlossene Sache ist. Wir werden für eine zügige Umsetzung sorgen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Drautz, Sie sagten, Sie wollten zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist schon seit längerem abgelaufen.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, ich komme zum Schluss, aber wegen stundenlangen Rufens bei der SPD habe ich die Redezeit leicht überziehen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Stundenlang! – Abg. Bebbler SPD: Die Redezeit geht nicht nach Gewicht!)

Ich bedanke mich abschließend bei den Mitarbeitern im Ministerium, die sich für die Landwirtschaft einsetzen. Ich bedanke mich noch bei allen Abgeordneten hier im Landtag, die sich mit mir als einzigem Landwirt in diesem Landtag für die Landwirtschaft einsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit drei Vorbemerkungen zum Beitrag des Kollegen Drautz beginnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Halte dich ja zurück, Jürgen!)

Kurz vor der Weihnachtszeit hat Kollege Drautz gefordert – da muss es ihm ganz warm ums Herz geworden sein –: Wir brauchen noch 25 Millionen DM, um weiterhin die BSE-Tests zu bezahlen. Ich frage mich: Wo war der Antrag des Kollegen Drautz?

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

Die besinnliche Zeit ist herum, und schon werden die Ansprüche wieder zurückgeschraubt. Aber Sie wissen ja: FDP/DVP und solide Finanzpolitik sind ein Widerspruch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt reicht! – Abg. Drautz FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

Herr Kollege Drautz, Sie haben wieder die Harmonisierung der Pflanzenschutzmittel angesprochen. 1991 gab es die entsprechende Verordnung der EU. Ihre Partei hat in Bonn sieben Jahre nichts gemacht. Wenn Sie auf dem aktuellen Stand wären, Herr Drautz, wüssten Sie, dass es einen Beschluss von Rot-Grün in Berlin dazu gibt. Das kommt jetzt auf den Weg, nachdem Sie sieben Jahre lang nichts getan haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Drautz, Sie zitieren die „Eßlinger Zeitung“ mit den Worten, im Tierschutz sei nichts passiert.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das war ein Interview! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Reden Sie nicht so abfällig über die „Eßlinger Zeitung“!)

Herr Drautz, ich sage Ihnen einmal, was Herr Apel, der Bundesvorsitzende des Deutschen Tierschutzbundes, sagt, der davon etwas versteht. Herr Apel sagt zu einem Jahr Künast:

Frau Künast hat in den letzten zwölf Monaten durchgreifende Maßnahmen ergriffen und damit für den Tierschutz entscheidende Verbesserungen erwirkt. Zum ersten Mal hat in der Agrarpolitik eine wirkliche

(Walter)

Abwägung zwischen Tierschutz und Landwirtschaft stattgefunden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich könnte noch weiter zitieren. Ich sage Ihnen, Herr Drautz: Reden Sie mit den Leuten, die etwas von der Sache verstehen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Woher wollen Sie das wissen?)

Dann werden Sie sehen, was Frau Künast alles Gutes tut.

Jetzt komme ich aber zur Bilanz des Herrn Ministers. Zwei Merkmale stechen hervor.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Stächelen“ hervor!)

Nachdem Frau Staiblin offensichtlich ein paar offene Gräben zurückgelassen hat, gibt es eine gewisse Anbiederung an den Bauernverband. Das ist das erste Merkmal. Das zweite Merkmal, mit dem ich mich intensiver beschäftigen möchte, ist eine ständige Kampfansage an alles, was aus Berlin kommt. Man muss sich in der Männergesellschaft beim Bauernverband ständig an einer Ministerin reiben. Das macht da besonders viel Spaß.

Leider ist der Kollege von der CDU nicht mehr da und bekommt dies jetzt nicht mehr mit. Meine Redezeit ist begrenzt, und darum kann ich nicht alles aufzählen, was Frau Künast Gutes getan hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da sind Sie gleich fertig!)

Ich gebe Ihnen aber einmal ein paar Beispiele. In dieser Woche habe ich bei einem Ministerialbeamten in Bonn – das Bundeslandwirtschaftsministerium befindet sich ja teilweise noch in Bonn – angerufen und habe ihn etwas gefragt. Daraufhin sagte er: Was sollen wir denn noch alles tun? In einem Jahr haben wir mehr arbeiten müssen als in den zwei Legislaturperioden davor. Das ist das, was Frau Künast jetzt auf den Weg bringt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drautz FDP/DVP: Und was sagt Herr Reimer?)

Jetzt gebe ich Ihnen ein paar Beispiele dafür, dass es auch keine einseitige Ausrichtung auf Biolandwirtschaft gibt; zu diesem Thema werde ich später noch einmal kommen. Die Umstellung der Investitionsförderung kommt unseren kleinen Betrieben zugute. Investitionen werden an eine tiergerechte Haltung geknüpft. Das ist ein Fortschritt, und auch davon profitieren wir.

Erzeugergemeinschaften, die ökologische und regionale Produkte an den Markt bringen wollen und sich dazu zusammentun, werden jetzt massiv gefördert. Das nützt genau unseren kleinen Betrieben.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, direkt!)

Da muss man viel mehr machen. Wir haben doch auf dem Weltmarkt mit unseren derzeitigen Strukturen gar keine Chance. Deswegen nützt dies unseren Betrieben etwas. Wenn man aber wie der Minister herumläuft und all dies

ständig madig redet oder nicht einmal erwähnt, ist doch klar, dass in der Landwirtschaft eine schlechte Stimmung herrscht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Erzeugergemeinschaften sind nichts Neues!)

– Dass das nichts Neues ist, ist uns auch klar. Aber neu ist, dass wir das im Gegensatz zu Ihnen entsprechend fördern.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Jetzt kommt das nächste Beispiel, Frau Kollegin: „Regionen Aktiv“. Zum Glück machen ja die Bauernverbände vor Ort mit, während sich das Ministerium hier irgendwie veranrannt und gemeint hat, man müsse das Ganze blockieren.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Jetzt heißt es immer: BaWü ist vorn beim ökologischen Landbau. Ja, dann müssten Sie doch begeistert sein darüber, was Frau Künast da alles auf den Weg bringt.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Davon profitieren wir doch!)

Genau davon profitieren wir doch, wenn wir den ökologischen Landbau weiter ausbauen. Am MEKA wird zum Beispiel kritisiert – das haben wir am Dienstagabend gehört –, dass es keine Förderung von Ackerfutter gibt. Genau das hat Frau Künast aber jetzt auf den Weg gebracht, speziell in den benachteiligten Gebieten. Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis!

Vorhin wurde gesagt, man sollte auch Energiewirt sein. Der Bauernpräsident war da ausnahmsweise einmal auf unserer Seite. Was hat die Landesregierung getan? Sie hat im Bundesrat gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz gestimmt.

(Abg. Drexler SPD: Fürchterlich!)

Rechnen Sie es doch einmal zusammen: Wenn Sie 100 Großvieheinheiten haben, können Sie, wenn Sie es richtig anstellen, als Landwirt bis zu 15 000 € jährlich dazuverdienen. Das ist doch kein Nasenwasser!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wäre es nach CDU und FDP/DVP im Land gegangen, hätten die Landwirte in unserem Land nicht diese Chance bekommen. So „fördern“ Sie den ländlichen Raum!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein nächstes Beispiel: Sie wollen die Modulation verhindern. Da sage ich: Einerseits laufen Sie hier herum und erklären, die Umweltprogramme seien super, das sei unser Markenzeichen. Gerade da könnte doch jetzt mehr Geld hineinfließen, wenn man es nicht mehr direkt zahlt und es aus der Förderung herausnimmt, sondern in die Umweltprogramme steckt; von der ersten in die zweite Säule der Agenda. Das ist doch genau der Weg, den wir beschreiten müssen.

(Walter)

Es ist doch vorgesehen, dass man zum Beispiel 50 € pro Hektar Fläche in einem FFH-Gebiet bekommt. Das kann man doch nur unterstützen. Weshalb sind Sie dann gegen die Modulation? Die Begründung „zu viel Bürokratie“ stimmt schlichtweg nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Traub CDU: Woher wissen Sie, dass das nicht stimmt?)

– Ich erkläre es Ihnen nachher noch. Wir stellen die Ministerin, und ich führe da intensive Gespräche. Ich sage Ihnen nachher, wie es genau ist. Über Details streiten wir hier nicht.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Insgesamt, meine Damen und Herren, kommt durch die Modulation, Kollege Drautz, mehr Geld in die Landwirtschaft.

All die Punkte – und ich habe nur wenige genannt – nützen der überwiegenden Mehrheit unserer Betriebe in Baden-Württemberg. Hören Sie also deshalb mit diesem Wahlkampfgetöse auf, stellen Sie das ein, und informieren Sie unsere Landwirte, damit sie auch wissen, wie sie Gelder aus den Programmen nach Baden-Württemberg holen können.

Wenn ich diese Programme auf Landwirtschaftsveranstaltungen vorstelle, stehen nachher die Landwirte

(Abg. Drexler SPD: Schlange! – Lachen des Abg. Kiefl CDU)

Schlange und fragen, wo sie diese Gelder bekommen könnten. Der Bauernverband und Sie informieren darüber nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt, meine Damen und Herren, etwas ganz Interessantes: Agrarwende ist ja sozusagen des Teufels.

(Abg. Kiefl CDU: Nicht des Teufels! Künast!)

Ich empfehle Ihnen einmal als Lektüre das Vorwort des Ministers zum Bericht des Ministeriums zum Doppelhaushalt. Nach der Lektüre kann ich Ihnen, Herr Minister, nur sagen: Herzlich willkommen im Club der Befürworter der Agrarwende.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben, zumindest verbal, jetzt erkannt – und dieses Vorwort steht wirklich diametral dem entgegen, was wir sonst gelesen haben –: Es muss vom Verbraucher gedacht werden. Sie haben auch unsere Forderung erfüllt, eine eigene Abteilung zu schaffen. Ich will das gar nicht so kritisch beleuchten wie Kollege Teßmer; denn ihre Leute sollen jetzt eine Chance bekommen, gute Arbeit zu leisten.

(Abg. Teßmer SPD: Lange genug gedauert!)

Sie haben erkannt, Herr Minister – das steht auch in Ihrem Vorwort –: Wir brauchen mehr Transparenz. Nur: Dann aber kein Kartell des Schweigens wie am Bodensee.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sie, Herr Minister, haben erkannt: Wir brauchen eine stärkere Förderung des Ökolandbaus. Denn dieser Trend – das hat man jetzt auf der Grünen Woche wieder gesehen – ist weltweit zu erkennen. Ich nenne Ihnen einmal ein paar Schlagzeilen aus den Zeitungen der letzten Tage: „Großbritannien wagt die Agrarwende“,

(Abg. Traub CDU: Aha!)

„Schweden bekennt sich zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft“, „Niederlande forcieren Biofleischproduktion“. All diese Länder, Kollege Drautz, drängen auf den deutschen Markt, weil wir hier allein in einem Jahr 30 % Zuwachs hatten. Das heißt doch: Wenn wir diese Entwicklung nicht verschlafen wollen und wenn wir wollen, dass unsere eigenen Produkte, zum Beispiel deutsche Bioschweine, in den Märkten verkauft werden und nicht die dänischen, bei denen es höhere Anforderungen gibt, dann müssen wir den biologischen Anbau noch stärker fördern als in der Vergangenheit, und da ist Frau Künast auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Traub CDU: Schön wäre es, wenn es stimmen würde!)

Herr Minister, vieles in der Agrarpolitik wird in Brüssel oder in Berlin beschlossen; Ihr Spielraum ist da etwas kleiner, sage ich einmal. Sie könnten aber beispielsweise bei der Förderung der regionalen Märkte vorangehen.

Ich nenne beispielsweise die Umstellung von öffentlichen Kantinen. 1991 – es ist schon über zehn Jahre her – hat dieses hohe Haus beschlossen, das zu tun. Geschehen ist so gut wie nichts. Wenn ich dann in einer Ihrer Stellungnahmen in einer Landtagsdrucksache lese, dass es in Ihrem eigenen Ministerium ab und zu sozusagen eine Schnupperwoche mit HQZ-Produkten gibt, wenn es also so wenig Glaubwürdigkeit gibt, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass diese Produkte nicht nachfragt werden.

Fahren Sie einmal ins Umweltministerium nach Bonn. Dort gibt es in der Kantine jeden Tag – dafür hat Frau Künast gesorgt – ein Menü mit Produkten aus biologischem Anbau. So setzt man die eigenen Maßstäbe in die Realität um. So hat Politik Glaubwürdigkeit. Deswegen: Reiben Sie sich nicht immer an Frau Künast, sondern nehmen Sie sie sich zum Vorbild.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf: Legehennenverordnung! In ganz Osteuropa werden die Tiere gequält!)

– Genau, die Legehennenverordnung ist auch ein gutes Beispiel, wie man Deutschland voranbringt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Indem man die Hennen nach Polen schafft! – Gegenruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Herr Minister, ein letzter Punkt: der Naturschutz. Hier haben wir mehr Profilierung erwartet.

(Zurufe von der CDU)

(Walter)

Sie sprechen davon, dass ein integrativer Ansatz – ich komme nochmals auf Ihr sehr lobenswertes Vorwort zurück – sowohl eine ökonomische als auch eine ökologische Chance sei. Dann frage ich Sie, weshalb es nicht mehr Geld für PLENUM gibt. Wenn dieser integrative Ansatz wirklich richtig ist, dann darf man nicht nur Ende der Neunzigerjahre Leitlinien herausbringen und sie dann zwanzig Jahre lang in der Schublade verstauben lassen, sondern dann muss man sie auch endlich in die Tat umsetzen. Sie haben noch die Chance, unserem Antrag auf 1 Million € zusätzlich pro Jahr zuzustimmen. Damit würden Sie etwas für den ländlichen Raum tun, anstatt nur Brandreden gegen Berlin zu halten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Das Schlimme daran ist, meine Damen und Herren: Wenn Frau Künast mit ihrem Programm „Regionen Aktiv“ kommt – ich habe es schon erwähnt –, dann sind Sie dagegen, anstatt die Gelder nach Baden-Württemberg zu holen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das stimmt doch überhaupt nicht! Wir haben doch einen Antrag gestellt! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Aber gegen die Empfehlung des Ministeriums! Trotz des Ministers! – Zuruf des Abg. Traub CDU)

– Natürlich, weil sich die Regionen das nicht von Ihnen haben diktieren lassen.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich Ihnen noch sagen, dass auch im Naturschutz – –

(Anhaltende Unruhe – Zuruf von der CDU)

– Auch im Hohenlohischen kann man Naturschutz betreiben.

(Abg. Kübler CDU: Ja, machen wir! – Abg. Traub CDU: Ohne euch!)

Zum Naturschutz kann ich nach fast einem Jahr als Fazit der Arbeit Willi Stächeles nur feststellen: Es gibt keine Fortschritte, sondern der Naturschutz bleibt ein Stiefkind dieser Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiefl.

**Abg. Kiefl** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich korrigiere nur ungern einen Kollegen aus der eigenen Fraktion, aber lieber Karl Traub: Von einer Bergfahrt in der Berliner Agrarpolitik habe ich bisher nichts gesehen, sondern nur von einer Talfahrt, denn, Herr Kollege Walter – –

(Abg. Capezzuto SPD: Sie widersprechen einem Kollegen! – Abg. Traub CDU: Berg- und Talfahrt!)

– Bis jetzt gab es nur Talfahrt.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Herr Kollege Walter, ich möchte Ihnen einmal sagen, wo die Probleme liegen, wer bis zur Stunde die Bauern in Deutschland verunsichert und woher die große Verunsicherung stammt, die allseits beklagt wird.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Von der CDU!)

Ich darf ein wörtliches Zitat von Frau Künast bringen:

Ich werde die Bauern mit Karacho gegen die Wand knallen lassen, wenn sie sich nicht meinen Auflagen und Wünschen unterordnen, wenn sie sie nicht erfüllen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Diktatorisch! – Abg. Teßmer SPD: Aus dem Zusammenhang gerissen!)

Das heißt, um es klar darzustellen: In einem so guten Jahr, wie wir es zugegebenermaßen gerade haben, was den Markt und die Einkommenssituation betrifft

(Abg. Teßmer SPD: Aber nicht schlechtreden, Herr Kollege! – Zurufe der Abg. Capezzuto und Birgit Kipfer SPD sowie Walter GRÜNE)

– nein, ich rede es nicht schlecht –, hatten wir noch nie einen solchen Investitionsstau und so hohe Überführungen des Betriebsvermögens in Privatvermögen. Warum?

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Weil Sie ständig jammern!)

Weil die jungen Bauern, die Hofnachfolger fragen, wie das Ganze weitergeht. Sie haben kein Vertrauen in die Zukunft und schichten bereits jetzt das Betriebsvermögen in Privatvermögen um. Sie haben kein Vertrauen in die Auflagenpolitik.

Ich könnte jetzt der Reihe nach durchgehen, Frau Kipfer, was alles kostet. MEKA ist bürokratisch, das ist klar, aber es gibt Geld. Aber das Arzneimittelgesetz ist bürokratisch hoch zehn und kostet Geld. Die Umweltverträglichkeitsprüfung – wettbewerbsverzerrend sondergleichen – ist bürokratisch bis zum Gehtnichtmehr und wird so in keinem EU-Land durchgeführt. Nach Aussagen der Fachleute kostet das – gut, ich muss jetzt die ganze Bandbreite nennen – 2 000 bis 50 000 DM pro Betrieb.

Oder ich nenne die einseitige Orientierung auf Ökolandbau.

(Abg. Walter GRÜNE: Stimmt doch gar nicht! Hören Sie zu!)

Wissen Sie, was die einseitige Betonung des Ökolandbaus zur Folge hat? Wir können alle Zahlen durchgehen.

(Abg. Walter GRÜNE: Können Sie an Zahlen im Gesamthaushalt belegen, wie viel in Bio geht?)

– Ich rede jetzt immer noch von der Verunsicherung, Herr Walter.

Unsere Förderung für den Ökolandbau in Baden-Württemberg reicht hinten und vorne aus – ich will das einmal ganz

(Kiefl)

deutlich sagen –, weil wir keine Fallen aufstellen, sodass alle vordergründig in den Ökolandbau hineinrennen und damit von der Subvention des Staates abhängig werden. Beim Ökolandbau sinken bereits die Erzeugerpreise in dem Ausmaß, in dem der Staat die Förderung draufsetzt. Das ist eine Falle. Und diese „milde Gabe“ wird sich bitter rächen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Herr Teßmer, ob wir 10 % oder 20 % alternativen Landbau bekommen, ist mir ganz egal. Das wäre uns nur recht. Dagegen hätten wir nichts. Überlassen Sie das aber der eigenverantwortlichen unternehmerischen Entscheidung der Betriebsleiter. Die werden wissen, ob sie ausreichend kaufkräftige Verbraucher an ihrer Seite stehen haben, die dieses dann abnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Aber suggerieren Sie den Leuten nicht, das sei das Einzige und die konventionelle Landwirtschaft sei schlecht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Das hat doch kein Mensch gesagt! Das ist doch nicht wahr!)

– Herr Walter, so kommt es rüber.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

– Nein, reden wir über die Praxis. Reden wir über Qualität und Sicherheit. Sicherheit ist für mich unteilbar, ob das Biolandbau oder konventionelle Landwirtschaft ist. Das ist egal. Wenn Sicherheit unteilbar ist, muss ich aber auch anstreben, dass die Produktionsbedingungen, die Betriebsmittel, die zugelassen sind, in der EU einheitlich angewendet werden und nicht, wie es jetzt der Fall ist, uneinheitlich, obwohl alles auf dem gemeinsamen „Marktplatz Europa“ und damit eben auch in Deutschland verkauft werden darf. Sicherheit ist unteilbar. Sie ist damit Sache des Staates, und der Staat muss kontrollieren. Die Qualität ist entweder in den Produkten drin oder nicht. Da müssen wir uns verständigen, und das geschieht über die entsprechenden Fachgesetze und nicht über ideologische Sonderauflagen.

Herr Teßmer, noch einmal zur Formulierung: So kommt es bei den Bauern rüber. Solange man sagt, der Ökolandbau sei die Wende – die Wende wird ja damit begründet –, sage ich:

(Abg. Teßmer SPD: Die Wende geht über den Verbraucherbezug und nicht über den Landwirt!)

– Lasst den Verbraucher entscheiden. Der macht, was er will. Wir reden von Weiterentwicklung, nicht von Wende! Gott sei Dank kommen die Weiterentwicklung und die Perspektive für die baden-württembergische Landwirtschaft in unserem Haushalt dadurch zum Ausdruck, dass wir die Programme unangetastet lassen. Die Programme bleiben im Doppelhaushalt unangetastet. Die Künast'sche Wende dreht sich bis jetzt nur im Kreis. Sie lebt von der Hoffnung, von der Erwartung, dass die anderen europäischen Staaten nachreiten, wenn sie eine Vorreiterrolle einnimmt.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kiefl, Ihre Redezeit ist zu Ende, und Abg. Walter möchte noch eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie diese Zwischenfrage?

**Abg. Kiefl CDU:** Ich gestatte die Zwischenfrage, wenn ich dann auch noch einen Satz sagen darf.

**Stellv. Präsident Birzele:** Ein Satz ist genehmigt. – Bitte, Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Kollege Kiefl, Sie haben jetzt mehrmals von der einseitigen Ausrichtung auf Öko gesprochen. Könnten Sie mir bitte einmal die Zahlen aus dem Bundesagrarhaushalt nennen, wie viel Prozent in die Finanzierung des konventionellen Landbaus und wie viel Prozent in den Ökolandbau gehen? Wenn Sie die Zahlen nennen können, können Sie dann diese Behauptung noch aufrechterhalten?

**Abg. Kiefl CDU:** Ja, die halte ich trotzdem aufrecht.

(Abg. Bebber SPD: Er kennt die Zahlen nicht, aber er hält die Behauptung aufrecht!)

Selbst wenn das Verhältnis etwa 15 % zu 85 % beträgt – –

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Aha!)

– Moment. Das ist doch ganz natürlich, wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland erst 2 % Ökolandbau haben. Ein bisschen verstehe ich auch noch – –

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch keine einseitige Ausrichtung!)

– Moment. Ein bisschen verstehe ich auch noch vom Basiseffekt, wenn wir hier jetzt schon Prozentrechnen betreiben.

Lassen Sie mich jetzt noch einen Satz zur Modulation sagen, damit das klargestellt ist: Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Modulation,

(Abg. Teßmer SPD: Aber wir rechnen sie schlecht!)

damit das klargestellt wird, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt, Herr Teßmer, solange nicht feststeht, wie diese einbehaltenen 2 % überhaupt für die zweite Säule der Agrarpolitik verwendet werden sollen. Dafür gibt es bis zur Stunde kein Konzept. Bis zur Stunde wirkt es sich nur negativ auf die Haupterwerbsbetriebe aus. Klammer auf: Universität Hohenheim, Herr Teßmer – Sie werden es gelesen haben –: 40 % der Haupterwerbsbetriebe erleiden durch die Modulation Einkommenseinbußen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kiefl, das ist jetzt schon der vierte Satz.

**Abg. Kiefl CDU:** Das heißt, wenn wir die Zukunftsbetriebe schwächen, werden die anderen dadurch nicht stärker. Wenn man den einen kastriert, wird der andere nicht da-

(Kiefl)

durch potent. Das ist der grundsätzlich falsche Gedanke, der dem zugrunde liegt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Redezeit ist zu Ende.

Ich bedanke mich.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt hat er alle überzeugt! –  
Zuruf von der FDP/DVP: Das müssen Sie näher  
ausführen, das haben nicht alle verstanden!)

**Stelly. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es wäre reizvoll, alle Beiträge zu kommentieren. Aber ich will mir das ersparen.

Herr Teßmer, Sie haben ganz gut begonnen – mit der Anrede. Aber nach dem Start sind Sie mit den weiteren Ausführungen gleich am Garagentor gelandet.

(Abg. Teßmer SPD: Es steht aber nichts in der Garage drin!)

Herr Teßmer, ich habe aufgemerkt, als Sie gesagt haben, Sie seien für Marktwirtschaft, Sie seien für Wettbewerb.

(Zuruf von der FDP/DVP: Können Sie das wiederholen?)

Ich sage Ihnen im Namen der Bäuerinnen und Bauern: Die sind für Wettbewerb.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt aber kein Aber!)

Aber Sie dürfen das nicht regelmäßig mit nationalen Alleingängen kaputtmachen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/  
DVP – Abg. Teßmer SPD: Das stimmt doch  
nicht!)

– Das ist der Punkt. Das stimmt sehr wohl.

Sie stellen sich der europäischen Agrarordnung, dem europäischen Wettbewerb. Dann muss es aber gleiche Chancen für alle Wettbewerber im europäischen Agrarraum geben.

(Zuruf von der FDP/DVP: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Das will aber auch jeder! Das wissen Sie doch!)

Wir haben dieser Tage – das ist das Pikante – im Bundesrat einen Antrag zu Pflanzenschutzmitteln gestellt und haben die Mehrheit bekommen. Nun wäre es allerhöchste Zeit, dass Frau Künast sich mit ihren starken Worten jetzt in Brüssel auch tatsächlich durchsetzt, nachdem wir im Bundesrat Dampf gemacht haben.

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben sieben Jahre geschwiegen!)

Lassen Sie mich ein Zweites aufgreifen, was mich ein bisschen erschüttert hat. Herr Teßmer, ein Blick in den Haushalt hätte genügt. Wie kann man nur behaupten, es gebe

keine Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum? Haben Sie das ELR, um nur ein Beispiel zu nennen, noch nicht entdeckt? Ich wundere mich über die vielen Anträge der Abgeordneten, was mit dem guten Geld Gutes getan werden könnte. Dann stellen Sie sich hier hin und behaupten, es gebe nichts für die Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum.

(Abg. Teßmer SPD: Ich habe gesagt „für die Agrarwirtschaft“!)

Herr Teßmer, auf diesem Niveau können wir nicht weitermachen.

Ich bedauere die regelmäßige Schelte gegen die Sozialberatung der Bauernverbände. Wir unterstützen sie zu Recht. Die Situation ist so schwierig, dass wir an allen Ecken und Enden beraten müssen. Sie sagen selbst, es gebe große Herausforderungen und wir dürften die Betriebe nicht alleine lassen. Sie sollten diese Haltung wirklich überdenken; denn das ist ein Stück Verrat an den Betrieben, die in großer Schwierigkeit sind, die sich verändern müssen und immer erneut die Existenzfrage stellen müssen. Deswegen muss Beratung sein. Der Staat kann sich mit den etwa 350 000 € wirklich dazu bekennen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Fütterungsverordnung für die Jagd ist in der Anhörung. Dazu gibt es unterschiedliche Stimmen. Die Argumente werden gesichtet und synoptisch dargestellt. Ich bin gespannt, ob Sie mit dem Ergebnis zufrieden sind. Wir werden das sauber richten. Es soll auch nicht mehr Bürokratie werden. Aber Ausgangspunkt waren einige Fälle, denen wir auf die Spur gekommen sind und die wir verhindern wollen.

(Abg. Teßmer SPD: Dagegen hat doch niemand etwas!)

Wegen einiger weniger wird nicht die gesamte Sippe in Haft genommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es wird so gemacht, dass danach gelebt werden kann und dass die Jäger insgesamt ihrem Auftrag, den ich sehr respektiere, nachkommen können.

(Abg. Teßmer SPD: Damit kritisieren Sie aber den Herrn Hauk, denn der hat das kritisiert! Er gehört nicht zu uns! – Abg. Walter GRÜNE: Gott sei Dank!)

Eines, Herr Walter, hat mich nachhaltig gestört: Sie haben gesagt, die sechs Monate Stächele seien gekennzeichnet gewesen von der Anbiederung an die Bauernverbände. Ja, ich bekenne mich dazu: Ich spreche mit denen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Ich gehe mit denen anständig um. Sagen Sie das Frau Künast! Sie glauben gar nicht, wie viel Gutes man richten kann im Sinne der modernen Landbewirtschaftung in Baden-Württemberg.

(Minister Stächele)

Wenn Sie sagen, es werde in Sachen Naturschutz in Baden-Württemberg nichts getan, müssten Sie zumindest auch zugeben, dass wir 10 Millionen € mehr eingestellt haben. Ich nenne nachher die einzelnen Kapitel und Möglichkeiten. Es ist vielleicht nicht immer das, was Sie wollten. Aber wir machen ganz konkret Schritt um Schritt weiter. Sie können also nicht sagen, dass überhaupt nichts voranginge. Wir haben das im Haushalt durchgesetzt, und wir werden dies dann auch in konkrete Politik kleiden.

Generell muss ich sagen: Die Lebhaftigkeit der Debatte zeigt natürlich, dass wir in der Tat immer wieder einen Richtungsstreit führen müssen.

(Abg. Capezzuto SPD: Der Drautz will das aber nicht! – Gegenruf des Abg. Bebber SPD: Der will Ruhe!)

Ich gestehe freimütig zu, dass wir alle miteinander immer wieder Grundsatz- und Richtungsdiskussionen führen müssen, dass wir insbesondere auch Begriffe klären müssen. Sie wissen – das ist bekannt –, ich halte von dem Kampfbegriff „Agrarwende“ nichts. Aber was ich sicher gern aufnehme, ist die grundsätzliche Diskussion, wo es denn künftig langgehen soll. Wir müssen insbesondere mit den Betroffenen darüber reden, denn da gibt es auch einiges an Begriffen, was vielleicht neu geklärt werden muss. Was ist denn jetzt zukunftsorientiert? Was ist nachhaltig? Was ist multifunktional? Dann müssen wir insbesondere die Frage diskutieren: Wie sollen denn unsere Betriebe in der Zukunft aussehen? Wir dürfen nicht von vornherein industrielle Landwirtschaft verleugnen oder verneinen, sondern müssen im Grunde den Mix schaffen, der Überlebensfähigkeit für die Zukunft sichert. Ich bin durchaus dafür, und ich nehme diesen Ball auch gerne auf, dass wir über die Grundsatzfragen diskutieren, um die es da geht.

Ich habe den Eindruck, wir müssen schon wieder einmal fragen: Wollen wir Nahrungsmittelproduktion auf unseren Böden?

(Abg. Teßmer SPD: Wen fragen Sie das?)

Wenn nein, dann stellt sich die Frage: Wie wollen wir denn unsere guten Böden ansonsten verwenden? Wie wollen wir insbesondere Landschaftsfreihaltung betreiben? Wie wollen wir die Kulturlandschaft erhalten?

Kurzum: Bei allem, was wir tun, muss es darum gehen, dass wir unsere bäuerlichen Familienbetriebe existenzfähig und das heißt wettbewerbsfähig und wirtschaftlich erhalten. Deswegen muss ich, wenn ich über den Marktpreis rede, gleichzeitig sagen, dass der Marktpreis eine Existenz nicht sichern kann, sondern dass wir unsere bäuerlichen Betriebe bezahlen müssen für ihre wichtigen Dienstleistungen an der Kulturlandschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber dazu muss ich mich bekennen. Es hat keinen Wert, diese bäuerlichen Betriebe immer wieder madig zu machen.

Jetzt sind wir natürlich an einem ganz entscheidenden Punkt. Da gibt es welche, die glauben, sie müssten jetzt das

Rad neu erfinden. Ich sage Ihnen: Wir sind in Baden-Württemberg da, wo andere erst hinkommen wollen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Ach was!)

– Ja, das muss man sagen, weil Sie aus politischem Kalkül diese Dinge immer wieder verleugnen, weil Sie nicht sagen: MEKA ist eine Errungenschaft, die andere Länder erst noch für sich gewinnen müssen.

(Abg. Teßmer SPD: Wir haben doch MEKA gar nicht kritisiert! – Abg. Walter GRÜNE: Das haben wir schon oft gesagt!)

Es sind mittlerweile 148 Millionen €, die in MEKA hineinfließen. Wenn 55 000 Landwirte diese Mittel für sich nutzbar machen und mittlerweile zwei Drittel unserer landwirtschaftlichen Fläche in Anspruch genommen wird, dann ist das eine Erfolgsstory, die da begonnen wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Aber das wollen wir doch gar nicht kritisieren!)

– Aber

(Abg. Teßmer SPD: Nichts aber!)

wenn ich die Äußerungen zur Modulation höre

(Abg. Teßmer SPD: Das hat mit MEKA nichts zu tun!)

und sehe, was da mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand neu begonnen wird, muss ich sagen: Da verkennt man, dass wir diese Dinge größtenteils in MEKA I und MEKA II bereits verwirklicht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Natürlich wissen wir alle miteinander, dass wir bei allen Ausgleichsleistungen, die die Landwirtschaft erfährt, immer an der Wettbewerbsfähigkeit arbeiten müssen. Ich bin sehr dankbar für die hohe Qualifikation unserer Betriebsleiter, die wirklich nicht verdient haben, dass man sie immer wieder mit Misstrauen und Bürokratie bestraft, sondern die verdient haben, dass sie entsprechend ihrer hoch qualifizierten Ausbildung behandelt werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das Zweite: Wir sind immer wieder daran, die Produktionsstrukturen zu verbessern und effiziente Vermarktung zu schaffen. Das ganz Entscheidende, das Wichtigste ist, dass wir nicht mit nationalen Alleingängen diese Bemühungen immer wieder konterkarieren und kaputtmachen.

Ich bin froh, dass wir Investitionsförderung leisten können. In welchen Ländern macht man das? In Baden-Württemberg zum Beispiel. Eine gute Botschaft an unsere Betriebe draußen: Seit Jahresbeginn sind die Fördergrenzen gesenkt worden. Damit wird die Förderung für die kleinen Betriebe leicht. Das heißt, noch mehr Betriebe werden in den Genuss baden-württembergischer einzelbetrieblicher Investitionsförderung gelangen können.

(Minister Stächele)

Der Kollege Traub hat es angesprochen: Die Plansicherheit, die wir für die nächsten Jahre mit dem Maßnahmen- und Entwicklungsplan, genehmigt von der EU, bieten können, bildet alles in allem eine stabile Grundlage in schwieriger Phase, aber doch ein Gelände, an das man sich halten kann. Es sind Rahmendaten, die von Baden-Württemberg aus geschaffen worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich wissen wir, dass uns all diese Erfolge nicht ruhen lassen dürfen. Sie wissen, die Zwischenbewertung der Agenda 2000 steht an, es geht in die Phase der EU-Osterweiterung, und schließlich geht es – manche betrachten das vielleicht nicht so kritisch; aber man muss es immer wieder nennen – um all die Fragen im Zusammenhang mit der Welthandelsrunde.

Meine Damen und Herren, wo immer ich bin, möchte ich unseren Bäuerinnen und Bauern das Misstrauen gegenüber der Osterweiterung nehmen,

(Abg. Teßmer SPD: Da sind wir uns ja einig; das ist ja schon einmal was!)

und ich bitte Sie, da mitzuhelfen. Es kommen 100 Millionen Verbraucher hinzu.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gut!)

Wir haben eine gute Chance, mit qualifizierten Lebensmitteln noch mehr als bisher in den Export eintreten zu können; er liegt jetzt schon bei 1,5 Milliarden €.

Ich bin durchaus dafür, dass wir uns über Ausgleichszahlungen unterhalten. Man kann natürlich die Frage stellen, ob man noch mehr Flächen berücksichtigt, und man kann auch die jetzigen Sätze neu überdenken; entscheidend ist aber: Wir müssen auch in den nächsten Jahren – die Kommission schlägt vor, etwa bis 2013 – die ganz unterschiedlichen Sozial- und Umweltstandards einkalkulieren. Deswegen müssen die Ausgleichszahlungen im Blick auf die Erweiterung und im Blick auf den Beitritt auf den Prüfstand kommen. Vorschläge der Kommission dafür liegen vor.

Ein Satz auch zu den WTO-Verhandlungen.

(Abg. Teßmer SPD: Da sitzen wir gar nicht am Tisch!)

Sie erscheinen uns manchmal weit weg; aber sie haben nachhaltige Auswirkungen auf das, was bei uns nicht nur produziert, sondern insbesondere auch verkauft werden kann. Wir haben dieser Tage von Apfelsaftsirup aus China gelesen; Transportkosten spielen da keine Rolle. Schnell ist das ein Schlag gegen unsere Streuobstbestände.

Sie haben gesagt: Ich soll einmal ein gutes Wort über die Bundesregierung verlieren. Ich muss sagen: Soweit die Bundesregierung in diesem Fall bei der Europäischen Kommission mitgewirkt hat, ist das, was Katar gebracht hat, für uns Europäer durchaus akzeptabel, allerdings vorbehaltlich dessen, was sich weiterhin entwickelt.

Wir müssen bedenken, dass bei all dem, was freier Handel und Wandel der Waren bedeutet – Deutschland ist mit 700 Milliarden € pro Jahr daran beteiligt –, Nahrungsmittelproduktion nicht gleich Nahrungsmittelproduktion ist, sondern dass es bei uns eine multifunktionale Landwirtschaft gibt, die nicht zu Marktpreisen produzieren kann und die, weil sie öffentliche Dienstleistungen übernimmt und deswegen nicht den Wettbewerbern zum Opfer fallen darf, Anspruch auf eine anständige Unterstützung bei der Erhaltung der Kulturlandschaft hat.

(Abg. Teßmer SPD: Nicht nur dort!)

Ich hoffe, dass die Kommission in ihrer Gesamtheit da hart bleibt.

Dies sind Fakten, die natürlich Unsicherheit verbreiten. Es muss uns alle mit großer Sorge erfüllen, dass viele mögliche Hofnachfolger einfach abspringen. Ich sage: Wir versündigen uns an unserer Zukunft, wenn junge Leute nicht mehr den Mut haben können, einen Hof zu übernehmen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das stimmt, ja!)

Es war, lieber Herr Teßmer und lieber Herr Walter, eine ganz ungute Geschichte, dass man in der Diskussion – das werden Sie nicht bestreiten können – einen Keil zwischen den ökologischen und den konventionellen Anbau getrieben hat. Das hat uns zurückgeworfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Das wars! – Abg. Teßmer SPD: Das stimmt doch nicht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da haben Sie kräftig mitgeholfen!)

Bei uns in Baden-Württemberg sind die Fördermaßnahmen unabhängig von der Produktionsrichtung. Die Landwirte können frei entscheiden, ob sie ökologisch oder konventionell wirtschaften.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir doch gar nicht abgestritten! Es ist ein Angebot!)

Letztlich fällt der Markt die Entscheidung, was sich schließlich durchsetzt.

Ich komme zu einem letzten Punkt. Ich glaube, Herr Walter, Sie haben gesagt, wir täten nichts für den ökologischen Landbau.

(Abg. Walter GRÜNE: Das habe ich nicht gesagt!)

Im Oktober haben wir im Kabinett eine Gesamtkonzeption beschlossen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Im Rahmen des MEKA-Programms erhalten die Ökolandbaubetriebe nun Förderungen in der Größenordnung von 28 Millionen €.

(Abg. Kübler CDU: Hört, hört!)

(Minister Stächele)

Zusätzlich kommen jetzt 2,3 Millionen € für die Beratung in professioneller Vermarktung von Ökoprodukten, für Vermarktungshilfen, für den weiteren Ausbau von Bildung und Beratung und für die Förderung der Verbände des ökologischen Landbaus hinzu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser  
CDU: Sehr gut!)

Ich weiß: Für den ökologischen Landbau ist es ungemein schwierig, einen Markt und genügend Abnehmer zu finden.

Ich habe mir das in Niederösterreich angeschaut. Die haben den Anbau konzentriert. Ich denke im Moment darüber nach, ob man dieses Prinzip der Ökoregion nicht irgendwo durchsetzen könnte. Aber es muss dann topographisch und von der Struktur her hineinpassen. Das Ergebnis in Niederösterreich war: Nur dann, wenn ich konzentriert irgendwo ein Anbaugelände dieser Art habe, bin ich in der Lage, mit diesen Waren und Produkten überhaupt eine Handelskette zu finden, die das auch abnimmt. Ohne Handel, ohne Markt und ohne Abnehmer ist der ökologische Landbau natürlich zum Scheitern verurteilt.

(Abg. Wieser CDU: Schall und Rauch!)

Verbraucherschutz ist ein Stichwort. Sie haben es angesprochen. Ich glaube, Herr Teßmer hat gesagt, man hätte da bloß ein Türschild geändert. Dem ist natürlich nicht so. Wenn ich sehe, was für ein Kuddelmuddel in Berlin im Moment in Sachen Organisation des Ministeriums besteht,

(Abg. Teßmer SPD: Na, na, na!)

dann muss ich sagen: Da sind wir dem, was dort überhaupt erst eingerichtet werden soll, schon wieder um Meilen voraus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wenn das Ministerium in Berlin nämlich besser organisiert wäre, hätte der Brief über die Vergiftung durch Salmonellen keine 14 Tage gebraucht, bis er zur Ministerin gekommen ist.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Wieser CDU:  
So ein Schlamperladen! – Gegenruf des Abg. Walter GRÜNE: Das sind doch die CDU-Mitglieder, die ihr noch eingestellt habt! – Widerspruch bei der CDU)

– Nein. Man muss erst einmal Ordnung in den eigenen Laden bringen, bevor man andere belehren will.

(Abg. Walter GRÜNE: Das sind die Pfeifen, die Sie eingestellt haben! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Aber das nehmen Sie zurück! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Unruhe)

Kurz und gut: Verbraucherschutz ist zwingend, weil Landwirtschaft und Verbraucher untrennbar miteinander verbunden sind. Es gilt, das Verbrauchervertrauen immer wieder neu zu gewinnen. Der Verbraucher ist durch eine unübersehbare Zahl von Auszeichnungen der Produkte verunsichert.

Jetzt komme ich zu einer Bitte, die ich ganz nachdrücklich noch einmal vorbringen möchte. Wir brauchen eine verlässliche Kennzeichnung. In Baden-Württemberg haben wir sie mit dem HQZ.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU: Jawohl! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Da lachen ja die Hühner! – Abg. Teßmer SPD: Sagen Sie den Verbrauchern etwas zum Obst! – Abg. Beßmer SPD: Der Schnellschuss des Jahres! – Unruhe)

Wir haben eine verlässliche Kennzeichnung, und ich sage Ihnen: Im Interesse der Landwirte und der regionalen Produkte lasse ich mir das HQZ von Ihnen nicht kaputtreden. Es ist unanständig, was Sie damit machen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Teßmer und Regina Schmidt-Kühner SPD – Unruhe)

Egal, welche Schlagzeilen entstehen,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

ob es um Antibiotika oder um Pflanzenschutzmittel geht:

(Zurufe der Abg. Birgit Kipfer und Teßmer SPD)

Die Kontrollsysteme bewähren sich. Diejenigen, die sich regelwidrig verhalten, kriegen auf die Finger und fliegen aus dem HQZ heraus. So muss es sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! So muss es sein! – Abg. Teßmer SPD: Aber durch Zufall, nicht durch Kontrollen!)

Ich bin ja froh, dass Sie diesen Antrag jetzt nicht mehr im Plenum eingebracht haben. Danach hätten wir die Werbemittel für das HQZ zugunsten des Ökosiegels streichen sollen.

(Abg. Teßmer SPD: Warum nicht?)

– Weil das zwei Paar Stiefel sind.

(Abg. Teßmer SPD: Nein, die ergänzen sich doch!)

Das eine ist leider ein recht nivelliertes Ökosiegel und europäischer Standard.

(Abg. Teßmer SPD: Wo?)

Es ist weniger als das, was wir in Baden-Württemberg schon haben.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch einfach eine Behauptung! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das andere ist der Verkauf und die Vermarktung der hergebrachten Produkte nach bester fachlicher, umweltgerechter Praxis. Davon sind 95 % der Betriebe in Baden-Württemberg betroffen. Deswegen wird auch zukünftig mit dem HQZ und den regionalen Produkten geworben und nicht das eine – damit sind wir wieder bei dem, was ich am Anfang gesagt habe – gegen das andere ausgespielt.

(Minister Stächele)

(Abg. Teßmer SPD: Aber es guckt doch keiner drauf, ob das HQZ drauf ist oder nicht, und es bringt auch nicht mehr Geld! Also machen Sie mal was Gescheites!)

Dann gibt es noch diesen Fehlglauben, dass das QS ein Ersatz wäre. Das QS, das zunächst einmal überhaupt nur für Fleisch da war,

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt gehen Sie aber gegen die CMA!)

bleibt hinter den Anforderungen des HQZ zurück. Auch das sollten Sie sagen, wenn Sie über das HQZ reden. Man kann das HQZ kritisch beurteilen, sollte aber ein bisschen ehrlich bleiben und es nicht mit aller Gewalt kaputtreden wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Ja, genau! – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Teßmer SPD: Das hat aber der Handel verlangt!)

Das HQZ wird gebraucht, weil wir Absatzmöglichkeiten für die heimischen Produkte brauchen, damit unsere Bauern weiter existieren können und dann auch unsere Landschaft erhalten können.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wer diese Kette nicht begreift, der hat das ganze Ding nicht begriffen. Deswegen will ich das nicht weiter ausführen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr schlüssig! – Abg. Kübler CDU: Der beste Minister! – Abg. Junginger SPD: Aber durch Spritzungen wird es nicht besser! – Abg. Walter GRÜNE: Es hat doch niemand das HQZ kritisiert! Wer hat denn das HQZ kritisiert? Es hat doch keiner etwas dagegen gesagt!)

Nun komme ich zur Verbraucheraufklärung. Ich bin sehr dankbar, dass der unselige Antrag, die vier Ernährungszentren abzuschaffen, zurückgenommen wurde.

(Abg. Teßmer SPD: Nein, einzugliedern!)

Gehen Sie doch einmal hinaus in die Ernährungszentren. Tun Sie den Leuten, die dort arbeiten, doch nicht ständig Unrecht.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

In großem Umfang, insbesondere auch in Schulen hinein, wird sehr wichtige Aufklärungspolitik betrieben, und zwar größtenteils und vornehmlich von Leuten, die etwas von der Sache verstehen. Mir ist es lieber, dass Praktiker und Praktikerinnen vor Ort diese Aufgabe betreiben. Deswegen brauchen wir vier Ernährungszentren. Wir brauchen unseren Brennpunkt und Blickpunkt Ernährung und Lebensmittel. Wir werden insgesamt auch mit der Ernährungserziehung für Kinder weitermachen. Entsprechende Mittel in der Größenordnung von 2 Millionen € sind bereitgestellt.

Ich gehe davon aus, dass wir weiter erfolgreich wirken können.

(Abg. Teßmer SPD: Das hätten die Landwirtschaftsämter selbst mitmachen können!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein Satz zu der Situation nach BSE.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt bin ich mal gespannt!)

„Nach BSE“ ist im Grunde schon falsch, weil es suggeriert, dass die damit zusammenhängenden Probleme überstanden sind. Das sind sie noch nicht. Aber die schlimmste Situation ist bewältigt. Wir haben jetzt eine Qualifizierungskette, die Vertrauen ermöglicht. Wir haben mittlerweile über 500 000 Tests gemacht.

(Abg. Teßmer SPD: Hoffentlich bei den richtigen Instituten!)

Wir machen Tests an allen über 24 Monate alten Rindern. Die Schlachtkörper bleiben bis zum Vorliegen des Testergebnisses beschlagnahmt. Aus aktuellem Anlass in bayerischen Testlabors sage ich:

(Abg. Teßmer SPD: Sind Sie sicher, dass die alle zertifiziert sind?)

Wir haben 15 Labors zugelassen, 12 davon werden tatsächlich gebraucht. Überall bestehen ordnungsgemäße Zulassungen.

(Abg. Teßmer SPD: Schön so!)

In Bayern war ja das Problem, dass ein zugelassenes Labor einen Subunternehmer beauftragt hat, der keine Zulassung hatte.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das schließen Sie hier aus?)

Wir haben im September/Oktober Überprüfungen durchgeführt; wir sind laufend dabei. Ich sage: Unsere Labors sind zugelassen.

(Abg. Teßmer SPD: Das hoffe ich! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das haben die Bayern auch gesagt!)

Es ist insbesondere dann, wenn irgendwo Subunternehmer ans Werk gehen sollten, Aufgabe der Aufsichtsbehörden, sofort nach Kenntnisnahme die ganze Geschichte zu überprüfen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass nicht ungenehmigte Labors tätig werden.

(Abg. Teßmer SPD: Hoffentlich gucken die richtig! Beim Obst haben sie nicht richtig geguckt!)

Wir haben übrigens große Probleme damit. Denn das EU-Recht lässt selbst dann, wenn von diesen 39 000 Tests am Schluss materiell nur 46 übrig bleiben – was ich durchaus glaube, was ja gemeinsam von Bayern und dem Bund überprüft wird –, die Verwertung nicht zu, weil man dort von einer formellen Zulassung ausgeht. Das heißt, ich darf das Fleisch nicht in den Verkehr bringen, wenn es nicht auch von der formellen Seite her zugelassen ist.

(Minister Stächele)

(Abg. Fleischer CDU: Völlig überzogen! Der pure Wahnsinn!)

Insofern sind wir im Moment mit aller Kraft bei der Überprüfung und hoffen, dass wir diese Aufgabe auch bewältigen können.

Ich habe schon gesagt, Herr Walter, ich verstehe wirklich nicht, dass Sie unsere Bemühungen in Sachen Naturschutz nicht honorieren. Es ist nicht nur eine Geldfrage – Mittel-erhöhung von 40 auf 50 Millionen € –, sondern Sie wissen doch genauso wie ich: Erstens machen wir mit dem PLENUM weiter.

(Abg. Teßmer SPD: Mit gebremstem Schaum!)

– Wir haben mehr Geld dafür veranschlagt. Mit Ihrem Antrag, weitere zwei PLENUM-Gebiete auszuweisen,

(Abg. Teßmer SPD: Von 20!)

rennen Sie bei uns offene Türen ein.

(Abg. Walter GRÜNE: Also macht es! – Gegenruf des Abg. Kübler CDU: Machen wir auch!)

Zweitens aber sollten Sie einmal auf den finanziellen Kraftakt hinweisen, der im Blick auf Natura 2000 vor uns steht. 8,6 % der Landesfläche sind gemeldet. Die Pflege- und Entwicklungspläne werden erstellt, und zu guter Letzt braucht es gutes Geld. Wir fangen mit 1,5 Millionen € an und enden im Jahr 2002 mit 2 Millionen €. Ich kann Ihnen sagen: Sowohl beim MEKA als auch beim Landschaftsschutzprogramm als auch mit weiteren Mitteln werden wir alles daransetzen, dass diese europaweite Pflichtaufgabe von Brüssel auch in Baden-Württemberg erledigt wird.

In diesem Sinne: Seien wir froh, dass wir diesen Haushalt so erstellen konnten. Ein Dankeschön an die Finanzpolitiker, ein Dankeschön auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mitwirken, insgesamt ein Dankeschön an die, die Verständnis dafür haben, dass der ländliche Raum seine Entwicklung, seine gute und berechtigte Chance für die Zukunft braucht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr schöne Rede!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Minister, ich bin froh, dass wir immerhin gemeinsam festgestellt haben, dass wir die Unsicherheit im Agrarbereich nicht weiter pflegen dürfen und dass wir uns gegenseitig den guten Willen nicht absprechen. Das ist ein guter Ansatz.

Ich habe von Ihnen leider wieder nichts zu dem gesamten Bereich der nachwachsenden Rohstoffe gehört. Ich habe mir deswegen noch etwas Redezeit aufgehoben. Warum wollen Sie nicht den Anbau von Energiegetreide in Baden-Württemberg fördern – Sie können ja nachher unserem An-

trag zustimmen –, damit wir Biodiesel nicht aus anderen Ländern kaufen müssen und wir wenigstens das Gefühl haben, wir forschen danach und fördern entsprechende Initiativen?

Zu den Pflichtaufgaben im Naturschutzbereich haben Sie leider auch nichts gesagt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

Herr Abg. Teßmer, bitte schön, fahren Sie fort.

**Abg. Teßmer SPD:** Wir werden nachher einen Antrag dazu stellen, denn es sind halt beschlossene Leitlinien, und das, was die Bezirksstellen geleistet haben, können sie mit dem, was ihnen noch verbleibt, nicht tun. Naturschutz gehört nun einmal auch zu Ihrem Kompetenzbereich, Herr Minister.

Ich bitte Sie einfach: Überlegen Sie sich, ob Sie dem Anliegen nicht zustimmen können, die Bezirksstellen wieder zu stärken oder so zu belassen, wie sie waren,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

damit Naturschutz in Baden-Württemberg nicht nur im Parlament, sondern auch in der Natur stattfindet.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig!)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g**.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/658. Die Änderungsanträge rufe ich jeweils bei den entsprechenden Kapiteln auf. Falls ein Änderungsantrag mehrere Kapitel betrifft, lasse ich über den Antrag beim ersten aufgerufenen Kapitel, das er berührt, insgesamt abstimmen.

Ich rufe auf

Kapitel 0801

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0801 wurde mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 13/688-1 bis 13/688-4.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Werbung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem HQZ –, Drucksache 13/688-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Umstellung der Kantinen des Landes auf Produkte aus ökologischem Anbau; Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für Produkte des ökologischen Landbaus –, Drucksache 13/688-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde bei einer erheblichen Zahl von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Tierzucht –, Drucksache 13/688-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Programm zur Förderung nachwachsender Rohstoffe und dezentraler Stromgewinnung –, Drucksache 13/688-4, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0803 – Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0805

Flurneuordnung und Landentwicklung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel wurde mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0807

Staatliche Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0809

Landwirtschaftliche Bezirksverwaltung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel wurde mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0810

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume mit Landesstelle für landwirtschaftliche Markttkunde

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel wurde mehrheitlich angenommen.

Ich möchte nun die

Kapitel 0811 bis 0822

aufzurufen. – Sie sind damit einverstanden, dass wir darüber insgesamt abstimmen.

Wer den Kapiteln 0811 bis 0822 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Kapitel wurden einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0826

Veterinärwesen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel wurde einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 13/688-5 und 13/688-6.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Personelle Stärkung der Naturschutzverwaltung –, Drucksache 13/688-5, abstimmen.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Aufstockung der Mittel zur Umsetzung der PLENUM-Konzeption –, Drucksache 13/688-6, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0829 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, dass die

Kapitel 0831 bis 0835

bei der Abstimmung zusammengefasst werden. – Sie sind damit einverstanden.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Kapitel wurden einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 08 und haben Tagesordnungspunkt 1 b erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:56 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe die Punkte 1 c bis 1 f der Tagesordnung auf.

**Punkt 1 c:**

**Einzelplan 06: Finanzministerium**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/656**

**Berichterstatter: Abg. Schmid**

**Punkt 1 d:**

**Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/662**

**Berichterstatter: Abg. Winckler**

**Berichterstatter für den Bereich Staatlicher Hochbau: Abg. Kurz**

**Punkt 1 e:**

**Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – Drucksache 13/550**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/663**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Scheffold**

**Punkt 1 f:**

**Mittelfristiger Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2001 bis 2005 – Drucksache 13/624**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/665**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Scheffold**

Das Präsidium hat eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitzuschlag.

Der Berichterstatter Abg. Schmid wünscht das Wort nicht.

Abg. Winckler wünscht das Wort auch nicht.

Abg. Dr. Scheffold auch nicht. Sie alle haben mit den Füßen abgestimmt.

Wem darf ich das Wort erteilen?

(Abg. Hauk CDU: Kollegen Reichardt!)

– Herr Abg. Reichardt, Sie erhalten das Wort.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

**Abg. Reichardt** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Präsident hat eingeleitet in eine Sitzung, die sozusagen schon den Kehraus der Zweiten Beratung, den dritten Tag der Haushaltsdebatte, definiert.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Abwarten!)

Aber ich freue mich, dass die aus Friedberg in Hessen stammenden Kollegen schon wieder mundtüchtig sind. Meine Frau ist in Wiesbaden geboren; also, lieber Herr Kollege Bebber, trauen Sie sich heute nicht zu viel. Trotz angegriffener Stimme bin ich immer noch relativ replikfähig.

Ich bleibe dennoch mit ganzem Herzen Baden-Württemberger, weil ich die Zahlen der Nettokreditaufnahme zwischen verschiedenen Flächenstaaten verglichen habe. Ich komme bei der Nettokreditaufnahme für das Jahr 2002 auf 89 € pro Einwohner in Baden-Württemberg gegenüber 181 € pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen und 245 € pro Einwohner in Niedersachsen. Das ist eine Bilanz, die uns sozusagen den Rahmen der Betrachtung vorgibt; denn wir leben ja hier nicht auf einer Insel, sondern wir müssen zunächst einmal sehen: Wie ist die finanzpolitische Entwicklung bei uns, und wie ist sie in anderen Bundesländern? Ich meine, sie ist bei uns immer noch für Verbesserungen offen, aber gegenüber den anderen Bundesländern günstig.

(Reichardt)

Das lässt sich mit weiteren Zahlen belegen: Die Kreditfinanzierungsquote des Haushalts liegt bei uns in Baden-Württemberg bei 3 %, in Nordrhein-Westfalen bei 6,7 % und in Niedersachsen bei 8,8 %.

Die Landesverbindlichkeiten pro Einwohner liegen bei uns derzeit bei 2 811 €, in Nordrhein-Westfalen bei 4 260 € und in Niedersachsen bei 4 307 €.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Vergleichsmaßstab, den nicht das Finanzministerium Baden-Württemberg vorgibt, sondern die Quelle ist das Finanzministerium Nordrhein-Westfalen.

Wir schneiden demnach im Haushaltsvergleich zwischen den Bundesländern und insbesondere den Flächenländern überaus günstig ab, und wir alle müssen uns, wie ich meine, zu Beginn einer Schlussbetrachtung – wir kommen ja langsam in den Schlussteil der Debatte – diesen Maßstab noch einmal vergegenwärtigen, damit man nicht aus der Theorie heraus diskutiert, sondern von praktischen Zahlen her.

Sie mögen mir allerdings vorhalten, das sei ein gewohntes CDU-Argument; ich halte es mit Benjamin Franklin, der wusste, dass die Gläubiger ein besseres Gedächtnis haben als die Schuldner. Die Gläubiger dürfen doch wenigstens offen darüber sprechen, was sie den Schuldnern zur Verfügung stellen.

2,3 Milliarden € Länderfinanzausgleich im laufenden Jahr – jemand hat gesagt, das sei ein Marterinstrument. Das ist zumindest kein Instrument, das uns in Baden-Württemberg weiterhilft. Der Länderfinanzausgleich und seine Entwicklung erinnern mich immer an die klassische Sage von Sisyphos, der den Stein nach oben rollt, und jeden Abend kommt der Stein wieder herunter.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das müssen Sie Ihrem Ministerpräsidenten sagen!)

– Sie wissen, er hat Veränderungen durchgesetzt, und mir ist bekannt, Frau Kollegin Dederer, dass er das unterschrieben hat, aber wir müssen auch in den nächsten Jahren an weiteren Verbesserungen arbeiten.

(Abg. Schmiedel SPD: Er wollte das so haben!)

– Er wollte es, lieber Herr Kollege Schmiedel, natürlich nicht so. Denn Sie kennen ja die Ausgangslage, wegen der der Klageweg beschritten werden sollte, und ich will ganz deutlich sagen: Sozialdemokratisch regierte Länder haben verhindert, dass wir in Baden-Württemberg weitere Verbesserungen erreichen konnten.

(Beifall bei der CDU)

Wir liefern 2002 mit 2,3 Milliarden € rund drei Viertel der Summe ab, die wir im Landeshaushalt Gott sei Dank noch immer investieren können. Wir halten in Baden-Württemberg dennoch Kurs: heraus aus der Verschuldung.

Ich will Ihnen deutlich sagen: Ich habe die Beratungen im Finanzausschuss komplett – abgesehen von 20 Minuten und einigen Pausen – mitverfolgt. Mir ist kein einziger Antrag der SPD und der Grünen bekannt, der auf Einsparungen gezielt hätte.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Straßenbau!)

Mir ist ein Antrag bekannt, den ich einmal als einen Beitrag der besonders wenig qualifizierten Kategorie bezeichnen möchte. Es ist der Antrag, in dem Sie für die Regionalmessen 106,8 Millionen DM gefordert haben

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Euro!)

– Euro –, in einer Situation, in der Standorte überhaupt noch kein Interesse angemeldet hatten.

(Abg. Fischer SPD: Das stimmt doch gar nicht! Soll ich Ihnen den Antrag holen?)

Ich sage Ihnen gleich, Mannheim ist interessiert. Es fehlt ein kompaktes Konzept dessen, was Sie als SPD im Detail machen wollen. Beispielsweise ist in Ihrem Antrag Villingen-Schwenningen angesprochen, obwohl von dort noch nichts Beratungsfähiges vorliegt. Aber der eigentliche Punkt ist Folgender, Herr Kollege Fischer: Sie bieten Deckung ab 2007 an. Ich sage Ihnen deutlich: Ich habe es noch nie erlebt, dass jemand zum Haushalt 2002/03 einen Antrag stellt und die Deckung für die Ausgaben ab 2007 anbietet. Lesen Sie bitte Ihren eigenen Antrag nach – ab 2007.

(Abg. Schmid SPD: Lesen Sie ihn nach!)

– Ich habe ihn gründlich gelesen. Er ist im Grunde genommen nicht beratungs- und haushaltsfähig. In den Ausschussberatungen hatte ich dies auch angemerkt, und Sie haben mir bei dieser Feststellung nicht widersprochen.

(Zurufe der Abg. Fischer, Schmid und Schmiedel SPD sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Lieber Herr Kollege Palmer, die Straßenbaudebatte – um gleich das zweite Thema aufzugreifen – haben Sie heute Morgen mit dem etwas verunglückten Bankräubervergleich geführt. Ich will Ihnen deutlich sagen: Das war nach meinem Dafürhalten etwas verstiegen. Aber es gab in dieser Debatte nur wenige Entgleisungen, und einer musste ja eine Entgleisung setzen. Insofern haben Sie nach dem statistischen Mittel sogar über das hinausgegriffen, was der Fraktionsstärke entsprechen würde.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Das war kein Sparantrag! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Lieber Herr Palmer, ich sage Ihnen sehr klar: Sie haben ja gesagt, Sie wollten bei den tatsächlichen Investitionen nicht einsparen. Sie sind mit dem Finanzierungsweg nicht einverstanden. Wir haben ausführlich über diese Frage debattiert. Der Finanzierungsweg ist korrekt und wird von der Regierungsmehrheit befürwortet und getragen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, neben den polemischen Hinweisen, die man aus den Debatten kennt, kommt man nicht umhin, einfach noch ein paar Fakten zu erwähnen, über die es hier im Haus Konsens gibt.

Ich stelle fest, dass die Landesregierung, die sie tragenden Fraktionen und auch der Finanzausschuss, der hier im Land

(Reichardt)

auch Haushaltsausschuss ist, insgesamt sehr gut gearbeitet haben, dass in einem guten Klima beraten wurde und dass namentlich der Minister mit seinen Beamtinnen und Beamten eine sehr kollegiale und in den meisten Punkten inhaltlich überzeugende Beratung mit uns realisiert hat.

Eines ist klar: Wenn wir gestern von einem blauen Brief gelesen haben, dann hat das nichts mit einem Grundschulzeugnis zu tun, sondern damit, dass der Bundesminister der Finanzen hiermit eine Vorwarnung bekam, auch mit dem Hinweis auf die Situation in den Ländern. Wenn ich dann aber die Länder einmal differenziert anschau, kann ich sagen, dass Baden-Württemberg im Sinne des Bundesministers der Finanzen stabilisiert hat, während andere Bundesländer, deren Regierungen ihm parteipolitisch näher stehen, finanzpolitisch destabilisiert und entscheidend zu diesem blauen Brief beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Aber der hat doch einen blauen Brief nach Stuttgart geschickt?)

Wenn nämlich der Bundesminister der Finanzen einmal differenziert auswerfen würde, was – wie ich vorhin mit den Zahlen angedeutet habe – die einzelnen Länder bezogen auf sein Problem leisten oder nicht leisten, käme er zu dem Ergebnis – ich würde mir wünschen, er würde es einmal öffentlich ansprechen und bekunden –, dass die Länder Baden-Württemberg und Bayern gemeinsam mit Hamburg auf dem Stabilitätskurs seine treuesten Verbündeten sind. Ich meine, Herr Eichel sollte diese Situation einmal ansprechen.

Eine weitere Frage, die sich daraus entwickelt: Wenn der Bundesminister der Finanzen weiterkommen will, muss er meines Erachtens einen Weg der systematischen Entschuldung in allen Bundesländern koordinieren, damit sie dies vergleichbar mit Baden-Württemberg und Bayern tun und sich dieses Themas annehmen und daran arbeiten. Ich nenne noch einmal die eingangs erwähnte Zahl: Es kann nicht sein, dass man die Situation bei uns immer weiter verbessern will, aber in anderen Bundesländern eine extrem hohe Pro-Kopf-Verschuldung hinnimmt; in Niedersachsen sind es zum Beispiel 245 € Neuverschuldung pro Kopf in diesem Jahr, in Baden-Württemberg nur 89 €.

Schließlich stehen wir hier in einer gemeinsamen Verantwortung, und der Weg von 2,7 zu 3 % ist nicht weit.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir alle auch würdigen und sehen sollten, wenn wir Konsolidierung im Landeshaushalt fahren, auf welcher Basis der Steuerschätzung und mit welchen Spielräumen wir dies machen müssen. Wir müssen objektiv feststellen, dass die Spielräume enger geworden sind. Nach der Steuerschätzung vom Mai 1997 konnten der Bund, die Länder und die Kommunen für 2002 mit Steuereinnahmen in Höhe von 974,7 Milliarden DM rechnen. Im November 2001 belief sich die Schätzung nur noch auf 904,6 Milliarden DM. Sie sehen, der Plafond ist niedriger geworden, weil eben aus den großen Versprechungen des Jahres 1998 nichts geworden ist. Die Halbierung der Zahl der Arbeitslosen hat nicht stattgefunden. Der Genosse der Bosse hat lediglich bewirkt, dass heute die ganz, ganz großen Unternehmen keine Körper-

schaftsteuer mehr bezahlen, während die gesamte Last – in Baden-Württemberg sind es mittlerweile 60 % der relevanten Einnahmen – bei den Lohn- und Einkommensteuerzahlern und bei den Mittelständlern liegt, die sozusagen das letzte Drittel noch auffüllen. Wir haben eine Situation, in der die Dinge verschoben haben, und zwar zulasten der kleinen Leute, zulasten der kleinen Unternehmen und zugunsten der großen Strukturen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Quatsch! – Zurufe von der SPD: Steuerreform, Kindergelderhöhung!)

Ich darf Sie auch darauf hinweisen: Wenn ich sehe, wie der Bund Beschaffungen tätigt, zum Beispiel im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesministeriums des Innern, stelle ich auch fest, dass durch Konzentration der Beschaffungen die Dinge zulasten des Mittelstands und zugunsten der Großindustrie laufen. Wir können das gerne einmal gemeinsam in einem Seminar diskutieren.

(Zurufe von der SPD: Oh! Da brauchen wir kein Seminar!)

Meine Damen und Herren, es ehrt meine Partei, dass wir seit 1998 keinen einzigen Vorwurf vernommen haben, wir würden den Bundeskanzler und den Bundesminister der Finanzen blockieren. Ich habe diesen Vorwurf, der bis 1998 in aller Munde war, noch nie zulasten der Union gehört.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

Aber ich frage: Was sollten wir auch blockieren? Es gibt ja kaum Vorschläge, über die man beraten kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Steuerreform! – Abg. Schmiedel SPD: Was ist mit der Zuwanderung?)

Ich will auf die aktuelle Diskussion zum Vergleich zwischen dem ersten Quartal 2002 und dem ersten Quartal 2001 eingehen. Einige Zeitungen haben zu Recht sehr kritisch angemerkt, Baden-Württemberg müsse im Hinblick auf seine Erwartungen sehr aufmerksam sein. Die Maßstäblichkeit sagt aber auch, dass das erste Quartal 2001 exzellent war, sodass für das erste Quartal 2002 der statistische Maßstab besonders schwierig ist.

Nachdem Sie gestern eine Art Investitionsprogramm gefordert haben, meine Damen und Herren von der SPD – ich habe es heute der Presse entnommen –, frage ich mich, aus welchen Anträgen, die Sie hier im Hause gestellt haben, sich ein solches Investitionsprogramm denn speisen sollte. Sie haben keine Anträge gestellt, die in ein solches Programm zusammenzuführen wären. Deshalb ist auch Ihre Forderung, ein solches Programm aufzulegen, nicht begründet. Lieber Herr Kollege Schmiedel, Sie können nicht hier ständig in den Plenardebatten sagen: „Ihr gebt zu viel Geld aus“ und dann Anträge einbringen, deren Annahme immer mehr Geld kosten würde, ohne einen einzigen Einsparungsvorschlag zu machen, und dann, wenn eine Statistik kommt, die Ihnen günstig erscheint, sagen: Wir fordern ein großes Investitionsprogramm. Ich glaube, das ist eine

(Reichardt)

Forderung, die auch in der Öffentlichkeit nicht aufgenommen wird und die auch nicht glaubwürdig ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Man merkt, dass er in der Bundesliga gespielt hat!)

Ihr Antrag für das Jahr 2007 in Bezug auf diesen einen substanziellen Anteil, den Sie fordern, nämlich mit den Mitteln für die Regionalmessen gegenzufinanzieren, zeigt – darauf wollte ich noch einmal eingehen –, dass Sie im Grunde überhaupt nicht mit einer Regierungsübernahme im Jahr 2006 rechnen; sonst könnten Sie sich ja nicht jetzt im Jahr 2002 schon eine solche Last für das Jahr 2007 finanzmathematisch aufbürden, weil Sie diese dann schultern müssten. Ich glaube aber, dass dieser Kelch an Ihnen vorübergehen wird.

Meine Damen und Herren, ich will mit einigen Sachpunkten direkt in Auswirkungen des Handelns des Bundesministeriums der Finanzen hineingehen. Ich glaube, dass wir in Baden-Württemberg Beamtinnen und Beamte haben, die wirklich eine ausgezeichnete Arbeit leisten. Herr Finanzminister, ich habe mir unsere Bearbeitungszahlen im Land noch einmal angeschaut.

Allein rund 6 Millionen Anträge müssen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses und des nachgeordneten Bereichs pro Jahr bearbeitet werden. Davon sind etwa 600 000 Anträge allein wegen des unsinnigen 630-DM-Gesetzes, das uns der Bund vorgegeben hat, gestellt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben für die Steuerverwaltung motivierende Verbesserungen erreicht. In der Fraktion betrieben das namentlich die Kollegen Herrmann, Dr. Scheffold und Fraktionsvorsitzender Oettinger. Wir haben von 2003 bis 2006 387 Stellenhebungen im mittleren Dienst – gegen Ihre Prognose, dass dies nicht möglich sei –; wir haben, beginnend in diesem Jahr, bis 2005 452 Stellenhebungen – eine analoge günstige Entwicklung – im gehobenen Dienst und eine analoge günstige Entwicklung bei der Justizverwaltung. Wir haben auch erreicht, dass wir beim Einzelplan des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport 1 700 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg anstellen werden.

Meine Damen und Herren, Solidität, finanzpolitische Seriosität ist die eine Seite. Wir haben sie gehalten, und trotzdem: Dort, wo Akzente zu setzen sind, ist dies gelungen – ein Kraftakt. Sie könnten dieses mit Stolz mit uns gemeinsam gutheißen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Ich bin seit 17 Jahren nicht befördert worden!)

– Lieber Herr Kollege Wieser, ich meine, wir sollten das im Einzelgespräch machen. Es wird sich sicherlich Hilfe ergeben, weil wir so viele gute Beschlüsse haben, sodass dies freitagnachmittags lösbar ist.

Ich will einen Punkt ansprechen, den wir in den kommenden Jahren gemeinschaftlich bearbeiten sollten und der mir etwas Gedanken macht. Ich bin im Finanzausschuss ein

Neuling, und ich rege an, über diesen Punkt über Parteigrenzen hinweg nachzudenken. Es geht um die Mischfinanzierung als dem allgemeinen Thema bis hin zu vielen Einzelleistungen an andere, die Baden-Württemberg zusätzliche Kosten bringen.

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele, die mir aufgefallen sind und bei denen ich mich frage, warum wir das auf Dauer mittragen. Es gibt die Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin. Dazu wird 2005 die Lasten- und Kostenverteilung neu geregelt. Wir sollten analog zu Bayern die Finanzierung entsprechend reduzieren, weil Rot-Rot in Berlin so leistungsstark ist, dass es den preußischen Kulturbesitz viel besser erhalten kann, als wenn es unser süddeutsches CDU-kontaminiertes Geld vereinnahmen und verplempern müsste.

(Beifall bei der CDU)

Als zweites Beispiel nenne ich das Bergbaumuseum Bochum in Nordrhein-Westfalen. Wenn man in Nordrhein-Westfalen im laufenden Jahr die Neuverschuldung um 190 € pro Kopf hochfährt, könnte man auch auf 195 € gehen, um das Bergbaumuseum in Bochum alleine zu finanzieren. Ich glaube, niemand aus diesem hohen Hause, einschließlich Familie, Bekannte, Wählerinnen, Wähler, Nichtwählerinnen, Nichtwähler und Schulklassen, war jemals im Bergbaumuseum Bochum. Wir sollten überlegen, wie man in solche Themen so einsteigt, dass Baden-Württemberg sein Geld behalten kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das Ziel Nullnettoneuverschuldung bleibt richtig, und es bleibt in Baden-Württemberg klar im Visier. Davon bringt uns auch der Bundeskanzler nicht ab, der sich in der gestern erschienenen „Wirtschaftswoche“ zu seiner Bundeskompetenz geäußert – bitte merken Sie auf – und eine tiefe, tiefe Erkenntnis aus den Daten und Fakten geschöpft hat. Gerhard Schröder hat in einer für ihn dürren Belletristik erklärt: „Die Lage scheint mir nicht rosig.“ Ich glaube, dass wir in dieser Frage den Bundeskanzler einmal ernst nehmen sollten. Er hat zutreffend formuliert. Andererseits wird er uns nicht in eine Schuldenfraktion hineinreden können. Wir machen in Baden-Württemberg unsere Solidaritätspolitik weiter.

(Abg. Bebbler SPD: Schlusslicht!)

Der Nobelpreisträger Paul – –

(Abg. Bebbler SPD: Schlusslicht im Wirtschaftswachstum!)

– Lieber Herr Bebbler, ich habe doch vorhin gerade zu Ihrem heftigen Widerwillen erklärt, warum die Momentaufnahme für Friedberg in Hessen vielleicht zutreffend ist, für Baden-Württemberg aber nicht gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man muss rechnen, und dann sehen wir uns in zwei, drei Quartalen wieder. Wir werden dann sehen, dass wir eine starke Bilanz haben.

(Abg. Bebbler SPD: Zweierlei Maßstab!)

(Reichardt)

Herr Bebber wird dann sagen: Baden-Württemberg ist Spitze, und ich lebe gerne in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Nobelpreisträger – bitte lauschen Sie – sind Sie nicht. Aber Paul von Heyse, der Literaturnobelpreisträger, formulierte uns vor rund hundert Jahren eine Warnung:

Wer einmal der Schuld verfiel,

– lieber Herr Schmid –

den lässt sie nimmer aus den Krallen.

Deshalb habe ich die Bitte, dass Sie an der weiteren Konsolidierung unseres Haushalts mitarbeiten – zusammen mit unserem Finanzminister, mit unserer Landesregierung –: mit guten Ratschlägen und als Opposition möglicherweise, wenn es denn geht, auch mit unterstützenden Taten. Halten Sie es mit einem Sprichwort, lieber Herr Schmid, lieber Herr Bebber: „Ein Löffel voll Tat ist besser als ein Scheffel voll Rat.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Sie versprechen schon Geld, das Sie noch gar nicht haben! – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte vom Kollegen Reichardt gern etwas zur Landespolitik gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stattdessen hat er sich mit Mannheim oder mit dem Bund auseinander gesetzt. Mich interessiert das Bochumer Bergbaumuseum überhaupt nicht, ehrlich gesagt.

(Abg. Reichardt CDU: Aber wenn Sie dafür bezahlen müssen!)

Mich interessiert der Landeshaushalt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Eben! Das ist ja im Landeshaushalt drin! Das ist ja das Problem!)

Ein Weiteres: Offensichtlich haben Sie als Anfänger es nicht geschafft, unsere Änderungsanträge zu lesen. Wir haben gesagt: Wir wollen die Verpflichtungsermächtigung im Bereich der Messen zugunsten der Regionalmessen umschichten. Das ist ein völlig normaler Vorgang und hat mit Einsparung für den Doppelhaushalt wohlgerne nichts zu tun. Das hat aber etwas damit zu tun, den Regionalmessen eine Perspektive zu geben, die Sie ihnen trotz vollmundiger Presseäußerungen vor Ort, Herr Reichardt, verweigern.

(Beifall bei der SPD)

Ich wende mich nunmehr der Sache zu. Vor uns liegen die Einzelpläne 06 und 12. Sie befassen sich mit der Finanzpolitik im engeren Sinne. Dabei ist der Einzelplan 06 besonders wichtig, weil er vor allem die Steuerverwaltung beinhaltet. Die Steuerverwaltung ist ohne Zweifel eine Kern-

verwaltung des Landes. Sie holt uns die Einnahmen herein, die wir brauchen, um als Land handeln zu können. Sie bringt uns sogar so viele Steuereinnahmen ein, dass sie mehr als sich selbst finanziert. Wir können die Steuereinnahmen zum Glück auch für andere Landesprogramme verwenden. Deshalb muss die Stärkung der Steuerverwaltung eine Herzenssache des gesamten Hauses sein.

Leider ist die Situation im Bereich der Steuerverwaltung nach wie vor unbefriedigend.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir haben eine Beförderungswartezeit zwischen 5 ½ und 14 Jahren im mittleren und im gehobenen Dienst. Wir haben einen Investitionsstau von etwa 50 Millionen € bei der Ausstattung der Finanzämter mit moderner Technik.

(Abg. Drexler SPD: Katastrophe! Verheerend!)

All dies trägt nicht gerade zur Motivation der Steuerbeamtinnen und -beamten bei. Herr Finanzminister, Sie als oberster Dienstherr sind da besonders in der Pflicht.

(Abg. Drexler SPD: Was macht er denn?)

Ich sage Ihnen eines: Wir erkennen an, dass es Verbesserungen gibt. Es war aber nicht zuletzt der Druck von uns und der Beschäftigten selbst, der dazu geführt hat, dass endlich etwas getan wurde.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Wir werden weiterhin 200 neue Stellen beantragen, weil für uns klar ist, dass im nächsten Doppelhaushalt allein im Geschäftsbereich des Finanzministeriums ein Abbau von 255 Stellen vorgesehen ist, der zum größten Teil natürlich wieder in der Finanzverwaltung selbst stattfinden wird.

(Abg. Wieser CDU: Mein Finanzamt könnte man meinetwegen schließen!)

Wenn unserem Änderungsantrag zugestimmt wird, kompensieren wir nicht einmal den erwarteten Stellenabbau in diesem Bereich, und dies, obwohl die Steuerbeamtinnen und -beamten diejenigen Beschäftigten des Landes sind, die sich mehr als selbst finanzieren. Wir brauchen da mehr Bewegung. Wir brauchen bei den Steuerbeamtinnen und -beamten wieder Vertrauen in den obersten Dienstherrn statt Hilferufe der Vorsteher wie zuletzt von den Finanzamtsvorstehern im Bezirk der Oberfinanzdirektion Stuttgart. Wir erkennen an, dass etwas getan worden ist. Uns ist das aber zu wenig. Deshalb halten wir unseren Antrag, der 200 neue Stellen für die Steuerverwaltung fordert, aufrecht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, sind die Finanzspielräume des Landes eng. Die SPD-Fraktion hält eisern am Ziel der Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2006 fest.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Jetzt rechnen Sie mal all das zusammen, was Sie bei der Haushaltsdebatte gefordert haben, und dann sagen Sie noch, Sie wollen das Ziel null erreichen! Das gibt es doch wohl nicht!)

(Schmid)

Die mittelfristige Finanzplanung des Landes dagegen lässt den Weg dorthin nicht erkennen. Sie ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht. Im Gegensatz zur mittelfristigen Finanzplanung des Bundes geben Sie nur einen Verschuldungskorridor für die Jahre 2004 und 2005 vor. Das heißt, Sie haben nicht mehr den Ehrgeiz, Zieldaten vorzugeben.

Ich weise noch auf eines hin, Herr Finanzminister. Wer von einer Neuverschuldung von im ungünstigsten Fall 600 Millionen € im Jahr 2005 ausgerechnet im Wahljahr 2006 auf die Null kommen will, muss schon fast übermenschliche Kräfte haben, um dem Reiz von schnellen, kreditfinanzierten Wohltaten im Wahljahr zu widerstehen.

(Zurufe)

Sie als Regierung im Land Baden-Württemberg sollten vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass die mittelfristige Finanzplanung ab 2004 durch die Steuerreform – steigende Steuereinnahmen – einen positiven Effekt vorsieht, und sich das zunutze machen, um das Ziel der Nullneuverschuldung konsequent anzusteuern.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir greifen auf Ihre Vorschläge zurück! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Schauen Sie einmal 2002 und 2003 an!)

Wenn ich mir anschau, welche unsachlichen und unsoliden Steuervorschläge nach wie vor aus den Reihen der Union kommen – sie würden allein für das Land Baden-Württemberg Steuerausfälle bis zu 1 Milliarde € pro Jahr bedeuten –, würde ich mir wünschen, dass der Herr Finanzminister hierzu ein klärendes Wort sagt, wie er das leider viel zu leise in Regionalzeitungen immer wieder getan hat, wo er gesagt hat, dass dies mit dem Land Baden-Württemberg nicht zu machen sei.

Herr Finanzminister, wenn es schon bei den Finanzpolitikern der Regierungsfractionen leider nicht klar ist, sollte aber zwischen uns Finanzleuten – im Gegensatz zu dem, was wir gestern in der Debatte mit Herrn Döring und vorgestern mit Herrn Teufel gehört haben – klar sein, dass wir in Baden-Württemberg jetzt auf eine kritische Lage zusteuern.

Baden-Württemberg hat beim Wirtschaftswachstum im Vergleich der Bundesländer die rote Laterne in der Hand, und uns Finanzpolitikern steht es gut an, auf das Risikopotenzial hinzuweisen. Ich sage Ihnen: Wir können es natürlich im Laufe des Jahres schaffen. Baden-Württemberg ist aufgrund der starken Vertretung der Investitionsgüterindustrie zwar in rezessiven Phasen besonders stark betroffen, aber in Aufschwungphasen mit einem demgemäß stärkeren Wirtschaftswachstum auch in der Lage, wieder entsprechend anzuziehen.

Eines aber ist klar, und das sollte heute in einer soliden finanzpolitischen Debatte eigentlich übereinstimmend festgestellt werden: Die rote Laterne ist ein Warnsignal. Und das Warnsignal geht nicht nach Berlin, sondern es geht nach Stuttgart.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wieser CDU: Sie sind zurzeit in einer geographischen Verirrung!)

Wir als SPD-Fraktion haben für den Landeshaushalt strukturelle Entscheidungen im Land selbst eingefordert, damit die Finanzen in Ordnung kommen. Das betrifft zum einen die Neuordnung des Landesvermögens

(Abg. Wieser CDU: Er hat so gut angefangen, und jetzt das!)

und in diesem Zusammenhang auch den Umgang mit der Landesstiftung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch eine Einmülllösung!)

Wir schlagen vor, 14 % der Landesanteile an der LBBW zu veräußern, den Erlös in die Schuldentilgung zu stecken und dadurch bei den Zinsen dauerhaft eingesparte Mittel für Zukunftsinvestitionen im Bereich der Kinderbetreuung und der Ganztagschule zu verwenden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Eine Kuh, die Milch gibt, verkauft man nicht, wenn man Butter haben will!)

Es geht nicht darum, ideologische oder klientelpolitische Interessen zu vertreten,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau! Das ist der Punkt!)

sondern darum, die Landesbank Baden-Württemberg bei der Neuformierung der Landesbanken insgesamt in einem Wettbewerb gut aufzustellen,

(Abg. Wieser CDU: Da brauchen wir sie als Strukturbank!)

der nach dem Wegfall der Vorteile aus Gewährträgerhaftung und Anstaltslast verschärft werden wird.

Es stünde uns auch gut an, Herr Finanzminister, meine lieben Kollegen von der FDP/DVP, die Debatte rechtzeitig zu führen. Handeln statt abwarten ist das Motto der Stunde.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Denn andere Länder bereiten sich mit ihren Landesbanken bereits darauf vor.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Wieser CDU: Bankrott sind sie zum Teil! Helaba!)

Wir haben bewusst gesagt: Wir begeben uns auf den Weg.

(Abg. Drexler SPD: Schaut doch nach München!)

Wir machen keine Vorfestlegungen. Wir wissen auch, dass unter Umständen zusätzlich gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind. Deshalb haben wir ein sorgfältig austariertes Konzept vorgelegt, das auch die Finanzierung, die wir durch den Verkaufserlös erwarten, erst ab dem Jahr 2003 vorsieht. Das heißt, wir haben solide gerechnet.

Wir eröffnen die Debatte mit Ihnen. Ich wundere mich, dass sich die CDU der Debatte verweigert. Man kann das akzeptieren. Dann ist es eine politische Frage. Dann ist es

(Schmid)

keine Frage von solider Finanzpolitik, sondern eine politische Entscheidung. Sie wollen es nicht.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das können Sie doch gar nicht trennen! Das ist doch Blödsinn!)

Die Grünen wollen es seltsamerweise auch nicht. Die FDP/DVP will es eigentlich,

(Abg. Drexler SPD: Und was macht sie?)

macht aber nur vorläufige Gutachten zu dem Thema. Da sage ich einmal eines: Wenn ich mir das vorläufige Gutachten anschau, ist mir der neue Beteiligungsbericht des Landes viel mehr wert. Er ist viel informativer als das teure Gutachten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Und hat nichts gekostet!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Finanzminister,

(Abg. Bebber SPD: „Lieber“ musst du nicht sagen!)

lassen Sie uns sachlich diskutieren,

(Abg. Seimetz CDU: Das tun wir immer!)

wie wir mit dem Vermögen umgehen, wie wir in Zukunft mit der Landesbank umgehen und wie wir sie im Wettbewerb aufstellen. Das ist des Schweißes der Edlen wert.

Zur Landesstiftung: Die SPD-Fraktion hat schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass diese Selbstfesselung der Landespolitik für uns unerträglich ist. Sie ist unnötig wie ein Kropf. Wir erleben gerade im Gemeinderat der Stadt Stuttgart die erfreulichen Beratungen über den Verkauf ihrer Anteile an der EnBW, der dazu führt, dass die Erlöse erst jetzt fließen, und damit schon das neue Steuerrecht ausnutzt.

(Abg. Wieser CDU: Wenn man Stuttgart verkaufen könnte, dann hätten wir Geld! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oder Schulden!)

Sie haben diese Chance fahrlässigerweise, mutwilligerweise vertan, weil Sie mit Blick auf die Landtagswahl 2001 das Wasser nicht halten konnten und das Geld brauchten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Drexler SPD)

Ihre Behauptung, Herr Finanzminister, die Steuerreform sei ja so unsicher gewesen und man könne sich nicht auf die SPD verlassen, wird durch die Taten der Regierung wirklich widerlegt. Von Anfang an haben Sie sich darauf verlassen können: Was wir versprochen haben, wird gehalten. Der CDU-Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart hat sich auch darauf verlassen. Warum Sie das nicht konnten, ist mir nicht klar.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Die Konstruktion der Landesstiftung ist von A bis Z verfehlt, weil sie die Parlamentsrechte und im Übrigen auch

die Prüfungsrechte des Rechnungshofs unnötigerweise einschränkt und weil wir nicht mehr in der Lage sind, in diesem Saal die Prioritäten in der Landesfinanzpolitik in der Gesamtschau zu diskutieren. Wir können nicht mehr diskutieren: Machen wir mehr für die Polizisten und mehr für die Lehrer, und streichen wir stattdessen das Programm „Erforschung des Klimawandels in Baden-Württemberg“, das im Bereich des Umwelt- und Verkehrsministeriums in der Zukunftsoffensive veranschlagt ist? Wir können diese Prioritätensetzung nicht mehr diskutieren, weil durch die Vorgabe der Gemeinnützigkeit von vornherein das, was in den Haushaltsberatungen die freie Spitze darstellt, aus dem parlamentarischen Raum herausgenommen und auf eine Stiftung verlagert worden ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Stiftung darf 80 Millionen € pro Jahr umverteilen, während wir große Mühen haben, in einem normalen Haushaltskonzept pro Jahr eine solche Umschichtung darzustellen. Meine Damen und Herren, Sie haben sich selbst entmachtet.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Ich bedauere dies sehr.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Entmannt! Den Wieser haben sie entmannt!)

Die Unmöglichkeit, in die Sie uns geführt haben, und die Babylonische Gefangenschaft,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oi!)

in die Sie die Haushaltspolitik des Landes geführt haben, führen dazu, dass das Land nicht mehr in der Lage ist und Sie als Regierungsfractionen auch nicht mehr in der Lage sind, in diesem Land erst die Pflicht und dann die Kür zu veranstalten. Die Wähler werden Ihnen irgendwann auch nicht mehr abnehmen,

(Abg. Wieser CDU: Darauf hoffen Sie schon 25 Jahre! – Gegenruf des Abg. Dr. Scheffold CDU: 50 Jahre! – Abg. Wieser CDU: Ein echter Hoffnungsträger in dieser Frage! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

dass Sie die Wahlkreise mit Wohltaten beglücken, gleichzeitig aber bei den Kernaufgaben des Landes in den Bereichen Kinderbetreuung, Schule oder innere Sicherheit nur ein Nasenwasser zu bieten haben.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, an Ihrer Stelle wäre ich froh, wenn die Landesstiftung aufgelöst wäre.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sind sie ja auch! Sie geben es nur nicht zu!)

Dann hätten wir endlich wieder eine Debatte über den kompletten Landeshaushalt in diesem Raum.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Also wenn es euch so stört, muss es eine tolle Sache sein!)

(Schmid)

Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Zukunftsoffensive III finanziert wie auch die Zukunftsoffensive II im Einzelnen sinnvolle Projekte, gegen die niemand ernsthaft Einwände erheben kann. Deshalb werden wir, wie beim Nachtragshaushalt, diesem Kapitel zustimmen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Na also! – Abg. Wieser CDU: Schön, dass ihr mal was zugebt!)

Klar ist aber auch, dass das von vornherein eine glatte Fehlkonstruktion ist.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Warum?)

Ich prophezeie Ihnen eines und wage jetzt einen Ausblick auf dieses Jahr: Wir werden spätestens im Zusammenhang mit der GVS-Privatisierung

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

eine neue Debatte und eine Grundsatzdebatte über die Rolle der Landesstiftung in diesem Land führen müssen. So, wie sie sich wohl leider darstellt, ist die Alternative: Auflösung oder die Gans, die wir eigentlich gar nicht haben wollen, noch fetter machen. Es gibt jetzt Signale von den Grünen, man könne im Zusammenhang mit der GVS-Privatisierung eine Teilabspaltung vornehmen. Die SPD-Fraktion hat sich in dieser Periode von Anfang an intensiv mit dieser Frage auseinander gesetzt und hat wissenschaftlichen Rat eingeholt.

(Abg. Wieser CDU: Das macht die FDP/DVP auch immer!)

Sie hat auch Rat aus der Steuerpraxis eingeholt. Aus unserer Sicht ist es sehr schwierig, eine Teilaufspaltung vorzunehmen. Wir sehen bisher keinen Weg dafür, denn eines ist klar: § 61 und § 63 der Abgabenordnung sehen vor, dass das Vermögen, das in eine gemeinnützige Körperschaft eingebracht worden ist, dort auch bleiben muss und nur unwesentliche Abweichungen davon zulässig sind. Eine Abspaltung von so wesentlichen Vermögensbestandteilen wie den GVS-Anteilen widerspräche wohl dem so genannten Grundsatz der Vermögensbindung. Deshalb sehen wir bisher keinen Weg, diesen weiteren Schaden vom Land abzuwenden, der spätestens im Falle einer GVS-Privatisierung auf uns zukäme, wenn der Landshaushalt noch weiter entmachtet würde.

Wir werden, wenn sich rechtliche Möglichkeiten auftun, diese sehr kritisch prüfen, um Schadensbegrenzung bei der Landesstiftung zu betreiben. Aber wie gesagt, nach unserem Erkenntnisstand ist es wohl leider so, dass wir nur vor der Alternative stehen: auflösen oder auf einem grundsätzlich falschen Weg weiterschreiten.

Wir werden dies im Laufe der nächsten Monate ausführlich diskutieren müssen, Herr Finanzminister. Ich sage Ihnen eines: Nach den Absetzbewegungen, die es bei der FDP/DVP – Herr Pfister im SWR-Fernsehen –, aber auch in großen Teilen der CDU gibt – wo man intern überhaupt nicht glücklich darüber ist, dass die Landesstiftung zur Selbstfesselung der Politik und auch der Fraktionen geführt hat –, werden wir da noch eine sehr spannende Diskussion erleben.

Es wäre jetzt die Stunde des Parlaments, auch der Regierungsfractionen, klar die rote Karte zu zeigen und zu sagen: Wir begeben uns auf den schweren Weg der Auflösung der Landesstiftung. Lieber ein Ende mit Schrecken als Schrecken ohne Ende, Herr Finanzminister. Wir werden das weiterhin kritisch verfolgen, aber eines ist klar: Sie haben auf Anregung des Herrn Ministerpräsidenten von Anfang an die Haushaltspolitik des Landes strukturell in eine Fehlentwicklung mit unabsehbaren Folgekosten für den Landshaushalt insgesamt hineingetrieben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Das Schweigen der Lämmer auf der rechten Seite!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt wirds aber schwer! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Er führt uns jetzt aus der Babylonischen Gefangenschaft!)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von Ihnen, Herr Kollege Schmid, war, als Sie sich eingangs auf die Steuerverwaltung eingelassen haben – ich sage nachher noch etwas mehr dazu –, der schöne Satz zu hören, die Steuerverwaltung würde mehr einbringen, als sie kostet. Ich muss Ihnen sagen: Wenn dem nicht so wäre, wäre es eine Katastrophe.

(Abg. Junginger SPD: Was bedeutet das? – Abg. Bebbler SPD: Das hat er so nicht gesagt!)

– Doch, das hat er wörtlich so gesagt.

(Abg. Bebbler SPD: Sondern dass sie mehr als alles andere kostet! – Abg. Alfred Haas CDU: Das war nicht die einzige Plattitüde!)

– Das war nicht die einzige, aber man muss sie schon korrigieren.

Wenn wir schon bei den Korrekturen sind: Sie beklagen den Verschuldungskorridor in den Jahren 1994 und 1995. Herr Schmid, ich habe Ihnen im Finanzausschuss schon einmal erklärt, im Sinne der Haushaltsgrundsätze der Wahrheit und der Klarheit ist es wahrhaftiger, klarer und genauer, in diesem Korridor zu arbeiten, als zu sagen: Ich nehme diese Summe, weiß aber schon von vornherein, dass ich sie punktgenau sowieso nicht einhalten kann.

(Abg. Schmid SPD: Die letzten 30 Jahre hat man es aber anders gemacht!)

Was die Banken betrifft, werden wir zur rechten Zeit noch einmal über die Dinge zu reden haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Wir halten an dem dreigliedrigen System fest: öffentlich-rechtlich zum Ersten, genossenschaftlich zum Zweiten und privat zum Dritten. Das müssen die drei Säulen unserer Bankenlandschaft in Baden-Württemberg bleiben.

(Kleinmann)

(Abg. Schmiedel SPD: Wollen Sie jetzt privatisieren oder nicht?)

– Das sage ich zum rechten Zeitpunkt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Aber Hauptsache ein Gutachten!)

Im Haushaltsplan steht zu den Banken nichts drin,

(Abg. Drexler SPD: Das ist Ihr Glück!)

weder bei den Einnahmen noch bei den Ausgaben.

Was die GVS betrifft, so steht deren Privatisierung in der Tat an. Herr Schmid, da haben Sie Recht. In diesem Zusammenhang wird dann auch das Thema Landesstiftung noch einmal auf der Tagesordnung stehen.

(Abg. Schmid SPD: Ja, und wie? Welche Richtung?)

Wir diskutieren aber heute die Einzelpläne des Finanzministeriums und der Allgemeinen Finanzverwaltung, das Staatshaushaltsgesetz und die mittelfristige Finanzplanung. Der mittelfristigen Finanzplanung und damit dem Thema des konsequenten Abbaus der Neuverschuldung des Landes wird sicherlich von meiner Nachrednerin noch große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der mittelfristigen Finanzplanung kommt in der Tat die größte Bedeutung zu.

Ich will dennoch, nachdem Herr Schmid auch schon darauf zu sprechen gekommen ist, mit einigen Anmerkungen zur Steuerverwaltung beginnen, die beispielhaft für den öffentlichen Dienst insgesamt gelten.

Um in wirtschaftlich schwieriger gewordenen Zeiten einen Haushalt vorlegen zu können, der den Anforderungen der unverzichtbaren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Rechnung trägt, haben wir uns – leider, sage ich – gezwungen gesehen, die mit dem Nachtrag 2001 vollzogene Aussetzung der Leistungsprämien für Beamte – das Thema kam bei Ihnen nicht vor, Herr Schmid – auch für den Doppelhaushalt 2002/03 fortzusetzen. Dies ist uns ganz gewiss nicht leicht gefallen, weil wir wissen, dass die für die Leistungsprämie vorgesehenen Mittel im Zusammenhang mit der Neuordnung der Dienstalterstufen zuvor von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes selbst erwirtschaftet worden sind. Es ist uns auch ganz gewiss nicht leicht gefallen, weil wir wissen, dass wir uns gerade – da stimme ich Ihnen, Herr Schmid, ja zu – in Zeiten, in denen die Haushaltskonsolidierung schwierige Entscheidungen erfordert, umso mehr um eine Politik bemühen müssen, die die Motivation und die Leistungsbereitschaft

(Abg. Schmiedel SPD: Das war doch glatter Beschiss, keine Motivation!)

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes fördert und stärkt.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wir haben deshalb schon in der Vergangenheit – das haben Sie von der SPD vielleicht nicht zur Kenntnis genommen –

(Abg. Schmiedel SPD: Beschiss war das!)

– ich komme ja gleich auf den „Beschiss“, nur einmal langsam – die Beförderungssperre verkürzt und in verschiedenen Bereichen zusätzliche Beförderungssämter im mittleren Dienst geschaffen. Dieser Anreiz wurde schon mit dem Haushaltsentwurf der Regierung fortgesetzt. Neben weiteren Stellenhebungen im mittleren Dienst enthält er einen Einstieg in ein entsprechendes Programm von Stellenhebungen für den gehobenen Dienst bei der Polizei.

Über diesen Ansatz hinaus haben wir, die Koalitionäre, uns im Zuge der Beratungen des Haushalts auf ein zusätzliches, über den Haushaltsentwurf hinausgehendes Programm für Stellenhebungen im gehobenen und im mittleren Dienst bei der Justiz und insbesondere, Herr Schmid, bei der Steuerverwaltung verständigt.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ändert nichts am Beschiss!)

Dieses Programm umfasst allein für die Steuerverwaltung – lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen – je 64 Hebungen von A 9 nach A 10 in den Jahren 2002 und 2003, je 49 Hebungen

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

von A 10 nach A 11 – auch in den Jahren 2002 und 2003 –, 22 Hebungen von A 9 nach A 9 plus Zulage und 75 Hebungen von A 8 nach A 9 im Jahr 2003, insgesamt also jährlich weitere 97 Hebungen im mittleren Dienst und 113 Hebungen im gehobenen Dienst.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir sind uns auch darüber einig, dass dieses Programm jeweils über vier Jahre hinweg durchgeführt werden soll – Herr Capezzuto, hören Sie zu, sonst wissen Sie nichts –, sodass auch in den Folgejahren eine entsprechende Zahl von Hebungen umgesetzt wird.

Das ist ein konkretes Programm zur Förderung der Motivation und der Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuerverwaltung und zur Stärkung der Attraktivität des Arbeitsplatzes Steuerverwaltung insgesamt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Sie haben die Leistungsprämien angesprochen. Fragen Sie die Polizisten und die Beschäftigten in der Steuerverwaltung einmal, ob ihnen eine Leistungsprämie oder eine Stellenhebung lieber wäre.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Dass Sie natürlich beides wollen, darüber hinaus den Haushalt konsolidieren wollen und auch noch Schulden abbauen wollen und damit die Quadratur dies Kreises beschwören wollen, ist uns längst bekannt. Das haben Sie schon öfter dargelegt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung zur Steuerpolitik allgemein machen. Es wäre für

(Kleinmann)

die Arbeit der Steuerverwaltung eine ganz erhebliche und durchgreifende Erleichterung, wenn es gelingen könnte, endlich einmal eine Steuerreform zu verwirklichen, die mit einer radikalen Vereinfachung des Steuerrechts verbunden wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Denn was man auch immer über die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung sagen mag, eines steht fest: Sie hat das Steuerrecht nicht vereinfacht, sondern weiter kompliziert. Sie hat das Steuerrecht nicht transparenter gemacht, sondern es noch stärker als Herrschaftsbereich von Insidern ausgestaltet.

(Zurufe von der SPD)

Sie hat das Steuerrecht nicht gerechter gemacht, sondern neue Ungerechtigkeiten geschaffen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben jede Steuererhöhung im Bund mitgetragen!)

Sie haben zwei Jahre lang blockiert. 1997 und 1998 haben Sie im Bundesrat ständig blockiert.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Später haben Sie versucht, unsere Vorstellungen zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: 16 Jahre! – Unruhe)

Dabei haben Sie den Körperschaftsteuersatz entsprechend niedrig und den Steuersatz für die Einzelunternehmen hoch gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Bebber SPD: 16 Jahre! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um mehr Ruhe; sonst ist eine sinnvolle Auseinandersetzung nicht möglich.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dazu muss man auch sinnvolle Äußerungen machen!)

Herr Abg. Kleinmann, fahren Sie fort.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Einfach, niedrig und gerecht: Das sind die Motive einer Steuerreform, die weithin aussteht. Eine solche Steuerreform würde in der Folge auch erhebliche Erleichterungen für unsere Steuerverwaltung mit sich bringen.

(Abg. Drexler SPD: 16 Jahre regiert und nichts gemacht!)

Die Steuereinnahmen des Landes – damit zum Einzelplan 12 – sind im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr netto – also nach Abzug der Finanzausgleichssysteme – um 985 Millionen € gesunken. Sie unterschreiten damit auch die Planansätze des Haushalts um 299 Millionen €. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr liegt bei 6,3 %. Er liegt damit im Übrigen höher als der Rückgang der Steuereinnahmen der baden-württembergischen Kommunen, der bei 4,3 % liegt.

Dieser Rückgang ist keineswegs nur steuerreformbedingt; er ist auch konjunkturbedingt. Dies hängt nicht nur mit dem 11. September zusammen, sondern auch mit einer Politik, die nicht nur uns in Baden-Württemberg, wie Sie heute in der Zeitung lesen,

(Abg. Schmiedel SPD: Rote Laterne! Aufpassen!)

sondern die Bundesrepublik Deutschland insgesamt bei der wirtschaftlichen Entwicklung zum Schlusslicht in der Europäischen Union hat werden lassen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist der Text von gestern oder vorgestern!)

– Das war nicht gestern. Das ist heute noch aktuell.

Die Politik der vermeintlich ruhigen Hand war tatsächlich eine Politik der Handlungsunfähigkeit und der Handlungsunwilligkeit. Auch jetzt wird aus der ruhigen Hand keine zupackende, sondern eine zitterige.

(Abg. Bebber SPD: Ihre Hand zittert!)

Die Bewegung, die sich jetzt zeigt, ist nicht Ausdruck konsequenter reformerischer Handelns, sondern das Zittern vor dem Wahltermin im September.

Die Haushalte der Länder und Kommunen müssen dies ausbaden. Im Unterschied zum Bund stehen uns keine Möglichkeiten zur Verfügung, die Belastungen durch unumgängliche Ausgaben mehr oder minder elegant den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche zu schieben. Die notwendigen Ausgaben der Rentenversicherung zahlen die Bürger neben ihren Rentenversicherungsbeiträgen heute an der Tankstelle und mit der Stromrechnung,

(Abg. Capezzuto SPD: Wo?)

die notwendigen Ausgaben für die Bundeswehreinheiten in Afghanistan zahlen sie in der Tabakstube, und die Förderung regenerativer Energien zahlen die Bürger durch steigende Strompreise.

(Abg. Bebber SPD: Mein Gott! Das ist Fasching!)

Solche Möglichkeiten haben wir im Land nicht, und selbst wenn wir sie hätten, würden wir sie nicht nutzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Langsamer!)

Wir müssen die Ausgaben an die Einnahmen anpassen. Wir müssen das strukturelle Defizit des Landeshaushalts Schritt für Schritt abbauen.

(Abg. Drexler SPD: Man kommt gar nicht mit! Langsamer!)

(Kleinmann)

– Hören Sie zu. Sie wollen das ja auch. Ihr Sprecher hat genau das Gleiche gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Sie verschlucken so viel!)

Nur auf diesem Wege ist dauerhafte Haushaltskonsolidierung möglich. Wir schieben dabei keine Lasten auf Dritte ab. Es gibt mit dem Doppelhaushalt 2002/03 keine Eingriffe in die Finanzmasse der Kommunen.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Im Gegenteil: Wir haben im Jahr 2001 mit 2,3 Milliarden € eine Rekordsumme in den Länderfinanzausgleich einzahlen dürfen – 400 Millionen € mehr als im Jahr zuvor. Das zeigt: Trotz eines erheblichen Rückgangs der Steuereinnahmen stehen wir in Baden-Württemberg offenbar noch besser da als alle anderen Länder, da wir deutlich mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen.

Dass wir die Nettokreditneuaufnahme des Jahres 2001 über den im Haushalt veranschlagten Wert hinaus um etwas mehr als 100 Millionen € erhöhen mussten, ist angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen zwar durchaus unerfreulich, aber doch nachvollziehbar. Wir werden dennoch dank erheblicher Einsparungen bei den Personalkosten und bei den Zinsausgaben sowie durch die unabdingbare Streichung von Haushaltsresten einen positiven Rechnungsabschluss für 2001 erreichen können, wie er im Entwurf des Doppelhaushalts vorgesehen ist.

Wir machen uns nichts vor: Mit den Werten des Jahres 2001 wie mit der für die Jahre 2002 und 2003 vorgesehenen Nettokreditneuaufnahme stehen wir ein Stück schlechter da, als wir es uns bei der Regierungsbildung im Frühjahr 2001 vorgenommen hatten. Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts hatten alle Ressorts ganz erhebliche Einsparauflagen zu erfüllen. Sie haben sie in der Tat auch erfüllt. 1,5 Milliarden DM Einsparungen für den Doppelhaushalt sind eine enorme Leistung.

Dennoch bleibt aufgrund der negativen wirtschaftlichen Entwicklung – das gebe ich gerne zu – eine Delle in der strikten Haushaltskonsolidierung. Damit dies nur ein vorübergehendes Abweichen bleibt, ist dreierlei notwendig:

Erstens: Das Wachstum der Steuereinnahmen muss sich ab 2003 wieder auf einem Niveau einpendeln, wie es der Steuerschätzung vom Mai 2001 zugrunde lag.

Zweitens: Wir selbst müssen noch einmal zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um weitere Haushaltsentlastungen erreichen zu können.

Drittens: die zügige Realisierung, sprich Umsetzung, der neuen Steuerungsinstrumente. Sie bringt eine zusätzliche Entlastung.

Wie ernst wir diese Aufgaben nehmen, können Sie schon daran erkennen, dass die Haushaltsstrukturkommission, die zu diesem Zweck eingesetzt worden ist, aus den Mitgliedern des Koalitionsausschusses selbst besteht.

Wir geben das Ziel einer Nettoneuverschuldung von null nicht auf. Wir wollen aus eigener Kraft alles tun, um dieses Ziel jedenfalls dann fristgerecht erreichen zu können, wenn

sich die konjunkturelle Situation ab 2003 wieder verbessert.

Wir müssen noch stärker dazu kommen, die Ausgabenseite des Haushalts auch in wirtschaftlich besseren Zeiten auf einem sehr niedrigen Wachstumspfad zu verstetigen. Dies setzt ein noch schärferes Bewusstsein dafür voraus, dass notwendige Prioritätensetzungen es zugleich auch immer erforderlich machen, Posterioritäten zu setzen. Wer von einem ständig wachsenden Kuchen ausgeht, den es nur möglichst gefällig zu verteilen gelte, wird eine durchgreifende Haushaltskonsolidierung nicht erreichen können.

Wenn wir für diese schlichte Wahrheit auch einmal die Unterstützung der Opposition bekommen könnten, wäre schon viel gewonnen bei dem Bemühen, Herr Schmid, die Erwartungen vieler Interessengruppen an eine vermeintlich unbegrenzte Leistungsfähigkeit des Landeshaushalts zumindest zu dämpfen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer  
GRÜNE: Wir haben Ihnen doch unsere Mitarbeit angeboten!)

Erhebliche Konsolidierungsanstrengungen waren die Voraussetzung dafür, diesen Doppelhaushalt so aufstellen zu können, dass er zu Recht als Haushalt der Konsolidierung angesehen werden kann. Die Hilflosigkeit der Opposition bei dem Versuch, machbare, vernünftige und seriöse Deckungsvorschläge für ihre zusätzlichen Ausgabenwünsche vorzulegen, beweist, dass dies so ist.

Aber wir wissen auch, dass noch einmal große zusätzliche Anstrengungen vor uns liegen, um die Deckungslücke von ungefähr 1 Milliarde € zu schließen, die die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2004 und 2005 aufweist. Aber wir werden es schaffen.

Der Haushaltsentwurf – ich komme zum Schluss – für die Jahre 2002 und 2003 ist Beleg dafür, dass wir auch in schwieriger Zeit versuchen, Kurs zu halten. Wir halten Kurs bei den Prioritäten der Landespolitik, wie wir sie in den Koalitionsvereinbarungen niedergelegt und seither auch konsequent abgearbeitet haben. Die Auseinandersetzung um die richtige Auswahl dieser Prioritäten führen wir gern mit der Opposition, aber es macht keinen Sinn, sich mit den ewig gleichen Klagen, es geschehe hier und da noch nicht genug, auseinander zu setzen, wenn nicht gleichzeitig Alternativen vorgelegt werden, die dem Ziel der Haushaltskonsolidierung – und um das geht es eben – Rechnung tragen.

Wir, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen, versuchen, dies zu tun. Wir wollen alles tun, um die Delle, von der ich gesprochen habe, die wir nicht durch eigenes Handeln verursacht haben, aber jetzt hinnehmen müssen, so rasch wie möglich wieder auszugleichen. Das Ziel der Nettoneuverschuldung von null im Jahr 2006 bleibt; wir sind es der jungen Generation schuldig. Wir sind es diesem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dieses Ziel mit aller Kraft zu verwirklichen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Nagel SPD: Wenn Mäuse auf den Tischen tanzen, dann sprach ein Pfarrer zu Finanzen! – Lebhaftige Heiterkeit bei der SPD)

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Könnten Sie den Witz am Mikrofon wiederholen? Denn man hat ihn hier nicht verstanden.

(Anhaltende Heiterkeit – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten für Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Vielen Dank.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man hat bei dieser Debatte nach den Ausführungen von Herrn Reichardt den Eindruck, es ginge um Bundespolitik und wir stünden im Bundestag.

Beim Kollegen Kleinmann hat man zumindest phasenweise den Eindruck gehabt, er als Pfarrer hätte den Teufel als Vorbild.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Wieser CDU: Und ich habe den Eindruck, Sie sind auf dem Laufsteg!)

Aber ich werde es halten wie Kollege Schmid und mich hier auf die Landespolitik konzentrieren. Denn schließlich sind wir, Kollege Wieser, ja hier im Landtag von Baden-Württemberg.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, man hat vielleicht auch schon an der Debatte gemerkt, dass in den Einzelplänen 06 und 12 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung mehr drinsteckt, als einem am Freitagnachmittag vielleicht lieb ist.

Ich werde aus dem Einzelplan 12 zwei Dinge herausgreifen. Sie haben ja bereits festgestellt, dass es immer wieder Anträge von uns gibt. Einer davon betrifft den Einzelplan 12 und beinhaltet die Bewirtschaftungs- und Energiekosten für die staatlichen Gebäude. Bei jeder Haushaltsberatung beantragen wir in diesem Bereich eine Kürzung, und jedes Mal wird dieser Antrag von den Regierungsfractionen abgelehnt. Doch jedes Mal ist es so, dass unsere Anträge im Nachhinein bestätigt werden, wenn das Ist für die entsprechenden Jahre festgestellt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch dieses Mal kann ich Ihnen das wieder so prophezeien. Denn für die Jahre 2002 und 2003 sind in diesem Bereich wieder Kostensteigerungen von bis zu 20 % veranschlagt. Langsam kommen daran auch aus Ihren eigenen Reihen Zweifel. Herrn Winckler kam es im Finanzausschuss ebenfalls spanisch vor. Es herrscht im Finanzausschuss mittlerweile Einigkeit, dass man einmal Klarheit schaffen muss, wie diese Kosten eigentlich veranschlagt

werden. Für uns ist das durchaus ein positives Signal, dass auch Sie sich darum kümmern werden.

Der zweite Punkt ist die Zukunftsoffensive III, die ebenfalls im Einzelplan 12 enthalten ist. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, zu betonen, dass wir nichts gegen die Projekte haben, die in der Zukunftsoffensive III veranschlagt sind. Sie werfen uns das immer wieder vor, wenn wir die Zukunftsoffensive III kritisieren. Ich kann Ihnen sagen: Wir befürworten diese Projekte, aber wir kritisieren die Konstruktion. Das möchte ich hier noch einmal betonen. Sie haben eine Konstruktion gewählt, die wir für sehr problematisch halten, weil sie an enge Fesseln der Gemeinnützigkeit gebunden ist und außerdem Folgekosten für unseren Landeshaushalt vorgibt.

Zur Gemeinnützigkeit: Auf meine Nachfrage hat der Finanzminister geantwortet, dass in der Zukunftsoffensive III vorgesehene Projekte im Umfang von 130 Millionen € nicht gemeinnützig sind; das heißt, wir werden diese Projekte über den normalen Landeshaushalt finanzieren müssen. Das wird – so ist es ja schon angekündigt – in einem Nachtragshaushalt geschehen. Ich bin gespannt, wie Sie diese Projekte dann gegenfinanzieren werden.

Zu den Folgekosten, die ich eben erwähnt habe: Es werden neue Studiengänge an den Berufsakademien geschaffen; das heißt aber auch, dass neue Stellen geschaffen werden. Sie sind im Landeshaushalt jetzt schon enthalten und werden künftig über den Landeshaushalt finanziert werden. Es ist aber keine Rede von den zusätzlichen Kosten, die die Zukunftsoffensive nach sich zieht.

Ich appelliere an Sie, Herr Finanzminister, bei künftigen Veräußerungen von Beteiligungen aus der Landesstiftung – die Veräußerung der GVS steht wohl bevor – einen Weg zu suchen, wie wir aus dieser Verstrickung herauskommen, über die Mittel frei verfügen können und dann auch hier im Parlament über diese Mittel beschließen können.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch kurz auf den Kollegen Schmid eingehen, der Unverständnis darüber geäußert hat, dass wir dem Verkauf von Anteilen an der LBBW nicht zustimmen. Ich werde Ihnen das jetzt kurz begründen: Wir haben es hier mit einer rentierlichen Beteiligung zu tun. Es ist für mich nicht einsichtig, warum man in der jetzigen Zeit eine rentierliche Beteiligung verkaufen will, zumal es gerade wichtig wäre, bei den Banken ein gutes Rating zu erhalten. Wenn das Land jetzt das Signal gibt, dass es Anteile an der LBBW verkauft, hat das negative Konsequenzen auf die verbleibenden Beteiligungen und wird als negatives Signal gewertet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr gut! – Abg. Junginger SPD: Und wann fangen Sie an, die Schulden zu reduzieren? – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dann stellt sich auch die Frage, wer diese Beteiligung denn kaufen soll.

(Heike Dederer)

(Abg. Schmiedel SPD: Bayern! – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Schmiedel kann einmal Nachhilfe bei Frau Dederer nehmen!)

Sie reden immer davon, die Sparkassen sollten diese Beteiligung kaufen. Nach den Signalen, die wir erhalten, wollen die das gar nicht. Das muss man auch einmal feststellen.

(Beifall bei den Grünen)

Die letzte und vielleicht entscheidende Frage ist, was wir mit den Verkaufserlösen machen. Sicher wäre es gut, diese Erlöse zu verwenden, um Schulden zu tilgen. Die Zinsersparnis, die Sie hätten, geben Sie aber für Projekte aus, die wieder zusätzliche Kosten nach sich ziehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr richtig! – Abg. Schmid SPD: Wollen Sie keine Kinderbetreuung?)

Ich könnte damit leben, wenn diese Ersparnis dafür verwendet würde, wirklich strukturelle, weitere Einsparungen im Haushalt zu bewirken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist aber in diesem Fall nicht gegeben.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Herr Kollege Schmid, auch ich will Kinderbetreuung. Wir haben sie auch beantragt; aber wir haben sie mit einer seriösen Finanzierung beantragt.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich komme zu einem weiteren Thema, das auch mir sehr am Herzen liegt: die Steuerverwaltung. Ihnen brauche ich in den Haushaltsberatungen nichts über die Bedeutung unserer Steuerverwaltung für die Sicherung unserer staatlichen Einnahmen zu sagen. Sie haben es ja gemerkt und noch ein paar Stellenhebungen in der Steuerverwaltung nachgeschoben. Sie haben gemerkt, dass man hier etwas tun muss. Wir halten diesen Schritt für richtig und haben ihn auch unterstützt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr klug!)

Es ist allerdings nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber immerhin!)

Neben den unzumutbaren Beförderungszeiten in der Steuerverwaltung gibt es ja noch weitere Probleme. Wir haben die mangelnde Familienfreundlichkeit bei den Versetzungen sowie die steigende Arbeitsbelastung in der Steuerverwaltung, und die führte natürlich in den letzten Jahren auch zu steigenden Abwanderungsquoten. Wir haben die beginnende Pensionierungswelle ab dem Jahr 2004, die diese Situation noch verschärfen wird. Uns ist es wichtig, dass man sich einfach einmal grundsätzlich auch mit dem Thema Steuerverwaltung auseinandersetzt. Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht, der verschiedene Dinge aufgreift, beispielsweise die Durchschlüsselung,

eine Erziehungsurlaubsregelung und die EDV-Ausstattung. Wir haben diesen Entschließungsantrag zurückgestellt, denn der Rechnungshof hat das Ergebnis einer entsprechenden Untersuchung angekündigt. Wir sind darauf gespannt. Daraus wird sich sicher die eine oder andere Antwort auf unsere Punkte ergeben.

Vielleicht noch ein Hinweis: Die SPD hat auch einen Antrag zu dem Themenkomplex „Vermehrte Einnahmen durch zusätzliche Stellen in der Steuerverwaltung“ gestellt. Wir werden diesen Antrag nicht mittragen, da wir fiktiven Einnahmen, die angesetzt sind, sehr skeptisch gegenüberstehen, aber natürlich teilen wir die Intention, die Sie mit zusätzlichen Stellen in der Steuerverwaltung verbinden. Meine Damen und Herren, um Steuerhinterziehungen zu verhindern und Steuergerechtigkeit zu garantieren, braucht es eine attraktive Steuerverwaltung, die auch gut mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Finanzministerium hat ja die Federführung bei den neuen Steuerungsinstrumenten, und die Ziele, die hier formuliert sind, werden von allen im Haus geteilt. Das Haushaltsrecht soll flexibilisiert und betriebswirtschaftliche Instrumente sollen in der Landesverwaltung eingeführt werden. Wir müssen uns aber natürlich auch über die Konsequenzen für dieses Haus und auch für uns als Parlamentarier unterhalten. Was haben wir künftig noch für Kontrollmöglichkeiten? Der Unterausschuss „Neue Steuerungsinstrumente“ muss sich dabei auch mit der Landshaushaltsordnung befassen und sie genau unter die Lupe nehmen. Da werden wir sicher zu der einen oder anderen Änderung kommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal betonen, dass wir natürlich die Dezentralität befürworten und auch die Globalhaushalte mittragen. Das kann aber nicht dazu führen, dass wir hier im Haus nicht mehr wissen, wofür die Gelder verwendet werden, für die wir schließlich verantwortlich sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich möchte auch noch auf die mittelfristige Finanzplanung eingehen. Sicher ehrt es die Landesregierung, dass sie am Ziel der Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2006 festhält. Aber, Herr Minister Stratthaus, Sie müssen mir schon einmal erklären, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen, wenn Sie noch im Jahr 2004 eine Neuverschuldung von 650 Millionen € und im Jahr 2005 von 600 Millionen € planen. Da ist es noch ein großer Schritt bis zur Nullneuverschuldung, zumal es gleichzeitig noch Deckungslücken von 770 Millionen € bzw. 1,09 Milliarden € in diesen Jahren gibt. Sie begnügen sich hier schlicht und ergreifend mit der Feststellung der in der Tat traurigen Tatsache, dass mit dem Einkommen kein Auskommen ist. So war es auch in den vergangenen Jahren, und so wird es auch in den kommenden Jahren sein, wenn Sie so weitermachen wie bisher. Die mittelfristige Finanzplanung dokumentiert hier den Weg, den Sie gehen wollen.

Sie wissen aber um das Problem. Ich darf Sie da zitieren, Herr Minister. Sie haben gesagt:

Ausgeglichene Haushalte sind nur dann möglich, wenn strukturelle Einsparungen im Land kommen.

(Heike Dederer)

Jetzt hätten Sie beim Doppelhaushalt 2002/03 die Möglichkeit gehabt, mit strukturellen Veränderungen zu beginnen. Sie sparen zwar Personal ein und veranschlagen globale Minderausgaben, doch sind das nicht die strukturellen Veränderungen,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Leistungsprämien!)

die Sie für den Haushalt bräuchten, um die Zukunftsaufgaben lösen zu können. Da müsste man grundsätzlicher herangehen. Sie verweigern sich einer Diskussion über eine Verwaltungsreform oder beispielsweise eine Schulreform, mit der man diese grundsätzlichen Fragen auch wirklich angehen könnte.

Sie haben eine Chance vertan, und Ihnen fehlt letztendlich eine Vision zur Neustrukturierung der Aufgaben im Lande.

(Beifall bei den Grünen)

Es gibt für „Finanzminister“ eine Definition. Das ist ein Mann, der morgen genau sagen kann, warum der gestern vorausgesagte Finanzbedarf heute nicht ausreicht. Sie kennen diese Definition, Herr Minister; denn Sie haben sich sicherheitshalber in der mittelfristigen Finanzplanung einen Korridor eingeräumt, sowohl was die Neuverschuldung als auch was die Deckungslücke anbelangt. Sie schwanken um jeweils 300 Millionen €. Unseres Erachtens kann man so nicht planen. 300 Millionen € mehr oder weniger sind schließlich keine Peanuts.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das hängt von der Bundestagswahl ab!)

Natürlich gibt es in der Finanzpolitik Unabwägbarkeiten und Risiken; das ist uns auch klar. Aber es geht hier schließlich nicht darum, dass man eine Sau Pi mal Daumen wiegt. Es geht hier um die Finanzplanung unseres Landes. Dafür brauchen wir einen Finanzminister, der heute klar sagt, wo er morgen hinwill, und der auch einen Weg dahin aufzeigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile das Wort Herrn Minister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Dass wir tagelang über den Haushalt diskutiert haben, hat dazu geführt, dass schon fast alles gesagt worden ist. Ich muss ganz offen sagen, ich habe gerade bei der Opposition auf neue Argumente gewartet. Es ist in der Tat nichts Neues mehr gekommen. Es ist aber auch schwer, nach drei Tagen noch etwas Neues zu bringen.

(Abg. Bebber SPD: Sie können es nicht lassen, den Oberlehrer zu spielen! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ich bin gespannt, ob von Ihnen etwas Neues kommt!)

– Ich habe mir gerade vorgenommen, Ihnen einige Fakten mitzuteilen, weil in den letzten Tagen so viel polemisiert worden ist.

Die Verhandlungen im Finanzausschuss waren menschlich angenehm. Man hat aufeinander gehört, und ich darf insbesondere den Vorsitzenden erwähnen, der die Sitzungen kompetent und flott geführt hat.

(Beifall im ganzen Haus – Der Vorsitzende des Finanzausschusses steht auf und verbeugt sich.)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich auf einige Dinge eingehe, die auch heute wieder genannt worden sind. Ob es Ihnen passt oder nicht: Der Doppelhaushalt 2002/03 war aus Sicht der Regierung wirklich ein finanzpolitischer Kraftakt. Insgesamt bestand ein Deckungsbedarf von 3,5 Milliarden €. Davon haben wir immerhin knapp 3 Milliarden €, das sind 86 %, durch Sparmaßnahmen decken können. Ich glaube, das ist eine beachtliche Leistung. Bewältigt haben wir diesen Kraftakt in drei Schritten und durch drei Faktoren. Zunächst einmal haben wir 770 Millionen € eingespart. Sie tun so, als ob das überhaupt nichts wäre. Interessant ist, dass bei jeder einzelnen Einsparung großes Geschrei losgegangen ist – vor allem von der Opposition. Ich habe Verständnis, denn das ist die Aufgabe der Opposition, und bei uns ist es besonders schwer, Opposition zu sein.

(Zurufe der Abg. Heike Dederer und Oelmayer GRÜNE)

Wir haben in den Vorjahren Vorsorge getroffen. Ungefähr 900 Millionen € haben wir durch einen restriktiven Haushaltsvollzug in den letzten Jahren gespart. Wir haben in den letzten zwei Jahren bedeutend weniger Schulden gemacht, als jeweils in den Haushaltsplänen veranschlagt waren. Dadurch waren wir in der Lage, für das Jahr 2002 und für das Jahr 2003 einen Ausgleich zu treffen. Darüber hinaus haben wir Entlastungen beim Fonds „Deutsche Einheit“ und durch die Spitzabrechnung bei den Kommunen erfahren.

(Zuruf von der SPD: Und durch die gute Konjunktur!)

In der Tat, meine Damen und Herren, wir mussten die geplante Nettoneuverschuldung aufstocken. Ich muss jetzt doch einmal ein Faktum ansprechen. Sie verlangen von uns, dass wir die Ausgaben für das Jahr 2005 ganz präzise planen; denn wir dürften keine Spreizung haben. Nun wollen wir wirklich mal vernünftig miteinander reden. Sie können eine Planung doch nicht so präzise machen, wenn Sie nur eine Seite beeinflussen können und die andere Seite nicht.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Nein, das gilt zugegebenermaßen für alle Haushalte. Aber es muss doch einmal festgehalten werden: Wie wollen Sie denn präzise planen, wenn bei der Bundesregierung von Monat zu Monat das prognostizierte Wirtschaftswachstum nach unten geändert wird? Wir sind ursprünglich von ganz anderen Steuereinnahmen, die uns die Bundesregierung mitgeteilt hat, ausgegangen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: So ist halt das Leben!)

(Minister Stratthaus)

– Nein, so ist das Leben nicht. Sie haben vorhin so stolz darauf hingewiesen, dass Sie die Steuern um 60 Milliarden DM gesenkt hätten. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was Sie gemacht haben. Im letzten Jahr betrug die Körperschaftsteuer in der Bundesrepublik Deutschland minus 800 Millionen DM.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Im Jahr davor betrug sie noch 25 Milliarden DM. Das heißt, die Großunternehmen, die AGs und die GmbHs, haben im letzten Jahr zusammen keinen Pfennig Steuern gezahlt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

sondern sie haben im Gegenteil 800 Millionen DM an Steuern zurückgeholt. Wie wollen Sie denn da einen Haushalt planen?

Wenn Sie das übrigens als sozialdemokratische Wirtschaftspolitik betrachten, dann kann ich zu Ihren Gunsten nur annehmen, dass Sie sich getäuscht haben.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Denn Sie können doch nicht gewollt haben, dass der Mittelstand massenweise Steuern zahlt und die Großunternehmen nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Es ist ein Faktum, dass die Körperschaftsteuer praktisch total zusammengebrochen ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: War es jetzt richtig oder falsch, die Sätze zu senken?)

– Wir haben ganz eindeutig einen anderen Entwurf gehabt; das war das Erste. Wir waren nicht dafür, dass in der Form die Sätze gesenkt werden. Die Sätze zu senken war in Ordnung; aber die Herstellung von Organschaften, die dazu geführt haben, dass in vielen Fällen Verluste und Gewinne verrechnet werden können, weiterhin die Tatsache, dass man angesparte Körperschaftsteuerguthaben innerhalb kürzester Zeit ausräumen kann, das hat die Bundesregierung offensichtlich entweder gewollt – und dann bewusst verursacht, was entstanden ist –, oder sie hat es nicht gesehen. Tatsache ist, dass die Bundesregierung mit einer ganz anderen Steuereinnahme gerechnet hat als der, die anschließend eingetreten ist.

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, weil ich versprochen habe, mit Ihnen vernünftig zu reden, und ich glaube, man kann mit vielen vernünftig reden: Es wäre vernünftiger, in einer Finanzplanung einen Korridor steigender Ausgaben festzulegen, indem man sagt, in jedem Jahr dürfen die Ausgaben nur um 1 % oder 2 % steigen, und daran sollte man sich stur halten. Denn stellen Sie sich einmal vor, was passieren würde, wenn man in jedem Jahr ganz präzise das Verschuldungsziel erreichen wollte. Wenn dann die Steuern um 26 Milliarden einbrechen, dann müsste man die Investitionen um 26 Milliarden zurücknehmen. Das wäre geradezu die prozyklische Finanzpolitik,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

die wir nun alle nicht wollen. Ich habe ja gesagt, wir wollten einmal vernünftig diskutieren. Deswegen sollten wir uns vielleicht in Zukunft etwas mehr Gedanken machen, ob es nicht vernünftig wäre, einen Ausgabenpfad festzulegen, und diesen dann aber auch einzuhalten.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau das macht die Bundesregierung!)

Wenn die Steuereinnahmen höher wären, würde das zu Überschüssen führen. Wenn sie niedriger wären, würden wir eine größere Verschuldung hinnehmen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das bringt man ja gerade nicht fertig!)

Aber die Vorstellung, in jedem Jahr punktgenau die geplante Verschuldung zu erreichen, führt zu einem wirtschaftlichen Desaster.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Deshalb der Korridor!)

Das muss ich jetzt einfach einmal feststellen dürfen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

**Finanzminister Stratthaus:** Bitte sehr.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Minister, Sie haben jetzt dargelegt, dass es für die nächsten vier Jahre nicht möglich sei, präzise Aussagen über die Höhe der Nettoverschuldung zu machen. Warum können Sie es dann ausgerechnet im Jahre 2006 für die Nettonullverschuldung? Sie können es für kein einziges Jahr sagen. Da klaffen Lücken von 700 Millionen €, und ausgerechnet im Jahr 2006 können Sie es, denn da sagen Sie null.

**Finanzminister Stratthaus:** Vielleicht erreichen wir es auch schon vorher. Das hängt nämlich von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab, auf die ich auch noch kommen werde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Lassen Sie mich nun weitermachen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aber Sie gehen von 2 % Wirtschaftswachstum aus!)

– Frau Dederer, jetzt überlegen Sie mal: 1 % Wirtschaftswachstum macht in Baden-Württemberg ungefähr 320 Millionen DM Steuereinnahmen aus.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir sind gerade bei minus 3 % Wirtschaftswachstum!)

– Ich komme nachher darauf. Sie reden laufend einen absoluten Unsinn.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Stratthaus)

Das ist eine Prognose für das erste Vierteljahr. Tatsache ist, dass Baden-Württemberg im Jahr 2001 – ich werde es Ihnen nachher noch zeigen – immer noch mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in der ganzen Bundesrepublik Deutschland hatte.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo stehen wir jetzt?)

– Lassen Sie mich ausreden! – Tatsache ist auch, dass wir im ersten Vierteljahr des letzten Jahres ein sensationelles Wachstum von 3,5 % hatten. Es ist ganz klar, dass auf die hohe Basis von 3,5 % im letzten Jahr nunmehr nicht noch 3 % kommen können. Auch da müsste man das ganze Jahr sehen. Es hat doch keinen Sinn, immer nur kurze Zeiträume zu vergleichen. Aber dazu komme ich nachher noch.

Im Übrigen handelt es sich um eine Prognose. Diese Prognose kann ungefähr so falsch sein wie die Prognosen von Herrn Eichel, aber in die andere Richtung.

(Abg. Schmiedel SPD: Das heißt, Sie nehmen das Statistische Landesamt nicht ernst!)

Denn Herr Eichel hatte laufend hohe Prognosen, und dann ist es niedriger gekommen. Es kann ja jetzt auch einmal das Umgekehrte passieren.

(Abg. Schmiedel SPD: Es ist doch Ihr Statistisches Landesamt! – Abg. Birzele SPD: Herr Dr. Leibing war doch Präsident!)

– Das ist nicht unser Statistisches Landesamt, sondern das des Landes Baden-Württemberg, das objektiv und sachgerecht rechnet.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann sollte man es auch ernst nehmen!)

Dieses Landesamt hat gesagt, dass die Ergebnisse möglicherweise im ersten Vierteljahr des nächsten Jahres schlechter werden. Ich werde dazu nachher noch einiges sagen.

Wir haben im Haushalt Schwerpunkte gesetzt: die Bildung, das Betreuungskonzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“, die Verkehrsinfrastruktur, die innere Sicherheit und die Mittelstandsförderung. Das ist alles schon besprochen worden.

Ausgeglichene Haushalte ab dem Jahr 2006: Ich hoffe doch, dass wir uns alle darin einig sind, dass dieses Ziel richtig ist; das haben Sie ja alle gesagt. Wir werden es auch nicht nur erreichen können oder werden nicht nur wünschen, es zu erreichen, sondern ich behaupte: In einigen Jahren wird es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die öffentlichen Haushalte, zumindest über mehrere Jahre gesehen – ich habe dazu vorhin etwas gesagt –, ausgeglichen sein müssen. Denn Sie müssen bedenken, dass Baden-Württemberg immer noch das Land ist, das die zweitniedrigste Verschuldung der alten Bundesländer hat – die anderen Länder haben ja drei-, vier-, fünfmal mehr – und trotz der niedrigen Zinsen, die wir zurzeit haben, doppelt so viel Zinsen zahlt, wie es neues Fremdkapital aufnimmt. Da kann sich jeder ausrechnen, dass es so nicht weitergehen kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Jetzt werden Sie natürlich sagen: Na ja, die CDU hat hier 49 Jahre lang die Regierung gestellt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das war gut so!)

Richtig! Betrachten Sie aber einmal die Ergebnisse in anderen Ländern. Sie sind mit Ausnahme von Bayern viel, viel schlechter. Zum Teil sind sie drei-, vier- bis fünffach schlechter.

Wir werden uns bemühen, eine Nettoneuverschuldung von null zu erreichen, und ich bin da nach wie vor zuversichtlich. Allerdings müssen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen.

Ich habe mich sehr intensiv damit befasst, wie es den Vereinigten Staaten und neun europäischen Ländern gelungen ist, inzwischen Haushaltsüberschüsse zu haben. In keinem Land ist das dadurch gelungen, dass man die Ausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ernsthaft zurückgeführt hätte, sondern es ist dadurch gelungen, dass das Bruttoinlandsprodukt infolge einer guten Wirtschaftspolitik gewachsen ist und dass man die Ausgaben langsamer wachsen ließ. So war es ganz eindeutig in Amerika, und so war es auch ganz eindeutig in vielen anderen Ländern.

Wir argumentieren hier ja politisch, und ich sage Ihnen: Politisch werden wir eine Nullnettoneuverschuldung nur erreichen – und wir müssen sie erreichen –, wenn wir wieder mehr Wirtschaftswachstum haben. Anders ist dieses Ziel politisch nicht zu erreichen. Wir werden aber nur dann mehr Wirtschaftswachstum haben, wenn, vor allem im Bund, eine andere Politik betrieben wird.

Sie haben vorhin einige Male wieder vom Schlusslicht Baden-Württemberg usw. gesprochen. Wir werden auch im nächsten Jahr nicht Schlusslicht sein; da dürfen Sie sicher sein. Dazu möchte ich aber nach vielem, was in den letzten Tagen gesagt worden ist, auch einige relativierende Worte sagen, wenn sie auch nicht brausenden Beifall von allen Seiten finden werden.

Man darf sich doch einmal die Frage stellen: Was kann eigentlich die Landespolitik für die Wirtschaft eines Landes tun? Sie kann sehr viel tun – das ist überhaupt keine Frage –,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und wir haben viel getan. Wir können in erster Linie Folgendes tun: Wir können zum Beispiel durch unsere Bildungspolitik die Angebotsseite stärken. Wir können unsere Bevölkerung entsprechend ausbilden. Wir können durch unsere Bildungspolitik dafür sorgen, dass wir genau die Arbeitskräfte haben, die wir brauchen. Vieles können wir durch Messen erreichen. Wir können durch Technologietransfer vieles erreichen. Wir können durch eine vernünftige Wirtschaftsstrukturpolitik viel erreichen. Aber all das wirkt nicht kurzfristig, sondern nur langfristig. Den Ordnungsrahmen hat die Bundespolitik herzustellen. Wir können die Produktionsfaktoren so herstellen, dass sie in der Lage sind, einen großen Nutzen zu stiften. Aber dafür zu sorgen, dass sie wirklich arbeiten können, dass sie entfesselt arbeiten können, das ist Aufgabe der Bundespolitik.

(Minister Stratthaus)

Darin hat die Bundespolitik in den letzten Jahren halt versagt.

(Abg. Schmiedel SPD: Ach!)

Ich weiß, dass das eine Relativierung ist. Aber so sehen die Dinge aus. Wir können im Land kurzfristig relativ wenig für die Wirtschaft machen. Langfristig können wir sehr viel machen, indem wir gute Voraussetzungen schaffen. Das haben wir in den letzten Jahren auch eindeutig gemacht.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Lassen Sie mich jetzt noch einige Sätze zu den Anträgen der Opposition und zu der Art und Weise sagen, wie Sie die Nettouverschuldung erreichen wollen. Ich habe ganz aufmerksam auch die Reden der Fraktionsvorsitzenden, vor allem des Fraktionsvorsitzenden der SPD, in den letzten Tagen gehört. Er hat in einem ersten Satz gesagt, die Nettouverschuldung müsse erreicht werden, es müsse mehr gespart werden. Anschließend sind Schlag auf Schlag die Forderungen nach weiteren Ausgaben gekommen. Sie haben am laufenden Band mehr Personal, mehr Lehrer, mehr Polizei-, mehr Finanzbeamte – und alle miteinander auch besser besoldet – gefordert. Die einen haben mehr Kinderbetreuung gefordert, mehr Geld für die Gemeinden sowie mehr Geld für den öffentlichen Personennahverkehr, die anderen mehr Geld für die Straßen. Sie haben am laufenden Band zusätzliche Ausgaben gefordert, aber Sie haben nicht gesagt, wie das vernünftig gedeckt werden soll.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Unseriös! – Widerspruch bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Das ist doch falsch! Das ist doch die Unwahrheit!)

– Ja, ja. Das haben Sie gesagt. – Dazu muss ich jetzt Folgendes sagen: Die Deckungsanträge der SPD und der Grünen unterscheiden sich fundamental.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

Die Grünen haben Deckungsanträge gebracht, die ich für politisch falsch halte.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Richtig!)

Finanzpolitisch könnten sie aber funktionieren, wenn man akzeptieren würde, dass man zum Beispiel viel weniger für Straßenbau und Ähnliches ausgibt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das wollen wir aber nicht!)

Aber das, was die SPD vorgeschlagen hat, meine Damen und Herren, können Sie doch nicht wirklich ernst nehmen.

(Abg. Reichardt CDU: Leichte Kavallerie!)

Wenn ich sehe: Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen –

(Abg. Schmiedel SPD: Richtig!)

das geht doch nicht. Sie wissen doch genau, dass der Forderungsverkauf bedeuten würde, dass wir keine Rückflüsse

mehr hätten und dass wir dann in den kommenden Jahren das entsprechende Geld aus dem Haushalt zur Verfügung stellen müssten.

(Abg. Birzele SPD: Das ist vorgezogen!)

Das ist schlicht und einfach eine zusätzliche Verschuldung.

(Abg. Birzele SPD: Nein! Das ist eine vorgezogene Investition!)

– Ja, natürlich. Es ist eine zusätzliche Verschuldung, und dabei bleibt es.

(Zurufe der Abg. Birzele und Schmiedel SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Quatsch! Das Geld fehlt doch! Sie verbraten es doch! – Abg. Seimetz CDU: Birzele, der Bräter! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sie kriegen es doch gar nicht mehr zurück, wenn die Forderungen verkauft sind! – Unruhe)

Dann, meine Damen und Herren: Zinseinsparungen durch den Bankverkauf. Das ist für mich der Höhepunkt der Unseriösität.

(Anhaltende Unruhe)

Erstens einmal frage ich Sie, ob es in der heutigen Situation der Banken leicht wäre, einen Anteil einer Bank zu verkaufen, ohne dass der Erwerber ein strategisches Interesse daran haben könnte.

(Abg. Kübler CDU: Nein!)

Denn mit 14 % hat niemand ein strategisches Interesse. So etwas wäre wahrscheinlich gar nicht zu verkaufen. Das ist das Erste.

(Abg. Dr. Birk CDU: Oje! Birzele hat keine Ahnung! Volksaktie! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD)

Zweitens: Ich gebe ja zu, dass Baden-Württemberg eine bärenstarke Industrie hat, dass es aber auf dem Banksektor, auf dem Versicherungssektor und bei den Medien nicht so stark ist wie das eine oder andere Bundesland. Also wäre es doch das Falscheste, was wir machen könnten, wenn wir unsere Banken gefährden würden. Es besteht doch die Gefahr, dass die LBBW, wenn wir große Teile davon abgeben, bald nicht mehr von Baden-Württemberg und bald nicht mehr von Stuttgart, sondern von irgendwo anders her bestimmt würde.

(Abg. Walter GRÜNE: Frankfurt!)

Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Birzele und Schmid SPD)

Deswegen müssen wir genau das Gegenteil machen: Wir müssen dafür sorgen, dass die Banken – sowohl die Landesbank als auch die Sparkassen und auch die Volksbanken, die ich jetzt einmal dazunehme – in unserem Land gestärkt werden. Denn der Mittelstand hat schon genügend

(Minister Stratthaus)

Probleme. Denken Sie gerade an Basel I und Basel II und daran, was da alles diskutiert wird.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wir müssen die Bankenlandschaft bei uns stärken und dürfen sie nicht schwächen. Deswegen halte ich es für eine ganz miserable Politik, Anteile der Landesbank zu verkaufen, um Löcher im Haushalt zu stopfen.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen – Abg. Reichardt CDU: Sehr gut! – Abg. Birzele SPD: Sie bescheinigen dem Wirtschaftsminister eine miserable Politik!)

Meine Damen und Herren, man könnte zu den ganzen Deckungsvorschlägen vieles Weitere sagen, zum Beispiel zu Einsparungen bei der Grundstücksbewirtschaftung.

Frau Dederer, Sie haben ja weniger eingespart als die SPD.

(Zuruf von den Grünen)

Die SPD hat die Ökosteuer vergessen.

(Unruhe bei der SPD)

Ich will ein ganz sachliches Argument bringen. Sie haben gesagt, Sie wollten Geld sparen, das in den vergangenen Jahren sowieso nie ausgegeben wurde, weil wir Überschüsse hatten. Das ist aber kein Sparen. Denn das Geld, das wir in den letzten Jahren durch eine vorsichtige Veranschlagung übrig hatten, hat natürlich als Haushaltsüberschuss in den kommenden Jahren zur Finanzierung beigetragen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Dann müssen Sie halt die globalen Minderausgaben erhöhen!)

Wenn Sie das Geld jetzt irgendwo veranschlagen, wo es sicher ausgegeben wird, dann ist es weg.

(Abg. Birzele SPD: Wo bleibt die Haushaltsklarheit und -wahrheit bei Ihrer Argumentation?)

Das ist doch ganz klar.

(Abg. Schmid SPD: Das ist eben nicht klar!)

Sie können doch am Anfang eines Jahres nicht wissen, was die Heizperiode wirklich kostet.

(Abg. Schmiedel SPD: Es ist aber auffällig, dass es immer zu hoch ist!)

Deshalb ist es unmöglich, hier solche Summen einzusparen.

Etwas Weiteres – aber dann höre ich wirklich auf, weil Sie es nicht kapierten wollen –: Natürlich können Sie bei zwangsläufigen Ausgaben kürzen. Aber wenn Sie Haushaltsansätze einfach kürzen, die Ausgaben dann jedoch anfallen, dann haben Sie zwangsläufige Mehrausgaben. Die müssen Sie bezahlen, und das fehlt zum Schluss beim Haushaltsabschluss. Das, was Sie hier vorschlagen, ist doch keine seriöse Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Ach was! Das ist so überhöht! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Haushaltsklarheit und -wahrheit!)

Die Vorschläge, die die SPD gemacht hat, sind keinen Pfifferling wert, während die Vorschläge der Grünen von mir politisch abgelehnt werden, aber theoretisch umzusetzen wären.

Meine Damen und Herren, über die Stiftung und über die Zukunftsoffensive III ist schon alles gesagt worden. Ich möchte darauf überhaupt nicht mehr eingehen. Ich bleibe dabei: Die Zukunftsoffensive III wird Baden-Württemberg beachtlich voranbringen, und durch die Landesstiftung werden wir in der Lage sein, eine ganze Reihe von wichtigen Dingen zu machen, die wir sonst nicht machen könnten.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Schade um die politische Kultur!)

Ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie bei jeder Gelegenheit die Landesstiftung schlechtreden. Die Landesstiftung ist eine hervorragende Einrichtung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Das glaubt niemand außer Ihnen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Frau Präsidentin, sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst ausdrücklich das quittieren, was Herr Finanzminister Stratthaus zum Thema Wachstum gesagt hat. In der Tat setzt nicht das Land, sondern der Bund die wesentlichen Rahmenbedingungen. Dann müssen Sie aber auch dem Bund den Kredit dafür geben, wenn das Wachstum in Deutschland anzieht, und dürfen nicht über den Bund herziehen.

Sie müssen sich für eines entscheiden: Entweder ist der Bund für Wohl und Wehe beim Wachstum verantwortlich – dann quittieren wir das –, oder das Land ist verantwortlich. Aber dann müssen Sie endlich aufhören, immer das Land beim Wirtschaftswachstum hoch zu loben – das müssen Sie vielleicht auch Ihrem Herrn Ministerpräsidenten sagen –, weil Sie sich sonst mit fremden Federn schmücken, Herr Finanzminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte mir gewünscht, Herr Finanzminister, dass Sie nicht wortreich verteidigen, dass die rote Laterne ja nur eine prognostizierte rote Laterne sei, also eine, die noch gar nicht leuchtet, sondern erst in Zukunft leuchten wird. Ich hätte mir gewünscht, Herr Finanzminister, dass unter uns Finanzexperten

(Abg. Reichardt CDU: Au, au au!)

klar ist, dass das ein Grund zur Sorge ist. Da gibt es keinen Grund, sich herauszureden, sondern als Finanzminister sollte man sich dann der Verantwortung stellen.

(Schmid)

Ich sage Ihnen eines: Die Landesregierung stellt sich der Verantwortung nicht, weil sie selbst die geringen Spielräume, die sie hat, um für Wachstum und Beschäftigung in Baden-Württemberg zu sorgen, nicht nutzt.

Wir als SPD haben vorgeschlagen, im Wohnungsbau mehr zu tun, weil hierzu das Land die notwendigen Instrumente hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Stratthaus, ich sage es Ihnen noch einmal: Es gibt kein rechtliches Hindernis für unser Modell des Forderungsverkaufs – wir haben das mit dem Bundesbauministerium abgesprochen –, weil wir die Mittel zweckgebunden einsetzen. Das heißt, das ist ein seriöser Deckungsvorschlag.

Man kann darüber diskutieren, ob man es will oder nicht. Sie wollen es nicht. Wir wollen es, weil wir meinen: Jetzt ist die Zeit, zu handeln, jetzt muss Baden-Württemberg seinen Beitrag dazu leisten, dass Mittelstand und Handwerk und die Beschäftigung in unserem Land einen Impuls bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gleiches gilt für die Frage nach dem Verkauf der Anteile an der LBBW. Sie haben nicht in Abrede gestellt, dass ein Verkauf rechtlich möglich ist und man ihn politisch wollen kann. Wir sind nur unterschiedlicher Auffassung, ob wir es politisch wollen. Sie sagen, Sie wollten nicht verkaufen, und wir sagen: Wir wollen. Das heißt aber noch lange nicht, dass dieser Deckungsvorschlag unseriös wäre. Es gibt nur unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema – übrigens auch innerhalb der Regierung.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Opposition!)

Dennoch ist der Vorschlag seriös. Man kann politisch darüber streiten. Ich bin der Meinung, man sollte diesen Weg gehen.

Frau Dederer hat zu Recht darauf hingewiesen: Das ist eine rentierliche Beteiligung. Das ist ja auch der Grund, weshalb wir die Anteile verkaufen wollen. Eine unrentierliche Beteiligung kann man ja gar nicht verkaufen. Insofern ist das kein Argument gegen den Verkauf, Frau Dederer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das Nächste: Sie haben gesagt, Sie wollten lieber strukturelle Einsparungen vornehmen. Das wollen wir ja auch.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo denn?)

Das eine schließt ja das andere nicht aus.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo denn?)

Wenn wir die Anteile an der LBBW verkaufen, um mit dem Erlös Schulden zu tilgen, dadurch Zinsen einzusparen

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das langt noch nicht!)

und das auf diese Weise gewonnene Geld in begrenztem Maß

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Für andere Dinge ausgeben!)

für Kinderbetreuung und Schulen in unserem Land einzusetzen,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Also, ausgeben!)

dann tun wir etwas Gutes für die Menschen.

(Zurufe von der CDU)

Wir geben es aus, aber wir haben die Mittel gegenfinanziert.

(Unruhe bei der CDU)

Wir betreiben Schuldenabbau,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die barmherzige SPD!)

sparen Zinsen ein, und den gewonnenen Spielraum nutzen wir, um Politik zu machen. Das ist das erfolgreiche Modell des Bundes.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Nur: Sie blicken das offensichtlich nicht. – Herr Döpfer, an Ihrer Stelle würde ich nicht lachen. Ihr Lachen zeigt nur, dass Sie offensichtlich nicht begriffen haben, worum es geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt noch etwas zur Steuerpolitik, Herr Stratthaus. Sie haben auf die wegbrechenden Einnahmen aus der Körperschaftsteuer hingewiesen. Sie haben aber vergessen, darauf hinzuweisen, dass bei der Kapitalertragsteuer Mehreinnahmen von über 60 % anfallen. Das ist ja das logische Spiel nach der Steuerreform: Es ist systematisch so, dass bei zurückgehenden Körperschaftsteuereinnahmen aufgrund der herabgesetzten Steuersätze entsprechende Mehreinnahmen aus der Kapitalertragsteuer bei den Anteilseignern anfallen. Das ist ein normales Spiel. Außerdem haben wir Sondereffekte durch die UMTS-Erlöse und die schwächelnde Konjunktur. Das ist aber kein Abgesang auf die Körperschaftsteuer.

Ich frage mich wirklich, Herr Stratthaus: Wo war die CDU, als Daimler-Benz seit Anfang der Neunzigerjahre keinen Pfennig an Steuern gezahlt hat? Wo waren Sie da? Da hat niemand von Ihnen geschrien. Da haben Sie die Bundesregierung gestellt und haben nichts dagegen getan. Jetzt wollen Sie uns Lehren erteilen, wie man es besser machen könnte. Das finde ich wirklich billig, Herr Stratthaus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU)

Sparen Sie sich Ihre Ausflüge in die Bundespolitik. In der Landespolitik können wir uns weiterhin darüber auseinandersetzen, wie wir die sich stellenden Fragen seriös anpacken. Die SPD hat gute Vorschläge. Ich freue mich weiterhin auf Debatten mit Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reichardt.

**Abg. Reichardt** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will für die CDU-Fraktion einige Punkte zusammenfassen.

Zunächst einmal zur Kinderbetreuung, ein zentrales Thema dieser Legislaturperiode. Frau Dederer sagt dazu, das, was die SPD wolle, sei unseriös. Ich sage: Bevor die Rot-Grünen bei uns in Baden-Württemberg je an die Regierung kommen könnten, sind sie im Grunde schon gescheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Der zweite Punkt – ich habe es einmal nachgerechnet –: Ihre ausgabewirksamen Anträge, die Sie als Opposition während der Haushaltsberatungen eingebracht haben, würden, grob über den Daumen gerechnet, zu Mehrausgaben von 400 Millionen bis 500 Millionen € pro Jahr führen.

(Abg. Fischer SPD: Das ist aber grob! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Schmid, Sie sprachen vorhin von eisernem Sparen. Ich sage Ihnen Folgendes: Eisenherz mit dem Mund und Hasenherz mit der Tat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Ein weiterer Punkt: Frau Kollegin Dederer, die ich immer sehr ernst nehme, hat mir zugerufen, ich hätte mich mehr mit der Bundespolitik als mit der Landespolitik beschäftigt. Der entsprechende Anteil in meiner Eingangsrede betrug etwa zwei Drittel zu einem Drittel. Ich will Ihnen dies auch begründen.

Der Landeshaushalt hat zwei Seiten: Die Einnahmen sind weitgehend determiniert durch den Bund, und die Ausgaben sind weitgehend determiniert durch das Land. Mir geht es nicht darum, Bundespolitik als Selbstzweck zu beschreiben. Vielmehr geht es uns allen darum, dass wir überlegen: Wie wirkt sich die Situation auf Bundesebene auf uns aus? Ich meine: gegenwärtig negativ, von der wirtschaftlichen Gesamtlage her gesehen. Unser Ziel als Union lautet, dies möglichst schnell zu ändern. Das ist hoffentlich bereits ab dem 22. September möglich.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den

Einzelplan 06

Finanzministerium

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/656. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Das Kapitel ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/689-1 und 13/689-2.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 13/689-1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag Drucksache 13/689-2 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0608 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0609

Landesvermögens- und Bauabteilungen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0610

Zentrum für Informationsverarbeitung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0611  
Landesoberkassen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, wir können über die nächsten drei Kapitel en bloc abstimmen! – Abg. Walter GRÜNE hat ein Kind mit in den Plenarsaal gebracht und auf einem Abgeordneten-sitz Platz nehmen lassen. – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da ist ein blinder Passagier!)

– Herr Kollege Walter, halten Sie dies für sehr sinnvoll?

(Abg. Walter GRÜNE: Daran zeigt sich der Mangel an Ganztageseinrichtungen! – Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der stimmt die ganze Zeit schon mit!)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Kapitel 0614 bis 0618

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0620  
Betriebe und Beteiligungen

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/689-3, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0620 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den

Einzelplan 12  
Allgemeine Finanzverwaltung

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/662. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

(Unruhe)

– Darf ich um mehr Ruhe bitten, damit wir zügig mit der Abstimmung vorankommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1201  
Steuern

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1202  
Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-1.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1202 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-2.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 1208  
Staatlicher Hochbau

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1209  
Staatsvermögen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-3, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-4, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-5.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-4, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/690-5, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1209 – Staatsvermögen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1210  
Versorgung

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1212  
Sammelansätze

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/690-6, 13/690-7 und 13/690-8.

Können wir über diese Änderungsanträge gemeinsam abstimmen?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein! Getrennte Abstimmung, bitte!)

– Nein. Dann rufe ich die Anträge einzeln auf.

Antrag Drucksache 13/690-6: Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Drucksache 13/690-7: Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Drucksache 13/690-8: Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1212 – Sammelansätze – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1220  
Zukunftsoffensive II

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1221  
Zukunftsoffensive III

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1230  
Neue Steuerungsinstrumente

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b - s t i m m u n g** über das

Staatshaushaltsgesetz 2002/03.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 13/663.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer § 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, ich schlage vor, dass über die §§ 5 bis 10 in einem Block abgestimmt wird!)

– Sind Sie damit einverstanden?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Über die §§ 6 bis 10 kann gemeinsam abgestimmt werden, § 5 aber bitte separat!)

Ich rufe auf

§ 5

Wer § 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§§ 6 bis 10

Wir stimmen über diese Paragraphen insgesamt ab. Wer den §§ 6 bis 10 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Paragraphen sind einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 11

Wer § 11 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Schmid SPD: Können wir über die §§ 12 bis 16 zusammen abstimmen?)

– Sind sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

Dann rufe ich auf

§§ 12 bis 16

Wer diesen Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den §§ 12 bis 16 ist einstimmig zugestimmt.

Die Zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g** über den

Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2002 bis 2005

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/665. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

(Abg. Schmid SPD: Aber unwillig! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich nehme Kenntnis!)

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 13/518**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/666**

**Berichterstatter: Abg. Seltenreich**

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Seltenreich SPD: Ja!)

– Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Abg. Seimetz CDU: Der will auch was reden!)

**Abg. Seltenreich** SPD: Meine Damen und Herren, nicht erschrecken.

(Zurufe von der CDU: Doch! – Abg. Seimetz CDU: Sind wir schon!)

Ich möchte bei der Drucksache 13/666 nur eine Korrektur vornehmen. Im vierten Absatz des Berichts steht:

Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, dass der Staatsgerichtshof am 10. Mai 1999 eine Entscheidung getroffen hat, in der er gesagt hat, die allgemeine Finanzgarantie der Landesverfassung gebiete den Kommunen, die zur kraftvollen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Hinter dem Wort „gebiete“ muss ein Komma eingefügt werden. Wenn dieses Komma fehlt, sieht es so aus, als wären die Kommunen für diese Finanzen zuständig. Das Komma muss dort hinzugefügt werden, damit man sieht, dass die Finanzverfassung gebietet, dass hier tatsächlich das Land zuständig ist. Das Komma nach dem Wort „Kommunen“ muss gestrichen werden. Ich bitte, das hier zu vermerken.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Veronika Netzhammer CDU – Abg. Seimetz CDU: Wegen des einen Kommas so ein Zauber!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über diesen Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt jeweils ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitzuschlag.

Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Bitte, Herr Abg. Kübler.

(Beifall bei der CDU)

**Abg. Kübler** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Finanzausgleichsgesetz sind zunächst einfach ein paar Vorbemerkungen zu machen, zunächst über die Situation der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg.

Im Ländervergleich der alten acht Flächenländer in der Bundesrepublik gibt es zwei Richtgrößen, mit denen man die Städte und Gemeinden vergleichen kann: zum einen die Verschuldung, zum anderen die Investitionen. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegen die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg seit 1998 an der ersten Stelle – im positiven Sinne.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Als Vergleichsgröße, meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen nimmt den siebten, Hessen den achten Platz ein, bei den Pro-Kopf-Sachinvestitionen Baden-Württemberg den zweiten Platz hinter Bayern, Nordrhein-Westfalen Platz 7. Ich glaube, das bestätigt die Situation unserer Städte und Gemeinden: niedrigste Verschuldung, zweitbesten Investitionswert. Das zeigt, dass wir eine gute kommunale Partnerschaft zwischen Städten und Gemeinden und dem wichtigen und guten Bundesland Baden-Württemberg haben.

Herr Seltenreich, diesem Urteil des Staatsgerichtshofs von 1999 haben wir entsprochen. Dort steht „die Gleichwertigkeit der Landes- und Kommunalaufgaben“. Ich glaube, dem sind wir entgegengekommen.

Ich darf, liebe Kolleginnen und Kollegen, drei oder vier Punkte dieser Änderung des Finanzausgleichsgesetzes einfach kommentieren.

Erster Punkt – ich gehe davon aus, dass da auch die Opposition zustimmt –: Umstellung auf Euro; kein Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr guter Mann!)

Zweiter Punkt: Spitzabrechnung für die Jahre 1999 bis 2000. Meine Damen und Herren, wir haben im Land nach den Spitzengesprächen mit den kommunalen Landesverbänden einvernehmlich vereinbart, dies in zwei Tranchen zu machen, und zwar 2002 und 2003, um es etwas abzufedern. Warum haben wir das so gemacht? Weil der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg 1997 mit den kommunalen Landesverbänden diese Art der Spitzabrechnung vereinbart hat.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Jawohl!)

Ich hätte mir natürlich im Interesse der Kommunen wünschen können, dass man damals eine andere Vereinbarung getroffen hätte, etwa vielleicht so wie in den Jahren 1989 bis 1997; aber wenn Vereinbarungen getroffen sind, müssen sich auch die Städte, die Gemeinden und das Land daran halten.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Pacta sunt servanda!)

Also Fazit: Künftig klarere Vereinbarungen der kommunalen Landesverbände mit dem Land Baden-Württemberg, dann müssen wir nicht hinterdreinheulen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Mann ist gut! – Abg. Hauk CDU: Toller Mann! Toller Hecht!)

Bei der Änderung im Jahr 2005 müssen wir beim Finanzausgleichsgesetz vom Land klare Zielvorgaben machen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir sind begeistert! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Liebe Frau Dederer, wir sind für Gespräche bis 2005 offen, und zwar auch die kommunalen Landesverbände. Da werden wir eine hervorragende Lösung zwischen Städten und Gemeinden und dem Land Baden-Württemberg finden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Lieber Kollege, im Gegensatz zu Ihnen bin ich über 25 Jahre in der Kommunalpolitik. Sie machen nur Trockenübungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Capezuto SPD: Was haben Sie die ganze Zeit gemacht?)

– Mario, auswärts nicht frecher als daheim! Damit das klar ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt ist die Umschichtung der Investitionspauschale zum Schullastenausgleich für Multimedia. Da werden wir 50 Millionen € beim FAG vorweg entnehmen. Wir haben uns darüber mit den kommunalen Landesverbänden verständigt, dass wir nicht 12 Millionen €, sondern bescheidene 6 Millionen € an die Landkreise weitergeben. Das ist eine hervorragende Lösung. Wir sind zufrieden. Wir werden das beim nächsten Mal noch besser verhandeln.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dritter und vierter Punkt, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD)

– Ich höre auf dem einen Ohr ziemlich schlecht, weil ich links schwach bin.

Der dritte und vierte Punkt sind unproblematisch: interkommunaler Ausgleich für Bürgerkriegsflüchtlinge und der Bereich Kostenerstattungen für Naturschutz und dergleichen.

(Kübler)

Meine Damen und Herren, was ist das Fazit? Das Fazit heißt: Beim Anhörungsentwurf haben wir Einigung erzielt. Wir werden im Jahr 2005 fairer Partner gegenüber den Städten und Gemeinden sein.

Jetzt darf ich noch eines sagen: Wir haben einen ganz hervorragenden, großzügigen Finanzausgleich für unsere Städte und Gemeinden. Ich darf nochmals meinen Finanzminister unterstützen. Den Großkonzernen mussten wir die Körperschaftsteuer von 20 Milliarden € bis auf minus 0,5 Milliarden € zurückzahlen, und lieber Herr Schmid, dies wurde bei weitem nicht durch die Kapitalertragsteuer ausgeglichen.

Ich darf noch eines bemerken: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland schlägt sich auf das Land Baden-Württemberg nieder. Dafür sind nicht wir verantwortlich, sondern dafür ist Berlin verantwortlich und niemand anderes.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Wer schon vor seiner Wahl für den Aufschwung zuständig war, der ist heute mit seiner lahmen, schwachen Hand auch für den Abschwung zuständig, nämlich Gerhard Schröder.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Wie war es vor 2000? – Zurufe von den Grünen)

Als Letztes darf ich den „Spiegel“ von dieser Woche sinngemäß zitieren: Zurückzuführen ist die katastrophale und desaströse Steuerpolitik auf unsere rot-grüne Bundesregierung, hierbei insbesondere auf unseren Bundesfinanzminister Eichel. Die Steuerreform hat sich mehr und mehr zu einem Milliardenesaster ausgewachsen.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir sind ein verlässlicher Partner für unsere Städte und Gemeinden. Wir wollten keine 100-prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzmasse im Länderfinanzausgleich, wie Eichel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Länder haben für 64 % gekämpft. Wir haben bisher 50 %, und wir werden auch bei der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes nach 2005 ein fairer Partner unserer Städte und Gemeinden sein. Wir haben in der Regierung von Baden-Württemberg die besten Köpfe, so wie auch in den meisten Städten und Gemeinden. Sie garantieren eine hervorragende Selbstverwaltung im Lande Baden-Württemberg und eine hervorragende Finanzausstattung.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte:** Ich erteile Herrn Abg. Junginger das Wort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Junginger!

**Abg. Junginger SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich gefragt, warum die CDU Herrn Kübler ans Rednerpult schickt.

(Abg. Rüeck CDU: Weil er was von der Sache versteht!)

Alle, die im Finanzausschuss die Anhörung der kommunalen Landesverbände miterlebt haben, hätten nicht so reden können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Er hat es nicht einmal für nötig gehalten, nachzulesen, was hier am Pult über das Anhörungsergebnis wiedergegeben wurde: Die Verbände sehen sich im Regen stehen gelassen, weil ihnen neue Aufgaben übertragen werden, ohne dass das Land Beiträge zu deren Finanzierung leistet.

Ich darf Ihnen ein klares Wort, das von einem Ihrer Mitglieder stammt und das mir am Ende der Beratungstage wieder eingefallen ist, in Erinnerung rufen. Es gilt für den Finanzminister, für den Ministerpräsidenten, für Frau Schavan und Herrn Müller: Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie an der falschen Stelle. Dies – Originalton Riesenhuber – ist das Fazit dieser Tage; denn eines steht fest: Wer meint, er hätte die Gemeinden, Städte und Kreise sachgerecht bedient und es sei ein fairer Kompromiss zustande gekommen, der verkennt völlig, dass er seine Hausaufgaben diesem Verfassungsorgan gegenüber nicht gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich nehme an, dass ich schon kommunale Verantwortung getragen habe, Herr Kübler, als Sie noch in den Kindergarten gegangen sind; nämlich vor über 30 Jahren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich will aber fortfahren: Der Staatsgerichtshof, der bemüht wurde, hat gesagt, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen kein Akt von Beliebigkeit der Regierung sei, sondern ein Verfassungsanspruch, der gebiete, dass für die kraftvolle Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben auch angemessene Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir erleben gerade im Wahlkampf, dass Baden-Württemberg als ein einziges Paradies dargestellt wird. Dargestellt werden familienfreundliche Angebote, Ganztagsbetreuung, Betreuung für Kinder bis drei Jahre. All dies wird im Fortschrittsland und Zukunftsland Baden-Württemberg versprochen. Wenn dann die Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern geweckt sind und die Gemeinden gefragt werden: „Können wir das machen?“ und diese dann in Stuttgart anfragen: „Was ist euer Anteil?“, dann kommt da nichts, womit solche Einrichtungen sachgerecht finanziert werden können.

Multimedia: Was haben Sie nicht alles gesagt, wie Sie die Zukunft sichern werden! Im Wahlkampf wurde versprochen, alle Schulen bekämen Multimedia-Einrichtungen.

(Abg. Wieser CDU: Das haben wir alles diskutiert, Herr Kollege!)

(Junginger)

Jetzt, Herr Wieser, wo es finanzpolitisch ernst wird, werden die Mittel aus der kommunalen Finanzmasse einfach hinübergeschoben, und das Land stellt keinen eigenen Beitrag zur Verfügung. Das nenne ich im Regen stehen lassen. Juristisch sagt man: Wer bestellt und nicht bezahlt, ist ein Zechpreller, wenn er dann andere zur Kasse bitten will. Das ist der Vorwurf, den nicht ich erhebe, sondern den die Gemeindeverbände, der Städtetag und auch der Landkreistag erheben, dass nämlich Bestellungen aufgegeben und dann nicht bezahlt werden.

Dies macht es notwendig, miteinander auch schon über das Jahr 2005 nachzudenken, nachdem die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich ergeben hat, dass auf einmal den Gemeinden Hunderte von Millionen an Einnahmen fehlen, weil ihre Finanzkraft zu ihren Lasten berücksichtigt wird. Es ist nicht erkennbar, dass auch nur ansatzweise die Bereitschaft bestünde, diese Steuermindereinnahmen aufzufangen.

Im Gegensatz zur Landesregierung und zu den baden-württembergischen Regierungsfractionen ist im Bund die Diskussion nicht nur ansatzweise geführt worden, sondern ist dort beschlossen worden, noch in dieser Legislaturperiode eine Kommission zur Gemeindefinanzreform einzurichten,

(Abg. Wieser CDU: Eine Kommission! Lieber Gott, eine Kommission! Das sind doch Beerdigungsinstitute! Das weiß doch jeder!)

weil es das Konnexitätsprinzip, von dem Sie, Herr Wieser, wahrscheinlich noch nichts gehört haben,

(Abg. Wieser CDU: Lieber Freund Junginger, ich habe Wirtschaft studiert, nicht Jura!)

auch in der Ausgestaltung der Steueranteile rechtfertigt, die Gemeinden mit den erforderlichen Mitteln auszustatten.

Zum Einbruch bei der Gewerbesteuer hat der Gemeindetag auf der Bundesebene zum Ausdruck gebracht, dass es das alte Steuerrecht mit der Organschaft im Bereich der Gewerbesteuer war, das Korrekturen Ihrer alten Steuergesetzgebung notwendig machte, um überhaupt den Einbruch der Gewerbesteuern aufzufangen. Entsprechende gesetzliche Veränderungen sind sogar in Berlin bereits diskutiert und verabschiedet worden.

(Abg. Wieser CDU: „Sogar in Berlin“! – Abg. Kübler CDU: Ihr habt doch die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage abgelehnt!)

Wer war gegen diese Reformen und Änderungen zur Entlastung der Gemeinden? Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Für die eigenen Vorschläge der Steuerreform gibt es auch nicht den Ansatz einer Gegenfinanzierung. Auf die Frage, wer etwas für die Gemeinden getan hat,

(Abg. Rüeck CDU: Wir!)

müssen wir sagen: Es ist auch die Bundespolitik, die mit den Wohnbauprogrammen, mit dem erhöhten Kindergeld,

(Abg. Wieser CDU: Bundesverfassungsgericht!)

mit dem Programm zur Arbeitsplatzsicherung von Jugendlichen die Sozialhilfe im Umfang von Hunderten von Millionen entlastet hat. Hart getroffen hat die Gemeinden, dass die Sozialhilfeleistungen stark angestiegen sind, ohne dass die Gemeinden in irgendeiner Weise dafür Unterstützung bekommen haben.

Deswegen wird es Sie mit Sicherheit nicht wundern, dass wir sagen: Wer die Gemeinden so im Regen stehen lässt,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wie die Bundesregierung!)

wer absolut unfair bestellt und nicht bezahlt, der kann doch für dieses Finanzausgleichsänderungsgesetz keine Zustimmung bekommen.

(Abg. Wieser CDU: Die Sozialhilfe steigt, weil die Finanzpolitik versagt hat!)

Sie sind mit großen Worten ans Werk gegangen; mit den Taten haben Sie versagt.

Euroumstellung, Herr Kübler: Großartig! Natürlich sind wir einig: Die Spitzabrechnung hat ihren Sinn,

(Abg. Kübler CDU: Können Sie das abrechnen?)

weil auf diese Weise Vorwegentnahmen verhindert werden. Aber das, was in der Finanzausstattung der Gemeinden als angeblich gerechter und fairer Beitrag geleistet worden ist, ist unzulänglich. Deswegen lehnen wir dieses Gesetz ab

(Abg. Kübler CDU: So wie die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage! Bitte sagen Sie das auch!)

und sagen auch: Hätten Sie unseren Haushaltsanträgen zum Feuerlöschwesen, zur Ganztagsbetreuung, zur Kinderbetreuung zugestimmt, dann hätten Sie finanzielle Beiträge zur Entlastung der Gemeinden und der Kreise geleistet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die Kommunen geknebelt!)

Das haben Sie aber abgelehnt. Deswegen ist nichts da, was irgendeine Unterstützung verdient.

Wenn Sie so weitermachen, dann sollten Sie mindestens einmal lesen, was die Verbände in diesem Land als Verfassungsorgane von dieser Politik der Regierung und der Regierungsfractionen halten. Das Urteil ist vernichtend, obwohl die sich immer sehr zahm und sehr angepasst artikulieren. Das wird auch einmal vorbei sein.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kübler CDU: Ich lese nicht, was die sagen; ich rede mit denen, im Gegensatz zu euch! Ihr redet gar nicht mit denen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kommt ein Kenner der Materie! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Von einem Oberbürgermeister erwarten wir aber mehr als von einem Bürgermeister!)

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die kommunalen Finanzen kann man nicht ohne den Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beurteilen; Sie kennen sie. Wenn es der Wirtschaft nicht gut geht, kann es auch dem Staat nicht gut gehen, weil er nur einnehmen kann, was in der Wirtschaft verdient wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Das sind Grundwahrheiten!)

Insgesamt leiden wir unter Milliarden an Steuerausfällen, meine Damen und Herren. Sie schlagen natürlich auch auf die Kommunen durch.

(Abg. Kübler CDU: So ist es!)

Im Vergleich sind jedoch die Rückgänge der Nettoeinnahmen beim Land größer als bei den Kommunen. Wir haben nach Erhebungen des Finanzministeriums Rückgänge beim Land von 5,8 % und bei den Kommunen von 4,9 %. Es trifft beide.

(Abg. Wichmann SPD: Aber die hängen auch schon schief!)

Die Situation in den Kommunen ist auch sehr unterschiedlich. Es gibt finanzschwache Kommunen, und ich darf sagen, Herr Kollege Junginger: Ich habe die Berichte der kommunalen Landesverbände gehört. Da gab es auch Punkte, über die man in Zukunft tatsächlich nachdenken muss.

(Abg. Schmid SPD: Handeln! – Abg. Schmiedel SPD: Hoffentlich!)

In der einen oder anderen finanzschwachen Kommune gibt es auch Besorgnis erregende Entwicklungen. In Baden-Württemberg gibt es glücklicherweise aber auch Kommunen mit starker und mittlerer Finanzkraft.

(Abg. Wieser CDU: Mannheim vor allem!)

Im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen wir gut da, was die kommunale Finanzkraft angeht.

Genau das ist uns ja bei der Novellierung des Länderfinanzausgleichs zum Verhängnis geworden; der Kollege Kübler hat davon völlig zu Recht gesprochen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Auch unser Ministerpräsident hat darauf hingewiesen: Baden-Württemberg war dagegen, dass die kommunale Finanzkraft beim Länderfinanzausgleich stärker angerechnet wird. Wenn ich sehe, dass Rot-Grün 100 % der kommunalen Finanzkraft

(Abg. Pfister FDP/DVP: Angeboten hat!)

anrechnen wollte, bin ich der Meinung, dass das nicht der richtige Weg ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich glaube, wir brauchen insgesamt eine Neuordnung des Finanzwesens. Wer hat denn Leistungen bestellt und nicht bezahlt? Schauen wir doch einmal: Woher kam denn der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz?

(Glocke der Präsidentin)

Er ist im Bund beschlossen worden – –

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Wenn er es schnell macht, ja.

**Abg. Birzele** SPD: Herr Kollege Theurer, hatte die von CDU und FDP/DVP getragene Landesregierung von Baden-Württemberg im Bundesrat eine Mehrheit für ihre Vorstellungen zur Regelung des Länderfinanzausgleichs gewonnen oder nicht?

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Wir kennen alle die Geschichte des Länderfinanzausgleichs. Wir haben uns mit unserer Position nicht durchsetzen können.

(Abg. Birzele SPD: Nicht einmal im Bundesrat bei Ihrer Mehrheit! Also machen Sie nicht immer Schwarzer-Peter-Spielchen! – Abg. Schmid SPD: Kümmern Sie sich ums Land!)

– Ich breche hier über niemanden den Stab. Es wäre sehr gut gewesen, Herr Kollege Birzele, wenn wir in dieser Auseinandersetzung Rückendeckung von der rot-grünen Bundesregierung bekommen hätten.

(Lachen bei der SPD – Abg. Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Birzele SPD: Gegen die CDU! – Abg. Schmid SPD: Sie müssen erst einmal schauen, dass Sie bei der CDU eine Mehrheit bekommen! Sie brauchen erst eine Mehrheit bei der CDU!)

Ich sage Ihnen gleich noch etwas. Es ist besonders bitter, dass ausgerechnet in den Bundesländern, die am Tropf der Bundesergänzungszuweisungen hängen, der Kindergartenplatz umsonst ist. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmid SPD: Das ist ein CDU-Land! Es ist doch der Müller! – Weitere Zurufe von der SPD)

Hier in Baden-Württemberg aber nehmen die Bürgerinnen und Bürger ihre Selbstverantwortung wahr. Wir bringen unsere Haushalte im Land und in den Kommunen in Ordnung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Trotzdem eine Sauerei! Eine schwarze Sauerei!)

Meine Damen und Herren, ich will noch einen Punkt ansprechen. Die kommunalen Landesverbände sind nicht völ-

(Theurer)

lig zufrieden, stimmen aber dem Finanzausgleichsgesetz zu. Wir haben, meine Damen und Herren, nach Auskunft –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

(Abg. Wieser CDU: Sie guckt wie eine Lehrerin da oben!)

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Nach Auskunft des Finanzministeriums haben wir in unserem Finanzausgleich 78 % der Mittel pauschaliert. Dies ist richtig so. Das ist mehr als in anderen Bundesländern. Es gibt den Gemeinden, den Städten und den Landkreisen die Möglichkeit, ihrer Selbstverwaltung gerecht zu werden. Die FDP/DVP-Fraktion ist der Auffassung, dass man den Anteil der pauschalierten Mittel sogar noch erhöhen kann, um damit die Selbstverwaltung der Kommunen weiter zu stärken.

(Abg. Birzele SPD: Sie haben das doch beim Fremdenverkehr rückgängig gemacht!)

Selbstverwaltung bedeutet aber natürlich auch Verantwortung, und damit sind wir genau am Punkt. Die Kommunen werden ihrer Verantwortung durchaus gerecht.

(Abg. Schmid SPD: Aber das Land nicht! Das Land wird seinen Aufgaben nicht gerecht!)

Die Kommunen stecken erhebliche Mittel in ihre Pflichtaufgaben, meine Damen und Herren. Das ist auch richtig so. Mehr ist vor dem Gesamthintergrund, den Sie ja auch kennen, nicht möglich gewesen. Denn wir können uns der Verpflichtung, die Staatshaushalte in Ordnung zu bringen, nicht entziehen. Halten Sie sich vor Augen, dass wir in diesem Doppelhaushalt pro Jahr 1,6 Milliarden € Zinsen bezahlen und hierfür 900 Millionen € zusätzliche Schulden aufnehmen müssen, meine Damen und Herren.

Da wünschte ich Ihnen, wenn Sie das privat machten, viel Glück beim Suchen einer Bank.

(Abg. Wieser CDU: Die Mannheimer Sparkasse macht das!)

Sie würden nämlich gar keine finden. Aber Baden-Württemberg stellt sich ja nach Bayern besser als alle anderen Bundesländer und als der Bund. Deshalb müssen wir die Konsolidierungspolitik fortsetzen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Wir brauchen dafür das Mitwirken der Kommunen, und wir brauchen dafür auch eine Änderung der Finanzpolitik im Bund und in den anderen Bundesländern.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Schmid SPD: Und beim Land nicht?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Wieser CDU: Das gibt jetzt einen schönen Schluss! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ganz ruhig bleiben, Frau Kollegin!)

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Abwarten. Ich bleibe ganz ruhig. – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kübler,

(Abg. Kübler CDU: Frau Dederer?)

bei Ihnen hat man wirklich den Eindruck: Je schwächer die Argumente, desto stärker die Worte. Denn Argumente habe ich von Ihnen nicht gehört.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wieser CDU: Jochen, pass auf, die hat schon einmal einen Abgeordneten verführt!)

Sie sind mit keinem Wort auf die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände eingegangen. Ich habe hier in diesem Haus selten eine solche Ignoranz erlebt.

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Sie haben mit keinem Wort die Anhörung im Finanzausschuss erwähnt.

(Abg. Birzele SPD: Die kennt er nicht! – Abg. Seimetz CDU: Die Ergebnisse hat er dargestellt! – Abg. Kübler CDU: Sie hören schlecht zu! Zuhören!)

Sie sind einfach darüber hinweggegangen und haben sich hier als CDU-Landtagsfraktion dargestellt und geleugnet, dass Sie selbst auch einer Kommune vorstehen.

(Abg. Kübler CDU: Zuhören! – Abg. Seimetz CDU: Deswegen weiß er, wovon er spricht! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist im Handbuch des Landtags angegeben! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir beraten das Finanzausgleichsgesetz. Darin ist das Wort „Ausgleich“ enthalten. Ein Ausgleich sollte meines Erachtens einen Kompromiss bedeuten. Einen Kompromiss kann ich hier aber nicht sehen, vor allem, wenn wir uns einmal die Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen hier im Land ansehen. Wie sieht sie denn aus? – Herr Kübler, hören Sie zu! Sie haben dazu nämlich nichts gesagt.

(Abg. Seimetz CDU: Dann braucht er auch nicht zuzuhören! – Abg. Kübler CDU: Ich höre zu, wann ich will!)

Zum Thema „PC-Ausstattung der Schulen“ beispielsweise hat das Land groß verkündet: 50 Millionen € pro Jahr. Aber das ist ja eine reine Umschichtung aus der Finanzausgleichsmasse B in die Finanzausgleichsmasse A.

(Abg. Seimetz CDU: Na und? Sächliche Kosten, Aufgabe der Kommune!)

Für das Land ist das letztlich ein Nullsummenspiel. Sie haben das als Ihren Beitrag verkauft. Da kann ich nur sagen: Das ist unglaublich.

(Heike Dederer)

(Abg. Wieser CDU: Unglaublich! – Abg. Seimetz CDU: Aber wahr! Das ist ja deren Aufgabe!)

Wie können Sie sich hinstellen und sagen, das sei Ihr eigener Beitrag, wenn die Kommunen das selbst tragen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Gleiche gilt für die Kinderbetreuung.

(Abg. Kübler CDU: Die habe aber nicht ich angesprochen!)

Wir sind ja schon froh, dass Kollege Oettinger im letzten Jahr eingeräumt hat, dass die Landesregierung bei der Kinderbetreuung viele Jahre nichts getan habe und dass es nun notwendig sei, hier einen Schritt zu gehen.

(Zurufe von der CDU)

– Sie können das, Herr Wieser, in seiner Antwort auf die Regierungserklärung von Herrn Teufel nachlesen.

Jetzt räumen Sie 10 % Betriebskostenzuschuss ein. Den Löwenanteil sollen aber die Kommunen erbringen.

(Abg. Wieser CDU: So steht es in der Verfassung!  
– Abg. Seimetz CDU: Das ist auch deren Aufgabe!  
– Unruhe)

Wir haben es mit einer neuen Aufgabe zu tun. Sie können nicht einfach sagen, die Betreuung von unter dreijährigen Kindern sei Aufgabe der Kommunen.

(Zurufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Vornehmste Aufgabe der Gemeinden!)

In den letzten Jahren ist hier ein Bedarf gewachsen. Es ist Aufgabe sowohl des Landes als auch der Kommunen, sich um die Betreuung unserer Kinder und um die Ausstattung unserer Schulen zu kümmern. Sie stehlen sich hier aus der Verantwortung.

(Beifall bei den Grünen – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es stellt sich auch die Frage, wie wir dann mit einer Änderung umgehen. Aber hier muss das Land auch Verantwortung übernehmen.

(Abg. Kübler CDU: Darüber reden wir in ein paar Wochen, aber nicht jetzt!)

Das können Sie nicht auf die Kommunen abladen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie definieren Pflicht hier nämlich als das, was man von anderen verlangt, aber nicht als das, was man selbst tut. Als ob das nicht schon genug wäre, kommt jetzt beim FAG auch noch die Spitzabrechnung

(Abg. Wieser CDU: Wir sind basisorientiert und kein Obrigkeitsstaat!)

der Belastung des Landes aus dem Länderfinanzausgleich mit jeweils 83,6 Millionen € in den Jahren 2002 und 2003.

Ich hätte ja nichts gegen eine Weiterbelastung, wenn Sie in den Vorjahren auch die Erstattungen weitergegeben hätten. Aber das haben Sie nicht gemacht, und das ist etwas, was auch die Kommunen kritisieren. Herr Kübler, dazu haben Sie auch kein Wort gesagt.

(Abg. Kübler CDU: Das ist anders vereinbart worden! Sie haben nicht zugehört!)

Die Kommunen haben deutlich gemacht, dass weitere Eingriffe in die Finanzmasse nicht verantwortbar sind. Berlin nimmt die Sorgen der Kommunen ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Wieser CDU: Ach du lieber Gott! Das glauben Sie ja selber nicht, Frau Dederer!)

– Hören Sie doch zu, dann können Sie noch etwas lernen. – Es wurde eine Expertenkommission eingerichtet, die noch in diesem Frühjahr über eine Gemeindefinanzreform berät.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann gründe ich einen Expertenkreis!)

Es wäre vielleicht kein schlechter Vorschlag, dass Sie sich damit auch einmal beschäftigen.

Unseres Erachtens hat man eine Chance vertan, mit den Kommunen eine partnerschaftliche Lösung zu finden, vor allem im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich ab dem Jahr 2005. Man hätte eine sinnvolle Paketlösung finden können. Das hat man nicht getan. Aus diesem Grund werden wir die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Herrmann CDU: Man kann auf die Begründung im Gesetzentwurf verweisen!)

**Finanzminister Stratthaus:** Meine Damen und Herren, zunächst einmal eines vorweg: Man sollte nicht das Land gegen die Kommunen ausspielen oder umgekehrt.

(Beifall bei der CDU – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Das gilt für alle!)

– Ja, klatschen Sie bitte alle. Jeder Bürger des Landes ist auch Bürger einer Kommune. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmid SPD: Jeder Bürger des Landes ist auch ein Bundesbürger! – Abg. Bebbler SPD: Wie ist das mit der Bund-Länder-Beziehung?)

Jetzt muss ich aber doch eines sagen, meine Damen und Herren von der Opposition: Sie sind hier in erster Linie

(Minister Stratthaus)

Landtagsabgeordnete, aber Sie haben völlig unkritisch alle Forderungen der Kommunen übernommen.

(Abg. Schmid SPD: Hat niemand! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

Es ist doch ganz klar, dass ein Interessenvertreter, der hierher kommt, seine für ihn optimalen Vorstellungen vorträgt. Das ist doch selbstverständlich.

(Abg. Schmid SPD: Als Vertreter der Bürger!)

Das haben Sie alles voll übernommen.

(Abg. Schmid SPD: Das ist doch nicht verwerflich!)

Dazu kommt noch, dass diese Übernahme auch noch finanzpolitisch unseriös ist.

(Abg. Junginger SPD: Was?)

– Moment. – Frau Dederer hat kritisiert, dass wir die 50 Millionen € einfach umgebucht hätten. Wenn Sie das kritisieren, muss ich daraus den Umkehrschluss ziehen, dass Sie die 50 Millionen € aus dem Landeshaushalt nehmen wollten. Dafür haben Sie allerdings nirgendwo eine Deckung aufgezeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben es versprochen! Wir haben 10 Millionen beantragt, die wir auch gedeckt haben! – Gegenruf des Abg. Kübler CDU: Oh, großzügig!)

– Frau Dederer, Ihre ganzen Argumentationen – ich meine insgesamt – sind von einer erstaunlichen Unschärfe. Eine Expertenkommission gibt es noch nicht, sie soll erst eingerichtet werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer hat den Laptop für jeden versprochen?)

– Jetzt lassen Sie mich weitermachen. – Diese Expertenkommission hat nach einem Beschluss der Bundesregierung vor, ihre Ergebnisse erst nach der Bundestagswahl vorzulegen.

(Abg. Wieser CDU: Das wundert mich nicht!)

Ich wollte das einmal ganz allgemein sagen.

(Abg. Birzele SPD: So, wie Ihre Haushaltsstrukturkommission ihre Ergebnisse auch erst nach der Bundestagswahl vorlegt!)

Ganz allgemein gesagt, meine Damen und Herren: Wir haben in Baden-Württemberg unbestritten den am besten ausgestatteten kommunalen Finanzausgleich. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Scheuermann CDU: So ist es! – Abg. Wieser CDU: Das weiß jeder außer dem Junginger!)

Vorhin ist schon gesagt worden, dass genau das unser Problem beim Länderfinanzausgleich war. Weil unsere Kom-

munen in Relation zu den anderen Kommunen noch besser dastehen als das Land relativ zu den anderen Ländern, haben wir besonders stark darunter zu leiden, wenn die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft erhöht wird. In der Tat wollte die Bundesregierung auf 100 % gehen.

(Abg. Birzele SPD: Und Ihre CDU-Länder doch genauso, die eine andere Situation hatten!)

– Nein, die CDU-Länder – – Im Moment sind wir bei dem Regierungsentwurf, der im Bundestag beschlossen wurde.

(Abg. Schmid SPD: Und was ist mit der CDU? Das sind doch Ihre Genossen!)

Im Bundestag hat es die CDU abgelehnt, 100 % einzubeziehen. Die Grünen und die SPD haben ein Gesetz verabschiedet, das 100 % einbezieht. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das war ein ganz anderes Konzept! Das ist doch nicht vergleichbar!)

In einer anderen Sache hat Herr Junginger etwas erzählt, was einfach nicht stimmt. Ich nehme an, er hat es nicht besser gewusst.

(Abg. Junginger SPD: Das ist aber billig!)

Ich will Ihnen das gleich erläutern. Die Bundesregierung wollte im so genannten Unternehmensteuerfortentwicklungsgesetz

(Abg. Wieser CDU: Oi! Das ist aber ein langer Titel!)

– ich habe den Namen nicht erfunden, so ist es – die gewerbsteuerliche Organschaft noch verstärken, was dazu geführt hätte, dass alle großen Konzerne – es ist immer das gleiche Bild: dies ist die Regierung, die Steuerpolitik für die Konzerne macht – in die Lage versetzt worden wären, noch weniger Gewerbesteuern fließen zu lassen, weil Gewinne und Verluste gegenseitig verrechnet worden wären. Das Land Baden-Württemberg hat dazu im Bundesrat einen Antrag eingebracht, der zugegebenermaßen auch von Nordrhein-Westfalen unterstützt worden ist.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, immerhin.

(Abg. Wieser CDU: Ist doch in Ordnung!)

Die Länder haben das gestoppt. Wenn das, was die Bundesregierung wollte, durchgegangen wäre, wären die Gewerbesteuerzahlungen im nächsten Jahr geradezu zusammengebrochen. Auch das muss einmal festgestellt werden.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

– Nein, sie wären zusammengebrochen, wenn wir zum Unternehmensteuerfortentwicklungsgesetz nicht zusammen mit Nordrhein-Westfalen einen Antrag eingebracht und durchgesetzt hätten.

Ein weiterer Punkt – das ist, glaube ich, schon angedeutet worden; ich lege aber noch einmal Wert darauf –: Wir –

(Minister Stratthaus)

damit meine ich den Ministerpräsidenten und die Koalitionsrunde – haben in einem Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden festgelegt – das ist auch von den Regierungsfractionen mitgetragen worden –, dass die Kommunen keinen weiteren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts des Landes zu leisten haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wenn ich Ihnen einmal aufzähle, welche Summen in den anderen Ländern einbezogen worden sind, werden Sie uns ob unserer Kommunalfreundlichkeit loben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich bin besonders überrascht: Wenn zu Ihnen irgendeine Interessengruppe kommt – das richtet sich an die SPD –, dann übernehmen Sie jede Forderung auf Euro und Cent.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Das haben Sie bei den Polizeistellen so gemacht, das haben Sie bei den kommunalen Landesverbänden so gemacht. Natürlich stellen sie Forderungen. So geht es nicht.

(Abg. Seimetz CDU: Typisch für die Opposition und für die SPD!)

Ein Allerletztes: Meine Damen und Herren, dass unsere Kommunen nicht nur gut ausgestattet sind,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

sondern dass sich die Bürger dort auch wohl fühlen, ist uns bestätigt worden. Es wurde festgestellt, dass sich unter allen Bundesländern die Menschen in Baden-Württemberg in ihrer Gemeinde am wohlsten fühlen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD – Abg. Seimetz CDU: Aufhören mit Klatschen! Abstimmen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/666.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, ich stelle den Antrag, über das Gesetz in Gänze abzustimmen!)

– Das kommt. Wir müssen nur über die beiden Artikel einzeln abstimmen. Dann stimmen wir über das Gesetz im Ganzen ab.

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Artikel 1 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel 2 wurde mehrheitlich zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Februar 2002 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt, und damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 6. Februar 2002, 9:30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und schließe die Sitzung.

**Schluss: 16:24 Uhr**